

Christian J. Hegemer (Hrsg.)

FRAUEN BRAUCHEN DEMOKRATIE, DEMOKRATIE BRAUCHT FRAUEN



**Argumente und Materialien der
Entwicklungszusammenarbeit**

9

Christian J. Hegemer (Hrsg.)

**FRAUEN BRAUCHEN DEMO-
KRATIE, DEMOKRATIE
BRAUCHT FRAUEN**

Impressum

ISBN	978-3-88795-428-4
Herausgeber	Copyright 2013, Hanns-Seidel-Stiftung e.V., München Lazarettstraße 33, 80636 München, Tel. 089/1258-0 E-Mail: info@hss.de , Online: www.hss.de
Vorsitzender	Prof. Dr. h.c. mult. Hans Zehetmair, Staatsminister a.D., Senator E.h.
Hauptgeschäftsführer	Dr. Peter Witterauf
Leiter des Instituts für Internationale Zusammenarbeit	Christian J. Hegemer (V.i.S.d.P.)
Leiter PRÖ / Publikationen	Hubertus Klingsbögl
Redaktion	Stefan Burkhardt Referat V/7 Viktoria Zettel (Satz und Layout) Kontakt zur Redaktion: iiz@hss.de
Druck	Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Hausdruckerei, München

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung, Verbreitung sowie Übersetzung, vorbehalten. Kein Teil dieses Werkes darf in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung der Hanns-Seidel-Stiftung e.V. reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden. Das Copyright für diese Publikation liegt bei der Hanns-Seidel-Stiftung e.V. Namentlich gekennzeichnete redaktionelle Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder.

GELEITWORT

CHRISTIAN J. HEGEMER ||

Das US-Magazin Forbes publiziert seit 2009 ein Ranking mit der einprägsamen Überschrift: „The World's Most Powerful People“. Auf der aktuellsten Liste fanden 71 Personen einen Platz, darunter sechs Frauen: Angela Merkel (Platz 2), Sonia Gandhi (12), Dilma Rousseff (18), Christine Lagarde (38), Margaret Chan (58) und Kathleen Sebelius (68). Zur Vorsorge bringt Forbes seit 2004 auch jedes Jahr die Liste „The World's 100 Most Powerful Women“ heraus. 100 Plätze = 100 Frauen. Ein schwacher Trost.

Ist das Ranking nun inkorrekt oder spiegelt es die weltweite Wirklichkeit wider? Starke Frauen hat es - auch in traditionell geprägten Ländern - immer wieder gegeben: Bhutto in Pakistan, Gandhi in Indien, Megawati in Indonesien, Bachelet in Chile und viele mehr. Und doch ist die Gleichstellung nicht erreicht.

Auslandsmitarbeiter und Auslandsmitarbeiterinnen der Hanns-Seidel-Stiftung haben sich in dieser Ausgabe der „Argumente und Materialien der Entwicklungszusammenarbeit“ mit der Rolle der Frau in Gesellschaft und Politik beschäftigt. Die Bandbreite ist dabei groß. Sie geben Einblicke in die Möglichkeiten der indigenen Frauen in Ecuador und Bolivien, an politischen Entscheidungen zu partizipieren und stellen dem ein Porträt von Cristina Fernández de Kirchner, der argentinischen Präsidentin entgegen. Sie zeigen die Rolle der Frau in afrikanischen Parlamenten auf, und beleuchten dabei insbesondere den Vor- und Nachteil einer

gesetzlichen Quote; beschreiben die Möglichkeiten der Frauen in den arabischen Ländern und ihren Ruf nach mehr Mitsprache; vergessen aber auch nicht den Widerspruch in der indischen Gesellschaft, in welcher die Frauen in der Mythologie als Gottheiten verehrt werden aber im heutigen Indien oft unter Erniedrigungen und Gewalt leiden.

Dabei analysieren sie jedoch nicht nur die Situation der Frauen, sondern zeigen Wege auf, die die Hanns-Seidel-Stiftung gemeinsam mit ihren Partnern vor Ort begeht, um diese nachhaltig zu verbessern.

Ein chinesisches Sprichwort sagt: „Frauen tragen die Hälfte des Himmels.“ Wenn der Himmel als Last der täglichen Arbeit und der menschlichen Daseinsfürsorge gesehen wird, dann tragen sie sogar mehr.

Und trotz dieser Last, haben eben diese Frauen in vielen Ländern nur geringen Einfluss auf die politischen und wirtschaftlichen Entscheidungen. Die meisten Staaten wollen dies nicht nur durch die üblichen Absichtserklärungen unter internationalen Dokumenten ändern, sondern haben Reformen eingeleitet, die immer mehr positive Ergebnisse zeigen. Die Praxis zeigt aber immer wieder einen gravierenden Unterschied zwischen dem positiven und traditionellen Recht, welches Männer oft einseitig interpretieren. Es liegt also in erster Linie nicht daran, dass die Länder keine Gesetze zur Förderung der Gleichstellung der Frau erlassen hätten, sondern, dass die Ausgestaltung in der Praxis oft nur mangelhaft ist und

starre traditionelle und paternalistische Grundordnungen und Rollenverständnisse dominieren. Das Aufbrechen dieser Strukturen ist ein langwieriger und schwerer Prozess. Dass er sich lohnt, steht außer Frage.

Ich wünsche Ihnen eine spannende Lektüre,

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'C. Hegemer', written in a cursive style.

|| CHRISTIAN J. HEGEMER

Leiter Institut für Internationale Zusammenarbeit
der Hans-Seidel-Stiftung

INHALT

- 03 GELEITWORT**
Christian J. Hegemer
- 07 DIE ROLLE DER FRAU IM KONZEPT DER NACHHALTIGEN ENTWICKLUNG**
Thomas Gebhard
- 15 DIE POLITISCHE UND GESELLSCHAFTLICHE EMANZIPATION DER BOLIVIANISCHEN FRAU**
Philipp Fleischhauer
- 23 FRAUEN IN DER PAKISTANISCHEN POLITIK**
Kristof W. Duwaerts
- 33 DIE BEDEUTUNG VON FRAUENQUOTEN IN PARLAMENTEN IN SUBSAHARA AFRIKA**
Wolf Krug
- 41 DER LANGE MARSCH ZUR GLEICHSTELLUNG: ZUR ROLLE DER FRAU IN CHINA**
Ulla Bekel
- 51 FRAUEN AN DER MACHT: CRISTINA FERNÁNDEZ DE KIRCHNER, PRÄSIDENTIN DER REPUBLIK ARGENTINIEN**
Mariella Franz
- 61 DIE KIRGISISCHE FRAU IN DER POSTSOWJETISCHEN EPOCHE**
Max Georg Meier
- 73 FRAUEN UND POLITISCHE MACHT: DER FALL ECUADOR**
Henning Senger
- 81 FRAUEN ALS TRÄGERINNEN DES DEMOKRATISCHEN AUFBRUCHES IN ÄGYPTEN?**
Nina Prasch
- 87 INDIEN - FRAUEN IN DER GESELLSCHAFT**
Volker Bauer
- 93 JORDANIEN - FRAUEN - TRÄGERINNEN DER NACHHALTIGEN ENTWICKLUNG**
Thomas Gebhard
- 101 POLITISCHE BE (NACH) TEILIGUNG VON FRAUEN IN WESTAFRIKA**
Demian Regehr

DIE ROLLE DER FRAU IM KONZEPT DER NACHHALTIGEN ENTWICKLUNG

THOMAS GEBHARD ||

Frauen als Entscheidungsträgerinnen sind für die Umsetzung der seit mehr als 20 Jahren erhobenen Forderung nach nachhaltiger Entwicklung unabdingbar. Dies stellte UN-Generalsekretär Ban Ki-Moon aus Anlass des 20. Jahrestages der Konferenz von Rio am 06. März 2012 vor mehr als 200 Vertretern aus Wirtschaft, Politik und Gesellschaft in New York fest.¹ Bereits zuvor hatten sich mehr als 400 Führer internationaler und weltumspannend tätiger Unternehmen dazu bekannt, Führungspositionen stärker als bisher für Frauen zu öffnen.

Auf der Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro haben im Juni 1992 Vertreter aus 178 Ländern der Erde das Konzept der nachhaltigen Entwicklung als internationales Leitbild anerkannt. Ihr war 1983 die Gründung einer unabhängigen Sachverständigenkommission, der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung, vorausgegangen (nach der früheren norwegischen Umweltministerin und damaligen Ministerpräsidentin von Norwegen, Gro Harlem Brundtland, auch Brundtland Kommission genannt). Ihr Auftrag war das Aufzeigen von Perspektiven und die Erarbeitung von Empfehlungen für eine langfristig tragfähige und umweltschonende Entwicklung.

1987 veröffentlichte die Kommission ihren Bericht „Our Common Future“ („Unsere gemeinsame Zukunft“), der den Weg für die Konferenz von 1992, in Rio de Janeiro, be-

reitet hat. Der so genannte Brundtland-Bericht ist bis heute einer der wichtigsten Beiträge zur internationalen Umwelt- und Entwicklungsdebatte.

Wirtschaftliche Entwicklung, soziale Gerechtigkeit und die Sicherung natürlicher Lebensgrundlagen gelten seither als gleichwertige Interessen, die sich gegenseitig ergänzen. Ziel ist es, die Bedürfnisse gegenwärtiger Generationen so zu befriedigen, dass die Entwicklungschancen künftiger Generationen nicht gefährdet werden. Die Konferenz von Rio de Janeiro wird von daher nicht zu Unrecht als Meilenstein in der globalen Umwelt- und Entwicklungspolitik bezeichnet.

Welche Rolle spielen Frauen in dem Konzept der nachhaltigen Entwicklung? Spielen sie überhaupt eine Rolle? Und wenn nicht, ist es notwendig, dass sie eine Rolle spielen?

Vor dem Hintergrund, dass die Hälfte der 7,1 Milliarden Menschen, die aktuell auf der Welt leben, weiblich ist, scheint die Frage, ob Frauen eine Rolle im Entwicklungsprozess zukommt, schnell zu beantworten zu sein. Dass das weibliche Geschlecht für das Entstehen von Leben unabdingbar ist, ist hierbei nicht das einzige Argument, das dafür spricht, dass Frauen nicht nur eine, sondern sogar eine ganz wesentliche Rolle im Entwicklungsprozess zukommen muss. Angesichts der Rolle, die Frauen weltweit bei der Erziehung von Kindern spielen und

mit Blick auf die Leistungen, die Frauen nicht nur in Afrika bei der Gewährleistung des wirtschaftlichen Auskommens ihrer Familien erbringen, kann die Rolle der Frau in Bezug auf eine nachhaltige Entwicklung nicht groß genug eingeschätzt werden.

Die Zukunft der Menschheit hängt aber nicht alleine von der Fortpflanzung ab. Das Leben künftiger Generationen und deren Lebensqualität hängen zunehmend auch davon ab, wie die heutige Generation vor dem Hintergrund einer besonders in den von Armut betroffenen Ländern schnell wachsenden Bevölkerung mit knapper werdenden Ressourcen umgeht, und in welcher Form und in welchem Maße die Lebensweise der heutigen Generation die Lebensbedingungen künftiger Generationen beeinflusst.

Vor dem Hintergrund eines nicht als nachhaltig zu bezeichnenden Umgangs mit Rohstoffen und natürlichen Ressourcen, der zunehmenden Belastung der Umwelt, die sich nicht nur im Wandel des Klimas weltweit niederschlägt, und den alarmierenden Zahlen der Welternährungsorganisation FAO („Food and Agriculture Organization of the United Nations“), dass zum Ende des Jahres 2012 mehr als 870 Millionen Menschen nicht ausreichend zu essen hatten (98% dieser Menschen leben in Entwicklungsländern), verbietet sich ein „weiter so“. Die Strategien, die den heutigen Industrieländern und einem Großteil ihrer Menschen vor allem im 19. und 20. Jahrhundert Fortschritt und Wohlstand gebracht haben, sind nicht geeignet, künftigen Generationen zu einem vergleichbaren Lebensstandard zu verhelfen. Im Gegenteil. Ein Übertragen der alten Konzepte auf die Gegenwart dürfte die Welt binnen weniger Jahrzehnte an den Rand des ökologischen Zusammenbruchs führen. Als Vorbild für Entwicklung im 21. Jahrhundert sind die Konzepte der Vergangenheit daher nicht geeignet.

Schwieriger als die Frage, ob Frauen eine Rolle im Entwicklungsprozess zukommt, ist die Frage zu beantworten, welche Rolle

ihnen derzeit zukommt und welche Rolle ihnen zukünftig zukommen soll. Bei der Beantwortung dieser Frage gibt das Motto des Gender-Aktionsplans 2009 - 2012 des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) die Richtung vor, indem es deutlich macht: „Keine Hälfte der Welt kann ohne die andere überleben“. Es erinnert daran, „...dass nur im Zusammenwirken von beiden Hälften der Weltbevölkerung, Frauen und Männern, nachhaltige Entwicklung möglich ist“.²

Vor diesem Hintergrund verwundert es nicht, dass die Anstrengungen zur Gleichstellung und Gleichberechtigung der Geschlechter in den zurückliegenden 20 Jahren deutlich erhöht worden sind.

Die „Allgemeine Erklärung der Menschenrechte“ aus dem Jahre 1948, die „Antidiskriminierungs- bzw. Frauenrechtskonvention“ aus dem Jahre 1979 und die nach Mexico-Stadt (1975) und Kopenhagen (1980) dritte UN-Weltfrauenkonferenz des Jahres 1985 in Nairobi mit ihren „Zukunftsstrategien zur Förderung der Frau“ sind wichtige Etappen auf dem Weg zur Gleichstellung und Gleichberechtigung der Geschlechter.

Die Agenda 21, das Abschlussdokument des Erdgipfels von Rio 1992, ist so etwas wie das umwelt- und entwicklungspolitische Aktionsprogramm für das 21. Jahrhundert. Sie, die von 178 Staaten auf der bereits genannten Konferenz über Umwelt und Entwicklung 1992 in Rio de Janeiro verabschiedet worden ist, fasst die Vorstellungen von (nachhaltiger) Entwicklung zusammen. Sie versteht sich als Maßnahmenpaket, das in erster Linie internationale Organisationen und nationale Regierungen ansprechen soll. Auf knapp 360 Seiten nimmt sich die Agenda 21 der damals wie heute drängendsten Probleme an. Sie ist bemüht, die Welt auf die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts vorzubereiten.³ Kapitel 24 der Agenda befasst sich mit globalen Maßnahmen im Hinblick auf die Teilhabe der Frau an einer

nachhaltigen und gerechten Entwicklung. Es werden Bereiche benannt, in denen dringender Handlungsbedarf besteht, Ziele formuliert, die erreicht werden sollen und die Regierungen zur Umsetzung der an gleicher Stelle vorgeschlagenen Maßnahmen aufgefordert.⁴ Die Staatengemeinschaft manifestierte in der Agenda 21 nicht nur die Rolle der Frau im Konzept der nachhaltigen Entwicklung, sondern sie fordert darüber hinaus auch die Umsetzung konkret benannter Maßnahmen im Rahmen nationaler und lokaler Agenden.

Wegweisend war auch die Vierte UN-Weltfrauenkonferenz, die im September 1995 in Peking stattgefunden und unter dem Motto „Handeln für Gleichberechtigung, Entwicklung und Frieden“ gestanden hat. Erstmals haben sich dort 189 Staaten verpflichtet, die Gleichstellung der Geschlechter in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft zu fördern, die Rechte der Frauen zu schützen, die Armut von Frauen zu bekämpfen, Gewalt gegen Frauen zu verfolgen und geschlechtsspezifische Unterschiede in den Bildungssystemen abzubauen.⁵

Im Juni 2000 bekräftigte die Sondergeneralversammlung der Vereinten Nationen, die unter dem Thema "Frauen 2000 - Gleichstellung, Entwicklung und Frieden für das 21. Jahrhundert" gestanden hat, die Beschlüsse von Peking. Sie mahnte deren Umsetzung an und beschloss neue Initiativen. Fortschritte konnten bis dahin insbesondere auf den Gebieten „Menschenrechte“ und „Gewalt gegen Frauen“ erreicht werden (Stichwort "Frauenrechte sind Menschenrechte"). Im Rahmen der Sondergeneralversammlung wurde auch erstmals der eindeutige Zusammenhang zwischen Gleichberechtigung und Überwindung von Armut formuliert.

Ein weiterer Meilenstein war die Verabschiedung der so genannten Millenniums-Erklärung, auf die sich, ebenfalls im Jahre 2000, insgesamt 189 Staaten im Rahmen der Generalversammlung der Vereinten Nationen in New York verständigt haben.

Bestandteil des Katalogs verpflichtender Zielsetzungen waren u. a. die Gleichberechtigung der Geschlechter, Demokratisierung und Umweltschutz. Als Zielvorgaben zur Umsetzung der Millenniums-Erklärung wurden die acht Millenniums-Entwicklungsziele erarbeitet. Frauen sind hier die sowohl mittel- als auch unmittelbare Zielgruppe. Unmittelbar bei den Zielen 2 (Primarschulbildung für Alle), 3 (Gleichstellung der Geschlechter / Stärkung der Rolle der Frauen) und 5 (Verbesserung der Gesundheitsversorgung von Frauen), mittelbar bei den Zielen 1 (Bekämpfung von extremer Armut und Hunger), 4 (Senkung der Kindersterblichkeit) und 6 (Bekämpfung von HIV/AIDS, Malaria und anderen schweren Krankheiten).

Die Jahre 2005 - 2014 haben die Vereinten Nationen zur Weltdekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ erklärt. Die Botschaft lautet: Nachhaltige Entwicklung betrifft alle.

Mit der Gründung der „United Nations Entity for Gender Equality and the Empowerment of Women“, kurz „UN Women“, hat die Generalversammlung der Vereinten Nationen im Juni 2010 ein Beratungs- und Kontrollorgan eingerichtet, das den Vereinten Nationen, den Mitgliedsstaaten und der Zivilgesellschaft bei der Formulierung von Strategien, der Planung und Umsetzung von Maßnahmen sowie der Überprüfung gesteckter Ziele beratend zur Seite steht. Die Förderung der Gleichstellung der Geschlechter und die Ermutigung und Ermächtigung von Frauen mit dem Ziel, dass diese nicht nur größere Verantwortung übertragen bekommen, sondern auch bereit und in der Lage sind diese zu übernehmen, sind wesentliche Aufgaben dieser neuen Einrichtung, in der u. a. der Entwicklungsfond der Vereinten Nationen für Frauen („United Nations Development Fund for Women - UNIFEM“) aufgegangen ist.⁶

Nicht nur, dass die Förderung der Gleichberechtigung der Geschlechter seit Jahren ein Ziel deutscher Entwicklungspolitik ist. Sie wird von Seiten des für die Ent-

wicklungspolitik federführenden BMZ auch als Schlüssel für eine nachhaltige Entwicklung angesehen. Die Erkenntnis, dass Entwicklung nur dann nachhaltig sein wird, wenn Männer und Frauen gemeinsam an der Fortentwicklung der Gesellschaft arbeiten, ist insofern nicht neu.

In den zurückliegenden Jahren wurden weltweit zum Teil deutliche Fortschritte auf dem Gebiet der Gleichberechtigung der Geschlechter erzielt. So hat sich die Zahl der in extremer Armut lebenden Menschen innerhalb von 15 Jahren halbiert, die Grundschulbesuchsrate im Zeitraum von acht Jahren, je nach Region, um fünf bis 15 Prozent erhöht und die Kindersterblichkeit im Zeitraum von acht Jahren um mehr als 30 Prozent verringert.⁷ In knapp zwei Dritteln aller Länder ist die Einschulungsrate von Jungen und Mädchen nahezu ausgeglichen und der Anteil von Frauen in entlohnten Arbeitsverhältnissen ist auf fast 40 Prozent gestiegen.⁸

Auf anderen Gebieten sind die Ergebnisse weniger ermutigend. So sind nach wie vor fast 70 Prozent der ärmsten Menschen weiblich, arbeitet die Mehrzahl der Frauen im Niedriglohn- oder informellen Sektor und können Frauen in vielen Ländern ihre Rechte kaum oder gar nicht einfordern, wie das BMZ in seinem Gender-Aktionsplan 2009 - 2012 feststellt.⁹ Die Gleichstellung der Geschlechter ist nicht nur eine Frage der Gerechtigkeit. Mit Blick auf die Erhöhung der Wirksamkeit der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit und die Nachhaltigkeit von Entwicklung ist sie vielmehr eine „*conditio sine qua non*“.

Die Bewirtschaftung der Ökosysteme, die Bekämpfung der Verschlechterung der Umweltbedingungen auf nationaler und internationaler Ebene sowie die Umsetzung verschiedener Übereinkommen und Konventionen (zum Beispiel die „Antidiskriminierungs- oder Frauenrechtskonvention“, die Konventionen 100, „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“, und 111, „Diskriminierung in

Beschäftigung und Beruf“, der Internationalen Arbeitsagentur der Vereinten Nationen - ILO, die „Kinderrechtskonvention“ des Kinderhilfswerks der Vereinten Nationen - UNICEF) sind ohne die Mitwirkung von Frauen nicht möglich. Die Durchführung der genannten Programme und deren Wirksamkeit hängen von ihrer aktiven Einbeziehung in die wirtschaftlichen und politischen Entscheidungsprozesse ab. Für die erfolgreiche Durchführung der Agenda 21 ist die Einbeziehung der Frau von größter Bedeutung.

Was hat das Thema „Gender“ mit Nachhaltigkeit zu tun?

Die englische Sprache unterscheidet detaillierter als die deutsche Sprache die verschiedenen Aspekte des Geschlechts. Deutlich wird dies an den beiden im angelsächsischen gebräuchlichen Bezeichnungen „sex“ und „gender“. Während das englische Wort „sex“ auf das biologische Geschlecht abzielt (männlich oder weiblich), macht das englische Wort „gender“ deutlich, dass das Geschlecht auch eine soziale und kulturelle Dimension hat. Die englische Sprache vermag eine Unterscheidung vorzunehmen, die im Deutschen so nicht möglich ist.

Durch den Gender-Ansatz werden die Geschlechterordnungen in den verschiedenen Gesellschaften sichtbar. Dabei geht er über die soziale Stellung von Männern und Frauen hinaus, da er auch die gesellschaftlich und kulturell geprägten Rollen, Rechte, Pflichten, Ressourcen und Interessen von Frauen und Männern umfasst. Geschlechterspezifische Zuordnungen sind aus allen Gesellschaften bekannt. Demnach sind Buben stark, aber Mädchen schwach, ist Hausarbeit Frauen-, aber Technik Männer-sache, sind Mädchen feige, aber Jungen mutig etc. Diese Zuordnungen erfolgen weniger aufgrund des Geschlechts, als vielmehr aufgrund gesellschaftlicher Verhältnisse. Dabei werden Geschlechterkonstruktionen in unterschiedlichen sozialen Zusammenhängen hergestellt, verfestigt und vor

allem hierarchisiert. Die in vielen Gesellschaften noch heute vorherrschende Geschlechterordnung ist nicht nur eine Diskriminierung von Frauen, sondern stellt auch eine Abwertung weiblicher Kompetenzen, Tätigkeiten und Lebensmuster dar. Haus- und Familienarbeit wird in diesem Sinne zum Beispiel als minderwertig angesehen, wobei sich die soziale Dimension dieser Zuschreibung daran erkennen lässt, dass diese Abwertung auch dann erhalten bleibt, wenn die entsprechende Tätigkeit von einem Mann ausgeübt wird.¹⁰

Das Thema „Gender“ versucht die Beziehung zwischen dem biologischen und dem sozialen und kulturellen Geschlecht eines Menschen aufzuklären, d. h., das Verhältnis zwischen Männern und Frauen zu definieren. Da nachhaltige Entwicklung darauf zielt, ein Gleichgewicht zwischen ökonomischen, sozialen und ökologischen Interessen herzustellen, ist das Thema Gender nicht zuletzt deshalb ein zentrales Element der nachhaltigen Entwicklung, weil sowohl Frauen als auch Männer von diesen Interessen tangiert werden. Dieser Punkt macht darüber hinaus deutlich, dass Gendergerechtigkeit und nachhaltige Entwicklung gesellschaftliche Querschnittsaufgaben sind. Das Thema „Gender & Nachhaltigkeit“ betrifft viele Bereiche des täglichen Miteinanders der Geschlechter. Politik, Wirtschaft, Arbeit, Familie, Freizeit, Ernährung, Wasserversorgung, Energieverbrauch, Verkehrsplanung und Abfallentsorgung sind nur einige der Bereiche, die davon betroffen sind. Da sich Geschlechterrollen im Laufe der Zeit ändern und innerhalb und zwischen den Kulturen unterschiedlich sind, kommt jede Betrachtung einer Momentaufnahme gleich, die dem jeweiligen Ort und der jeweiligen Zeit geschuldet ist. Eine Anpassung der Betrachtungen an Raum und Zeit ist daher unerlässlich.

Ausblick

Die Erkenntnis, dass die ökonomischen, sozialen und ökologischen Aspekte menschlichen Handelns miteinander verknüpft sind, hat sich in den zurückliegenden 25 Jahren so durchgesetzt wie die Erkenntnis, dass nur eine nachhaltige Entwicklung im Stande ist zu gewährleisten, dass auch künftigen Generationen noch die Lebensgrundlagen zur Verfügung stehen, die für das Überleben der Menschheit notwendig sind.

Das Konzept der nachhaltigen Entwicklung ist kein Zustand starrer Ausgewogenheit, der irgendwann erreicht ist, sondern vielmehr ein Leitprinzip, das einem Prozess ständigen Wandels unterliegt. Schon der Brundtland-Bericht aus dem Jahre 1987, der das Konzept der nachhaltigen Entwicklung für sich reklamieren kann, weist ganz explizit auf diesen Umstand hin.¹¹

Nachhaltige Entwicklung setzt über alle geografischen und institutionellen Grenzen hinweg die Zusammenarbeit auf globaler, nationaler und lokaler Ebene voraus. Sie macht die Zusammenarbeit aller Bevölkerungsgruppen und Gesellschaftsschichten über Geschlechtergrenzen hinweg notwendig.

Was die geschlechterübergreifende Zusammenarbeit angeht, so wurden Frauen und ihr potentieller Beitrag, den sie zum wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt theoretisch beizutragen im Stande sind, in der Vergangenheit vielfach sowohl als Individuen, aber auch als Gruppe an den Rand gedrängt. Diese Ausgrenzung gilt es mit Blick auf die Zukunft zu verringern.¹² Noch immer sind es weltweit überwiegend Frauen, die weder lesen noch schreiben können. Untersuchungen zu Folge beziehen Frauen weltweit nur rund zehn Prozent aller Einkommen und besitzen weltweit nur rund ein Prozent des globalen Vermögens, produzieren aber zum Beispiel in Afrika südlich der Sahara bis zu 80 Prozent aller Grundnah-

rungsmittel (und das, obwohl Frauen Schätzungen zufolge nur rund zehn Prozent der Anbauflächen und weniger als zwei Prozent aller Landtitel in Entwicklungsländern besitzen sollen). Wenn es darüber hinaus stimmt, dass afrikanische Frauen gegenwärtig nur über rund zehn Prozent aller an Kleinbauern vergebenen Kredite und insgesamt nur über ein Prozent aller landwirtschaftlichen Kredite verfügen, dann kann man unschwer erahnen, welche Chancen hier ungenutzt bleiben.

Gleichberechtigung ist eine zentrale Frage der Demokratie und der Menschenrechte. Aber, und auch das beweisen immer mehr Studien, sie hat auch gute ökonomische Gründe. Die ungleiche Behandlung von Frauen kostet die Weltwirtschaft jährlich Milliarden. Weltbankstudien zeigen, dass die Länder Nordafrikas und des Nahen Ostens durch die Nutzung des wirtschaftlichen Potentials der Frauen ihr Wirtschaftswachstum um bis zu 40 Prozent jährlich steigern könnten. Untersuchungen zu Burkina Faso und Kenia haben gezeigt, dass deren Produktivität in der Landwirtschaft um bis zu zwanzig Prozent gesteigert werden könnte, wenn eine gerechtere Verteilung und ein gerechterer Zugang zu landwirtschaftlichen Produktionsfaktoren ermöglicht werden würde.

Die vorgebrachten Argumente lassen den Schluss zu, dass nachhaltige Entwicklung ohne die Einbeziehung von Frauen nicht möglich ist. Wenn es Frauen ermöglicht wird, ihre Potentiale zu entfalten, sind sie zusammen mit der anderen Hälfte der Weltbevölkerung, den Männern, sowohl in Entwicklungsländern wie auch in modernen Industriegesellschaften die größte Ressource für eine nachhaltige Entwicklung. Dem indischen Wirtschaftswissenschaftler und Philosophen Amartya Sen, der für seine Arbeiten zur Wohlfahrtsökonomie und zur Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung 1998 den Nobelpreis verliehen bekommen hat, fällt das Verdienst zu, den Zusammenhang zwischen Chancengleichheit und wirt-

schaftlicher Effizienz aufgezeigt zu haben. Er war auch einer der Initiatoren des durch das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (United Nations Development Programme - UNDP) seit 1990 jährlich veröffentlichten „Human Development Index“, einem Wohlstandindex von derzeit 186 Ländern, der 2010 um den „Gender Inequality Index“ bereichert wurde.

Aus der Definition der nachhaltigen Entwicklung, deren ökonomischer, sozialer und ökologischer Aspekte sowie deren globalem Ansatz unter Einbeziehung aller Bevölkerungsgruppen und Gesellschaftsschichten ergibt sich die ungeheuer große Spannweite der Thematik. Durch den kontinuierlichen Wandel, dem das Konzept der nachhaltigen Entwicklung unterliegt, werden die Anforderungen noch weiter erhöht.

Die Weitläufigkeit des Konzepts der nachhaltigen Entwicklung könnte auch einer der Gründe dafür sein, dass sich dieses, trotz großer und vor allem in den ersten Jahren rasch zugenommener Akzeptanz, bisher nicht in dem Umfang in Verhaltens- und Politikänderungen niedergeschlagen hat, wie man sich das seitens der Befürworter des Konzeptes vorgestellt hat. Die teils sehr komplexen Probleme, deren regionale und nationale, vor allem aber internationale politische Implikationen man bei den Anstrengungen zur Eindämmung des Klimawandels (durch eine umfassende und verbindliche Festlegung des CO₂-Ausstoßes), bei den Versuchen zum Schutz der Meere vor Überfischung (durch die Einführung verbindlicher Fangquoten) oder bei den Bemühungen zum Erhalt des Regenwalds (durch festgelegte und kontrollierte Einschlaglizenzen) seit Jahren beobachten kann, haben neben der Erkenntnis, dass Einstellungen und Verhaltensweisen von Menschen nur schwer und vor allem langsam zu ändern sind, zu einer Reihe enttäuschter Hoffnungen geführt.

Dass darüber hinaus fast die Hälfte des weltweiten Humankapitals, nämlich das der

Frauen, bis heute in der Welt nicht ausreichend geschätzt und genutzt wird, tut sein Übriges. Die Gründe hierfür sind vielfältig, und die Geringschätzung der Leistungen von Frauen ist nicht auf die Entwicklungsländer in Afrika, Asien und Südamerika beschränkt. Während in hochentwickelten Industrieländern Frauen bis heute um die Anerkennung ihrer Leistung kämpfen, sei es um Chancengleichheit bei der Vergabe von Führungspositionen oder um gleiche Entlohnung für gleiche Arbeit, kämpfen Frauen in weniger entwickelten Ländern mit stark ausgeprägten, traditionell, kulturell und religiös geprägten Gesellschaften nicht selten noch darum, überhaupt als gleichwertige Menschen anerkannt zu werden.

Die Gleichstellung von Frauen und Männern und die aktive Teilhabe beider Geschlechter am gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Fortschritt sind grundlegende Voraussetzungen für eine wirksame und vor allem auch nachhaltige Verringerung der Armut, sowie darüber hinaus für eine nachhaltige Entwicklung als Ganzes. Das Millenniumsentwicklungsziel drei, die Gleichstellung der Geschlechter sowie die Stärkung der Rolle von Frauen, trägt diesem Umstand Rechnung.

Die Diskriminierung von Frauen und Mädchen ist aber nicht nur ein Verstoß gegen die Menschenrechte, und sie ist darüber hinaus auch mehr als nur ökonomisch unvernünftig. Wenn einer stärkeren Förderung der politischen und wirtschaftlichen Teilhabe von Frauen das Wort geredet wird, so dürfen die damit einhergehenden positiven Effekte in Bezug auf das Selbstwertgefühl, die Selbstbestimmung sowie die Stellung der Frauen in ihren Gesellschaften nicht außer Acht gelassen werden.

Die Gender-Aktionspläne der verschiedenen Organisationen der Vereinten Nationen, der Weltbankgruppe, des IWF, der OECD und auch des BMZ können zur Erreichung der vorgenannten Ziele einen wichtigen Beitrag leisten, zumal sich noch nicht überall die Erkenntnis durchgesetzt hat,

dass ohne eine gleichberechtigte Teilhabe von Frauen erhebliche Entwicklungspotentiale und Entwicklungschancen nicht genutzt werden.

|| THOMAS GEBHARD

Auslandsmitarbeiter Jordanien

Anmerkungen

- 1 Im Rahmen einer Veranstaltung der „United Nations Entity for Gender Equality and the Empowerment of Women“ und von „United Nations Global Compact“ zum Thema "Gender Equality for Sustainable Business".
- 2 BMZ (2009): Gender-Aktionsplan 2009–2012, S. 3, URL <http://www.bmz.de/de/publikationen/reihen/strategiepapiere/konzept173.pdf> [22.05.2013].
- 3 Vgl. Agenda 21, Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung, Rio de Janeiro, Juni 1992, Präambel, URL http://www.un.org/depts/german/conf/agenda21/agenda_21.pdf [21.05.2013].
- 4 Vgl. Ebd., S. 277-280.
- 5 Vgl. Bericht der vierten Weltfrauenkonferenz, hier: Anlage I - Erklärung von Beijing (auszugsweise Übersetzung des Dokuments A/CONF.177/20 vom 17. Oktober 1995), URL http://www.un.org/Depts/german/conf/beijing/anh_1.html.
- 6 Vgl. URL <http://www.unwomen.org/about-us/about-un-women/> [23.05.2013].
- 7 Vgl. Vereinte Nationen (2009): Millenniums-Entwicklungsziele - Bericht 2009, URL <http://www.un.org/depts/german/millennium/MDG%20Report%2009%20Deutsch.pdf> [23.05.2013].
- 8 Vgl. BMZ (2009), S. 4.
- 9 Vgl. Ebd.
- 10 Vgl. Döge, Peter (2011): Was bitte ist Gender?, in: Politische Ökologie, Heft 70, S. 15-17.
- 11 Vgl. World Commission on Environment and Development (1987): Our Common Future, Teil I: Common Concerns, Kapitel 2: Towards Sustainable Development, Abschnitt 1: The Concept of Sustainable Development, S. 57, Abs. 2.
- 12 Vgl. Strange, Tracey; Bayley, Anne (2008): Nachhaltige Entwicklung - Wirtschaft, Gesellschaft, Umwelt im Zusammenhang betrachtet, OECD Publishing.

DIE POLITISCHE UND GESELLSCHAFTLICHE EMANZIPATION DER BOLIVIANISCHEN FRAU

PHILIPP FLEISCHAUER ||

Drei dramatische Fälle aus jüngster Zeit

Am 13. März 2013 wurde Juana Quispe Apaza, Indigene und Mitglied des Gemeinderats der Stadt Ancoraimes (Provinz Omasuyos; La Paz), ermordet nahe einem Fluss aufgefunden. Alle Anzeichen deuteten auf einen Racheakt ihrer männlichen Amtskollegen hin; erster Verdächtiger war der Bürgermeister selbst. Die Politikerin hatte ihre Kollegen bereits zweimal angeklagt, weil sie ihr die Teilnahme an politischen Sitzungen untersagten. Außerdem zeigte sie mehrmals den Bürgermeister und andere Gemeinderatsmitglieder wegen körperlicher und psychischer Misshandlung an. Am 28. Mai 2013, kurz nach der brutalen Ermordung, reagierte die bolivianische Nationalregierung mit dem Erlass des „Ley contra el Acoso y Violencia Política hacia las mujeres“, dem Gesetz gegen Belästigung und politische Gewalt gegen Frauen.

Nicht lange zuvor, am 11. Februar 2013, ermordete Jorge Raúl Clavijo Ovando mit 20 Messerstichen seine Ehefrau, die indigene Fernsehreporterin Hanalí Huaycho. Dieser hatte seine Ehefrau jahrelang misshandelt und psychisch misshandelt. Ein Grund dafür war unter anderem angeblich ihr indigener Nachname „Huaycho“, den ihr Ehemann Clavijo für beschämend hielt. Doch obwohl Hanalí Huaycho ihren Peiniger vor Gericht anklagte und die Einleitung eines Disziplinarverfahrens forderte, reagierten die Behörden nicht.

Ihre Ermordung löste eine Welle der Empörung in der bolivianischen Gesellschaft aus. Während die Gewalt an Frauen bis dato eher im Hintergrund geblieben war, entwickelte sie sich nun zum Diskussions-thema. Auch die Politik reagierte unverzüglich und erließ bereits einen Monat später am 9. März 2013 das „Ley contra la violencia hacia la mujer“, das Gesetz gegen die Gewalt an Frauen.

Bereits Ende Dezember 2012 hatten zwei Abgeordnete des Regionalparlaments von Chuquisaca eine indigene Mitarbeiterin im Plenarsaal vor laufenden Kameras vergewaltigt. Vermutlich aus Angst und Unwissenheit, eventuell auch geprägt durch die streng patriarchalischen indigenen Traditionen, hat das Opfer ihre Peiniger bis zum heutigen Datum nicht verklagt.

Anfang Mai beriet das Parlament über die Wiedereinsetzung einer der Vergewaltigter. Zwar sind Ermittlungen eingeleitet, ein Urteil lässt jedoch auf sich warten. Umso überraschender erscheint es daher, dass einer von beiden mit großer Wahrscheinlichkeit sein Amt als Abgeordneter bald wieder aufnimmt.

Bolivien ist eines der wenigen Länder Südamerikas, in denen sich der überwiegende Anteil der Bevölkerung selbst als indigen bezeichnet. Die Geschichte und diese drei aktuellen Fälle zeigen, dass die Indigenen, insbesondere indigene Frauen, bis in die heutige Zeit unterdrückt, diskriminiert und ihrer Rechte beraubt werden.

Rückblick in die Geschichte: Meilensteine der Emanzipation

In den ersten sechs Verfassungen Boliviens seit dessen Unabhängigkeit von der spanischen Krone zu Beginn des 19. Jahrhunderts waren Frauen von der politischen Beteiligung gänzlich ausgeschlossen. Nach wiederkehrenden politischen und gesellschaftlichen Diskussionen über ein Mitspracherecht in der Politik, aber auch durch den Druck zahlreicher Demonstrationen, bei denen Frauen für ihre Rechte kämpften, sprach die neue Verfassung im Jahre 1952 erstmalig Frauen, Indigenen und Bauern das Wahlrecht zu.¹

forderten die Befürworter erstmalig die Einführung einer Frauenquote ein, nachdem in den Kommunalwahlen von 1995 eine sehr geringe Anzahl an Frauen Plätze erringen konnte. Den Bemühungen verschiedener Frauenorganisationen, Nichtregierungsorganisationen und politischer Parteien ist es darüber hinaus zu verdanken, dass im Jahre 1997 im Rahmen der Wahlrechtsreform schließlich eine Frauenmindestquote von 30 Prozent im Parlament durchgesetzt werden konnte. 1999 führte schließlich das Gesetz zur Regulierung der politischen Parteien ebenso eine Frauenmindestquote von 30 Prozent für Parteiämter ein.³

Vertretung der Frauen im Parlament nach Einführung der Frauenquote

Jahr	Abgeordnetenkommission			Senatskommission		
	Amtsträger Gesamt	Frauen Gesamt	Frauen in %	Amtsträger Gesamt	Frauen Gesamt	Frauen in %
1997	130	15	12	27	1	4
2002	130	24	18	27	4	15
2005	130	22	17	27	1	4
2009	130	30	23	36	16	44

Quelle: Observatorio de Género con base a datos de la CNE, Vgl. Gonzáles (2011), S. 26.

In den Folgejahren wurden dann Stück für Stück die Lebensumstände und Rechte dieser drei Gruppierungen weiter verbessert. So trat 1994 das „Ley de Participación Popular“, das Gesetz der Volksbeteiligung, in Kraft, welches der ländlichen Bevölkerung diverse Partizipationsmöglichkeiten auf lokaler Ebene zusprach. Für die Rechte der (indigenen) Frauen war dies ein entscheidender Wendepunkt, denn das Gesetz forderte die Partizipation der Frauen sowohl in indigenen Kommunalversammlungen als auch in staatlichen Gemeinderäten ein.² Begleitend wurden Konventionen gegen Frauendiskriminierung erlassen sowie Foren zur Stärkung ihrer Rechte und politischer Beteiligungsmöglichkeiten gegründet. Mithilfe dieser neu geschaffenen Instrumente

Einen weiteren großen Meilenstein in der ethnischen und geschlechtlichen Gleichberechtigung Boliviens bildete das im Jahr 2004 ins Leben gerufene „Ley de Agrupaciones Ciudadanas y Pueblos Indígenas“, das Gesetz der Bürger- und Indigenenvereinigung. Dieses erlaubt es erstmalig in der Geschichte des Landes Indigenen- und Bürgervereinigungen (sofern sie einer Partei angehören), für ein Amt der Volksvertretung zu kandidieren. Dabei ist auch hier eine Frauenmindestquote von 30 Prozent Vorschrift.⁴

Die Tabelle zeigt einen deutlichen quantitativen Anstieg nach der Einführung der Frauenquote im Parlament, auch wenn die Mindestquote ursprünglich nicht annähernd

eingehalten wurde. Dennoch führte die Erhöhung der Frauenquote in den letzten Jahren zu einer größeren Legitimität der weiblichen Abgeordneten in der Bevölkerung und bereicherte die Debatte über die politische Partizipation von Frauen auch in anderen Organisationen und Institutionen. Somit leitete die Frauenquote auch den Beginn eines Umdenkens innerhalb der bolivianischen Gesellschaft ein. Die Diskussion über die vollständige Gleichstellung von Frauen und Männern rückte mehr und mehr in die Öffentlichkeit.

Die heutige Lage: Gleichberechtigung laut Statistik?

Betrachtet man die heutige Situation der Frauen in der bolivianischen Politik aus einem rein statistischen Blickwinkel, so könnte man meinen, Frauen seien Männern bereits praktisch gleichgestellt und teilweise sogar besser repräsentiert als diese. Die aktuelle Bekleidung der Präsidentschaften in der Abgeordnetenkammer und im Senat durch jeweils eine Frau bezeugt die institutionellen Fortschritte der Gleichberechtigung. Darüber hinaus fördern die in den Jahren 1997 und 2004 gesetzlich eingeführten Frauenquoten die Repräsentation der Frauen in beiden Kammern des nationalen Parlaments. Die heutige Aufteilung von männlichen und weiblichen Abgeordneten zeigt, dass im bolivianischen Parlament fast ausnahmslos gleichviele Frauen wie Männer vertreten sind.

Kammer			
Abgeordnete			
Frauen	124	Männer	127
Offiziell	31	Offiziell	99
Vertreterin	93	Vertreter	28
Senat			
Frauen	35	Männer	35
Offiziell	19	Offiziell	18
Vertreterin	16	Vertreter	17

Quelle: http://www.diputados.bo/index.php?option=com_content&view=article&id=97&Itemid=103 ; http://www.senado.bo/lista_de_senadores/pagina8
Stand: 2013.

Allerdings ist zu erkennen, dass in der Abgeordnetenkammer hauptsächlich Männer die offiziellen Ämter bekleiden, während Frauen vorwiegend deren Stellvertreterinnen sind (in Bolivien und anderen Ländern der Region verfügt jeder Abgeordnete über einen sogenannten "suplente", einen Stellvertreter. Dieser vertritt den offiziellen Abgeordneten während seiner Abwesenheit). Ebenso sieht das Geschlechterverhältnis in der Senatskammer auf den ersten Blick sehr ausgewogen aus. Doch auch das täuscht: selbst wenn eine Frau das offizielle Amt innehat, sind es oft ihre Stellvertreter, welche das Sagen haben.

Tatsächlich sind Frauen im heutigen Bolivien trotz der institutionellen und gesetzlichen Fortschritte einem enormen gesellschaftlichen Druck ausgesetzt, sobald sie ein politisches Amt antreten. Dieser Druck kann von Wählern und Interessensverbänden bis hin zum eigenen Arbeits- und Familienumfeld ausgeübt werden. Diese politische Einschüchterung zwingt viele von ihnen, sich auf stellvertretende Ämter zurückzuziehen. Extreme Fälle führen nicht selten dazu, dass Frauen keinen anderen Ausweg sehen, als ihr politisches Engagement gänzlich aufzugeben.

Mangel an Bildung, Geld und gesellschaftlicher Akzeptanz

Neben dem gesellschaftlichen Druck hindern auch ökonomische, soziale und kulturelle Faktoren die Partizipation von Frauen am politischen Leben. Der Mangel an Infrastruktur und Transportmöglichkeiten, die eingeschränkten Bildungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten bis zu niedriger Alphabetisierung - und natürlich die Armut schlechthin - isolieren vor allem Frauen vom politischen Geschehen und zwingen sie, in Abhängigkeit von Männern zu leben. Erschwerend kommt hinzu, dass vor allem in ländlichen Gebieten die traditionelle Rollenverteilung zwischen Mann und Frau weiterhin stark präsent ist: Meist sind bei Gemeindeversammlungen die Vorstandsposten mit

Männern besetzt, obwohl das Gesetz hier auch eine Frauenmindestquote vorschreibt. Diese existiert leider oft nur auf dem Papier, da es bislang keine gesetzlichen Sanktionen für die Nichteinhaltung des Quotengesetzes gibt. Theoretisch hat darüber hinaus jedes Gemeindemitglied das Recht, seine Meinung kund zu tun, trotzdem sind es in der Praxis größtenteils die Männer, welche „stellvertretend“ für ihre Ehefrauen sprechen. Frauen wird in der Regel lediglich in ihren traditionellen Zuständigkeitsbereichen ein Mitspracherecht zugestanden, etwa in Mutterschafts- oder Gesundheitsangelegenheiten.

Arbeitet man in ländlichen Regionen, so ist es für Nicht-Bolivianer zunächst befremdlich, wenn sich nach dem gemeinsamen Arbeitsgespräch die Teilnehmergruppe nach Geschlecht aufspaltet: die Männer nehmen im Speisesaal ihre Mahlzeit ein und führen dort die Diskussion weiter, während die Frauen mit dem Personal in der Küche essen. Auch ausländische Teilnehmerinnen sind von dieser Regelung nicht ausgenommen.

Bolivien: Alphabetisierungsrate der Bevölkerung (15 Jahre und älter), in Prozent

Beschreibung	Total (2009)	Indigene (2009)	Nicht Indigene (2009)
Total	91,15	87,04	95,87
Männer	95,80	94,14	97,68
Frauen	86,79	80,48	94,15
Urban	95,31	92,68	97,52
Männer	97,92	96,82	98,84
Frauen	92,87	88,75	96,29
Ländlich	82,16	79,17	89,32
Männer	91,23	90,27	93,34
Frauen	73,67	69,28	85,07

Quelle: Instituto Nacional de Estadística, <http://www.ine.gob.bo/indice/EstadisticaSocial.aspx?codigo=30801>.

Die Alphabetisierungsrate von Frauen in ländlichen Gebieten lag 2009⁵ noch unter 70 Prozent. Es liegt auf der Hand, dass Bildung und Aufklärung das Interesse für gesellschaftliches und politisches Engagement

weckt und dieses auch umgekehrt einer guten Bildungsgrundlage bedarf. Es ist allerdings auch historisch nicht üblich, dass (indigene) Frauen politische Ämter übernehmen. Zudem verfügen diese meist nicht über die notwendigen finanziellen und technischen Mittel, um sich politisch zu engagieren, etwa in Form von Wahlkampagnen. Schaffen es Frauen trotz der ungünstigen Ausgangsbedingungen und starken Einschränkungen in die Politik, befinden sie sich meist in einem Spannungsfeld von Ansprüchen: Einerseits müssen sie den verschiedenen Forderungen der Frauenrechtsorganisationen nachkommen, um eine breitere Akzeptanz unter den Wählern zu finden. Gleichzeitig müssen sie sich den stark hierarchisch und patriarchalisch geprägten Strukturen anpassen, um sich in der politischen Pyramide hoch zu kämpfen. Mittlerweile sind mehrere Fälle bekannt, in denen Frauen so lange von ihren männlichen Kollegen durch psychische und sogar physische Gewalt terrorisiert wurden, bis sie schließlich ihr Amt niederlegten und auf diese Weise Platz für ihre männlichen Stellvertreter machten.⁶

So berichtet der „Asociación de Concejalas de Bolivia“ (ACOBOL), der bolivianische Verein für Gemeinderätinnen, von 249 Belästigungsklagen zwischen den Jahren 2000 und 2009.

Politische Gewaltakte gegen Frauen im Zeitraum 2000-2009



Quelle: (RED ADA (2011), Observatorio de Acoso y Violencia Política en Razón de Género, La Paz, S. 20.

Dabei handelt es sich lediglich um die Fälle, welche offiziell vor Gericht angeklagt wurden. Dieser Anteil beträgt geringfügige elf Prozent! Bei einer Umfrage gaben über 50 Prozent der Frauen an, Opfer von politischer Gewalt gewesen zu sein, aus Hilflosigkeit und Unwissenheit das Geschehene aber verschwiegen hätten.⁷ In vielen privaten Unternehmen gibt es keine Möglichkeiten, derartige Übergriffe anzuklagen. Auch auf staatlicher Ebene existierten bis zum Jahr 2009 keinerlei Gesetze, welche die Belästigung am Arbeitsplatz unter Strafe stellten. Erst die neue Verfassung von Januar 2009 führte einen Artikel ein, der jegliche Belästigung am Arbeitsplatz unter Strafe stellt. Allerdings wird in diesem nicht spezifiziert, welche Art von Strafe und ab welchem Grad der Belästigung diese zur Anwendung kommt.

Verschiedene Frauenbewegungen fordern nun vom Arbeitsministerium die Einführung eines Artikels im Arbeitsgesetzbuch, welcher die Bestrafung von Gewalt gegen Frauen und dessen Anwendung reguliert.

Schutz der indigenen Kultur versus Emanzipation der Frau?

Die andine Epistemologie ist stark von den Vorstellungen der Gegenseitigkeit geprägt: Sie basiert auf symmetrischen geschlechtsspezifischen Paaren, die in fast allen sozialen Aspekten der andinen Kultur vorkommen. So werden zum Beispiel Mond und Sonne, Berg und Tal oder Kartoffel und Mais in weibliche und männliche Gegensätze aufgeteilt. Diese geschlechtsspezifische Unterscheidung wirkt sich auch auf das Verhältnis zwischen Mann und Frau aus. So sind die Arbeitsbereiche klar in produktive (für die Männer) und reproduktive Bereiche (für die Frauen) aufgeteilt. Der Haushalt funktioniert nur, wenn jeder Teil des Ehepaars die ihm zugeteilten Aufgaben erledigt und den anderen dabei ergänzt. Individuen werden erst als vollwertige Mitglieder der Gemeinschaft angesehen, wenn sie heiraten, sich also mit den gegensätzlichen Part vereinen. Obwohl das Konzept der ergän-

zenden Gegenseitigkeit auf Gleichheit ausgerichtet ist, kann und wird es dafür ausgenutzt, um hierarchische Strukturen zwischen Männern und Frauen zu etablieren. Es liegt nahe, dass die Ungleichheit der Geschlechter direkt mit dieser Vorstellung in Verbindung steht. Dies wirkt sich auch auf die politische Partizipation der Frauen aus. Da dieser Bereich den Männern vorbehalten ist, hat eine Frau oftmals keine Chance, sich am politischen Geschehen zu beteiligen.⁸

Die Paradoxie liegt darin, dass eben diese traditionelle Vernachlässigung der Frau am politischen Geschehen indirekt durch die bolivianische Verfassung unterstützt wird, und somit den neu eingeführten Gesetzen der Frauenpartizipation grundsätzlich widerspricht: die neue Verfassung von 2009 schützt das Recht der kulturellen Identität, die Bräuche und die Normen der indigenen Völker, und vor allem das Recht auf Ausübung ihrer spezifisch kulturell geprägten wirtschaftlichen und politischen Systeme. Der dabei entstehende (ungewollte) Nebeneffekt ist allerdings, dass der (gewünschte) Erhalt der traditionellen indigenen Bräuche, eine reelle Frauenemanzipation bremst oder gar unmöglich macht.⁹ Dieser Widerspruch ist bei einem Zusammenfließen von Tradition und Moderne unvermeidbar und bedarf wohl noch mehrerer Generationen, um einen harmonischen Ausgleich zu finden.

Die neue Erstarkung von (indigenen) Frauenorganisationen

Verschiedene Frauenorganisationen in Bolivien sehen in den indigenen andinen Traditionen eine Gefährdung der Gleichberechtigung der Frau. Auf der anderen Seite bewerten zahlreiche indigene Frauenorganisationen den Gleichberechtigungsprozess als sehr weit fortgeschritten.¹⁰ Aus den kontroversen Meinungen entstanden allerdings auch Synergien: so schlossen sich im Jahr 2008 sowohl indigene als auch feministische Gruppierungen zusammen, um gemeinsam einen neuen Verfassungsentwurf

zu entwickeln und damit die Diskussion um die neue Verfassung direkt zu beeinflussen. Sie forderten vor allem sexuelle und reproduktive Rechte für Frauen, also das Recht entscheiden zu können, mit wem, wann und wie jemand Kinder und sexuelle Beziehungen hat, sowie das Recht, frei von Gewalt zu leben.¹¹ Die jüngere Entwicklung der (indigenen) Frauenorganisationen begann jedoch schon viel früher: Bereits in der 1970er Jahren ging die „Federación Nacional de Mujeres Campesinas de Bolivia Bartolina Sisa“, die Nationale Vereinigung indigener Bäuerinnen Boliviens Bartolina Sisa, aus dem Dachverband der „Confederación Sindical Unida de Trabajadores Campesinos de Bolivia“ (CSUTCB) als eigenständige Organisation hervor. Ihre Hauptforderungen lauteten politische Partizipation, Landrechte, Bildung, Bekämpfung der häuslichen Gewalt und Stärkung der Rechte indigener Frauen.

Projekte der HSS

Die Hanns-Seidel-Stiftung Bolivien unterstützt seit 2010 den Dezentralisierungs- und Demokratisierungsprozess in verschiedenen Regionalparlamenten und Munizipien im Land. Bei der gemeinsamen Arbeit wird ein besonderes Augenmerk auf die Aus- und Weiterbildung von Frauen gelegt. Mit den zwei führenden Universitäten des Landes kooperiert die Stiftung zudem in verschiedenen Projekten zur Förderung von politischen, sozialen und wirtschaftlichen Nachwuchsführungskräften. Seit 2012 vergibt die Hanns-Seidel-Stiftung in Bolivien ferner Hochschulstipendien an begabte junge Bolivianer und Bolivianerinnen (hauptsächlich aus dem indigenen Sektor), die sich ohne finanzielle Unterstützung kein Studium leisten könnten. Dabei verzeichnet die Stiftung sowohl mehr weibliche Bewerber als auch letztlich mehr weibliche Stipendiaten. So sind knapp 70 Prozent der Stipendiaten inzwischen weiblich.

Während des Coca-Krieges und in vielen weiteren sozialen Bewegungen spielten damals und heute noch die „Bartolinas“ eine

wichtige Rolle. Sie sind außerdem Mitbegründerinnen der Regierungspartei „Movimiento al Socialismo“ (MAS) und üben einen bedeutenden Einfluss auf die aktuelle Regierungsführung aus. Mit über 100.000 Mitgliedern sind die „Bartolinas“ mittlerweile die größte Organisation indigener Frauen in Bolivien und verfügen landesweit über gewerkschaftliche Strukturen. In den Jahren 2008 und 2009 hielten sie jeweils das „Cumbre Social de Mujeres de Bolivia“, das soziale Gipfeltreffen bolivianischer Frauen, ab. Dieses landesweite Treffen erwies sich als eine gute Gelegenheit des Austausches diverser populärer indigener Frauenorganisationen, um die Umsetzung der neuen Verfassung zu diskutieren und neue Strategien zu entwickeln. Aus diesen Treffen resultierte auch die Forderung nach der Gründung eines „Consejo Nacional de Mujeres Originarias Campesinas“, eines Nationalen Rats indigener Frauen der ländlichen Gebiete, um gerichtliche Streitigkeiten zu regeln und Menschenrechtsverletzungen gegen indigene Frauen entgegenzutreten.¹² In den 1980er und 1990er Jahren entstanden zahlreiche feministische Bewegungen. Hier kann vor allem das in La Paz gegründete Frauenkollektiv „Mujeres Creando“ genannt werden. Es übt öffentliche Kritik an den sogenannten „patriarchal, neokolonial, heteronormativ und rassistisch geprägten Strukturen“ in der Gesellschaft und Politik Boliviens.

Mittlerweile macht sich auch in gemischtgeschlechtlichen Organisationen, deren Anliegen nicht explizit Gender-Belange sind, eine stärkere Beteiligung der Frauen bemerkbar. So amtiert derzeit eine Frau als Vizepräsidentin für die „Central Indígena del Oriente Boliviano“ (CIDOB), die Indigene Zentrale des bolivianischen Ostens. Sie stehen aber auch an der Spitze vieler kleinerer regionaler Organisationen. Heutzutage arbeiten zahlreiche Frauen als Mitglieder von Gemeinderäten, Verantwortliche für die Durchführung von Projekten und als Beraterinnen, Gesundheits- und Frauenbeauftragte.¹³

Fazit

Der Verlauf der Geschichte zeigt, wie kontrovers die Situation der (indigenen) Frauen in Bolivien ist: Einerseits werden ihnen per Gesetz weitgehende Rechte und Vertretungen zugesprochen. Andererseits prägen die historisch-kulturellen, sozioökonomischen und gesellschaftlichen „Fesseln“ bis heute das Denken und Verhalten Bolivienens. Dies wirkt sich schließlich auf die nach wie vor patriarchalisch strukturierte Gesellschaft und Politik des Landes aus.

Die bisherige Erfahrung zeigt, dass es nicht leicht für (indigene) Frauen ist, sich in der Politik zu behaupten und für ihre Rechte zu kämpfen. Der Erlass mehrerer Gesetze zum Schutz der Frauen und deren politischer Partizipation, sowie die Gründung von Frauenorganisationen, feministischen Bewegungen und Frauenmobilisierungen konnten zweifellos wichtige Erfolge der Gleichberechtigung erreichen. Die jüngsten tragischen Ereignisse haben die Debatte über die Stellung der Frau in der bolivianischen Gesellschaft sowie ihre politischen Partizipationsmöglichkeiten und die Verteidigung ihrer Rechte erneut ins öffentliche Licht gerückt. Die Regierung reagierte mit der Verabschiedung zweier essentieller Gesetze, welche Frauen gegen politische Belästigung und Gewalt zu schützen versuchen. Wie sich diese Gesetze in der Praxis durchsetzen können, muss sich noch herausstellen. Nicht zuletzt muss Bolivien einen Weg finden, um das Spannungsverhältnis zwischen den traditionell patriarchalischen Bräuchen und den modernen Werten der Partizipation und Gleichberechtigung zu überbrücken. Erste Schritte sind getan.

|| PHILIPP FLEISCHAUER

Projektassistent Bolivien

ANMERKUNGEN

- 1 Vgl. Gonzáles, Mónica Novillo. (2011): Paso a paso. Así lo hicimos: Avances y Desafíos en la Participación Política de las Mujeres, La Paz. S. 22.
- 2 Vgl. Manson-Visram, Felicity; Jacopo Uberti, Luca; Brace-John, Tara (2010): Gender-based Political Violence in Bolivia: A Barrier to Women's Political Participation, London. S. 5.
- 3 Vgl. Baldez, Lisa; Brañez, Patricia (2005): El discurso a los hechos: ¿Cuánto hemos avanzado las mujeres bolivianas con las cuotas políticas?, La Paz. S. 10ff.
- 4 Vgl. Baldez (2005): S. 10f.
- 5 Aktuellere Zahlen wurden noch nicht veröffentlicht
- 6 Vgl. RED ADA (2011) Red Nacional de Trabajadoras/es de la Información y Comunicación (Nacionales Netzwerk der ArbeiterInnen der Information und Kommunikation), Observatorio de Acoso y Violencia Política en Razón de Género, La Paz S.: S.7.
- 8 Vgl. Pape, I. S. R. (2008): "This is not a meeting for women": The Sociocultural Dynamics of Rural Women's Political Participation in the Bolivian Andes, in: Latin American Perspectives 35 (6)/2008, S. 46.
- 9 Vgl. Manson-Visram, Jacopo Uberti, Brace-John 2010: S. 11.
- 10 Rousseau, Stéphanie (2011), Indigenous and feminist Movements at the constituent Assembly in Bolivia: Locating the Representation of Indigenous Women, in: Latin American Research Review 46 (2)/2011. S. 20f.
- 11 Vgl. Rousseau (2011): S. 20f.
- 12 Vgl. Rousseau (2011): S. 20f.
- 13 Vgl. Cabrera, Justa (2003): Movimiento indígena y participación de la mujer indígena, in: Mujeres en la coyuntura nacional, hrsg. von AMUPEI, La Paz, S. 89ff.

FRAUEN IN DER PAKISTANISCHEN POLITIK

KRISTOF W. DUWAERTS ||

Die Parlamentswahlen am 11. Mai 2013 läuteten die erste demokratische Transition in der 66-jährigen Geschichte des Landes ein. Internationale Beobachter sprachen von einer relativ fairen Wahl, landesweit war ein großes Interesse für einen politischen Wandel zu erkennen, die Wahlbeteiligung erreichte mit über 60 Prozent ein Rekordniveau. Wie jedoch steht es um die Rolle der Frau im politischen Prozess der Islamischen Republik?

Die Lage der Frau in Pakistan ist Ende 2012 durch einen Anschlag auf die fünfzehnjährige Malala Yousufzai weltweit vermehrt in den Fokus gerückt. Die Schülerin hatte sich gegen die Schließung von Mädchenschulen in dem zur Provinz Khyber Pakhtunkhwa gehörenden Swat-Tal im Nordosten Pakistans gewendet und war so in das Visier der pakistanischen Taliban geraten.

In ganz Pakistan, und damit weitestgehend außerhalb des Wirkungskreises der Taliban, haben lediglich 18,3 Prozent der über 25-jährigen Frauen länger als acht Jahre eine Schule besucht (Männer 43,1 Prozent)¹, die weibliche Analphabetismus-Quote liegt laut offiziellen pakistanischen Zahlen bei 55 Prozent (Männer 31 Prozent)², wobei die tatsächliche Zahl weit höher liegen dürfte. Diese mangelhafte Berücksichtigung von Frauen im pakistanischen Bildungssystem ist einer der Hauptgründe für eine bisher nur sehr schwache

politische Aktivität von Frauen in Pakistan. Staatlicherseits ist seit 1973 im Artikel 25 der Verfassung festgehalten, dass keine Unterschiede zwischen Männern und Frauen gemacht werden dürfen. Gründe für die massive Schlechterstellung von Frauen - in dem 1947 nach der Aufspaltung des indischen Subkontinents als Heimstatt der indischen Muslime entstandenen Pakistan - gibt es viele. Zahlreiche soziale Spannungen und geschlechterspezifische Verhaltensweisen stammen noch aus vorpakistanischer Zeit und lassen sich grob in (vermeintlich) islamische, paschtunische sowie andere stammesspezifische Verhaltensmuster unterteilen. Ein strenger Patriarchismus in Pakistan zementiert dabei von sozialer Seite Verhaltensweisen wie die allgemein geringere Mobilität von Frauen, und die geringere Wertschätzung weiblicher Bildung. Dazu kommt das Bestreben einiger islamistischer Bewegungen, politisch aktive Frauen als unislamisch zu diffamieren. In einem Land mit starker Religiosität und geringer Bildung in der Regel ein einfacher Weg, jemanden mundtot zu machen. Dass die Rolle der Frau in Pakistan dennoch Subjekt starker regionaler, sozialer sowie wirtschaftlicher Unterschiede in diesem multiethnischen, sowie sozial äußerst diversen Spannungsfeld ist, sollte dabei aber nicht aus dem Blickfeld geraten. So sind die derzeit im pakistanischen Parlament vertretenen Frauen Vertreterinnen einer Mittel-/Oberschicht, die von ihrer Ausbildung, ihrem Lebens-

standard und ihrem Einkommen Frauen in der deutschen Mittelschicht in nichts nachstehen.

Laut der letzten abgeschlossenen Volkszählung aus dem Jahr 1998 ist das Geschlechterverhältnis in Pakistan stark männerdominiert. So kommen landesweit auf 100 Frauen durchschnittlich 108,5 Männer. Dabei fällt ins Auge, dass das Geschlechterungleichgewicht in den Städten (insgesamt 100:112) deutlich stärker ausfällt als im ländlichen Raum (100:107).³

Frauen in der pakistanischen Politik

Im Parlament sind Frauen mit 22 Prozent im Verhältnis zu Ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung deutlich unterrepräsentiert. Ebenso deutlich fällt der Unterschied bei der Erwerbstätigkeit aus. Laut Weltbank waren im Jahr 2012 lediglich 20 Prozent der Erwerbstätigen in Pakistan Frauen.⁴ Noch schlechter gestaltet sich diese Quote auf der Führungsebene. Lediglich drei Prozent der Leitungspositionen in Pakistan – in Politik, Verwaltung und Wirtschaft – waren im Jahr 2008 mit Frauen besetzt.⁵ Unter den wenigen Politikerinnen, die es in der Geschichte des Landes zu höchsten Würden gebracht haben, stechen zwei Persönlichkeiten besonders hervor, die sich bis heute – auch unter der männlichen Bevölkerung Pakistans – allergrößter Verehrung und Zustimmung erfreuen. Dies sind Fatima Jinnah, sowie die zweimalige Premierministerin des Landes, Benazir Bhutto. Sie waren wichtige Vorreiterinnen der Frauenrechtsbewegung in Pakistan, werden bis auf den heutigen Tag als wichtige Vorbilder in und Aushängeschilder für Pakistan herangezogen, und sollen im Folgenden kurz vorgestellt werden.

Fatima Jinnah

Die auch als „Mutter der Nation“ bekannte Fatima Jinnah war eine enge Weggefährtin ihres Bruders Muhammad Ali Jinnah, dem „Vater der Nation“. Sie gilt als eine der Begründerinnen der Frauenrechtsbewegung

in Pakistan, war eine wichtige Vertreterin der Pakistan-Bewegung, die zur Abspaltung Pakistans von Indien führte, und trat 1965 während des Präsidentschaftswahlkampfes an. Hier unterlag sie letzten Endes Ayub Khan, wobei allerdings Beobachter davon ausgehen, dass sie im Falle einer direkten Wahl wohl Präsidentin des Landes geworden wäre. Zu diesem Zeitpunkt fanden Präsidentschaftswahlen in Pakistan noch mit einem Wahlmännnergremium, bestehend aus 80.000 „Basisdemokraten“ – Regierungsfunktionären aus ganz Pakistan – statt.

Benazir Bhutto

Benazir Bhutto, Premierministerin Pakistans von 1988 bis 1990 und erneut von 1993 bis 1996, ist – auch parteiübergreifend – nach ihrer Ermordung in Rawalpindi am 27. Dezember 2007 noch immer die wohl beliebteste Politikerin Pakistans und war die erste Regierungschefin eines islamischen Staates. Die Tochter des ehemaligen pakistanischen Premierministers und Präsidenten des Landes, Zulfikar Ali Bhutto, der gleichzeitig auch Gründer der Pakistan Peoples' Party (PPP) war, hatte gleichsam einen vorgezeichneten Lebensweg. Nach der Exekution ihres Vaters unter General Zia ul-Haq im Jahr 1979 übernahm sie 1982 mit nur 29 Jahren den Vorsitz der PPP, einer insbesondere im ländlichen Sindh verwurzelten sozial-demokratischen Partei. Die später aufgrund ihrer Politik als „eiserne Lady“ Pakistans bekannt gewordene Bhutto sprach sich insbesondere während ihres Wahlkampfes sehr stark für Frauenrechte aus. In ihrer zweiten Amtszeit verlor sie jedoch die Unterstützung von Frauenverbänden im Land, da diese ihr vorhielten, ihre Versprechen, die sogenannten *Hudud-* und *Zina-* Gesetze⁶ zu entkräften, nicht zu halten, sondern im Gegenteil die Lage der Frau in Pakistan durch die Umsetzung willkürlicher und rückwärtsgewandter Gesetze eher noch zu verschlechtern. Nichtsdestotrotz wird Benazir Bhutto heute als Ikone der Frauenbewegung betrachtet. Sie wird allgemein als Ausgangspunkt für zahlreiche

Parteien gesehen, Frauen in führenden Positionen mehr zu fördern. Auch während des Wahlkampfes 2013 schmückte das Konterfei Benazir Bhuttos insgesamt wohl mehr Wahlplakate als die eigentlich zur Wahl stehenden Kandidaten. In der PPP, die derzeit ihr Sohn Bilawal Bhutto führt, ist sie noch stets omnipräsent und kann als sakrosankter Dreh- und Angelpunkt sämtlichen Parteigeschehens gelten.

Öffentliche Meinung

In einer Umfrage der pakistanischen Wochenzeitschrift „The Herald“ aus dem Jahr 2012 sagten 85 Prozent der Männer in Quetta (der Hauptstadt der Provinz Belutschistan), dass sie es befürworten würden, wenn Frauen in der Politik kandidierten. Dem gegenüber stand eine Quote von lediglich 55 Prozent in Peshawar, der Hauptstadt der Provinz Khyber Pakhtunkhwa.⁷ Die Verfassung Pakistans ist, wie bereits angesprochen weitestgehend geschlechtsneutral und postuliert eine grundsätzliche Gleichheit der Geschlechter. In der Realität sehen sich Frauen aber zahlreichen Hürden ausgesetzt. In den politischen Parteien Pakistans hat sich bisher trotz verschiedenlicher Forderungen keine Frauenquote durchsetzen können. Nominierungen für politische Ämter folgen auch im Jahr 2013 weitestgehend politischen Traditionen.

Politische Dynastien spielen eine große Rolle, von der auf nationaler Ebene lediglich das Muttahida Quami Movement im Sindh sowie die Pakistan-Tehreek-e-Insaf, die stark in der Provinz Khyber Pakhtunkhwa vertreten ist, teilweise ausgenommen sind.

Die pakistanische Nationalversammlung

Pakistan ist eine islamische Bundesrepublik mit vier anerkannten Provinzen. Die politische Vertretung auf nationaler Ebene wird über ein Ober- und ein Unterhaus, grob vergleichbar dem Bundestag (Nationalversammlung) und dem Bundesrat (Senat) gewährleistet. Alle fünf Jahre sollen Wahlen

zur Nationalversammlung stattfinden. In der Vergangenheit war dies in Pakistan aufgrund verschiedenlicher Militärcoups nicht der Fall.

Bis 2013 waren nie zuvor zwei demokratisch gewählte Regierungen aufeinander gefolgt. Auch deshalb war die diesjährige Wahl von großer Bedeutung für die pakistanische Demokratie. Zum ersten Mal konnte (und musste) eine demokratisch gewählte Regierung ihre Legislaturperiode ordnungsgemäß abschließen und den Weg für das nächste demokratisch gewählte Parlament bereiten.

Die pakistanische Nationalversammlung verfügt über insgesamt 342 Sitze. Davon sind 70 Sitze für Frauen und religiöse Minderheiten reserviert. In der Praxis entfallen davon 60 Sitze auf Frauen, und zehn Sitze auf „Nichtmuslime“. Diese Sitze werden nach Auszählung der Stimmen gemäß den Wahlergebnissen an die Parteien mit den meisten Stimmen verteilt.

Diese Frauenquote im Parlament hat allerdings in anderen gesellschaftlichen und professionellen Bereichen Pakistans bisher keine Entsprechung. So gibt es auch innerhalb der säkularen Parteien des Landes keine Bestimmungen, die eine Nominierung von Frauen befördern würden.

Die Parlamentswahlen im Jahr 2008

Nach der Militärdiktatur von General Pervez Musharraf (2001-2008) sehen internationale und nationale Beobachter die vergangene Legislaturperiode von 2008 bis 2013 in vielerlei Hinsicht als wichtigen Schritt zu einer demokratischen Ausrichtung Pakistans.

Es gelang der Regierung nicht nur erstmals in der Geschichte des Landes, eine komplette Legislaturperiode abzuschließen, auch Frauen und Minderheiten wurden graduell mehr Rechte zugebilligt und ein öffentlicher Diskurs findet vermehrt statt.

Wählerinnen

Insgesamt lag die Wahlbeteiligung 2008 bei 43,65 Prozent der registrierten Wähler, wobei davon auszugehen ist, dass auch in relativer Hinsicht mehr Männer an der Wahl teilgenommen haben als Frauen. Verlässliche Zahlen hierzu gibt es allerdings nicht, da zu diesem Zeitpunkt die *Election Commission* keine geschlechtersegregierten Daten erhob. Eine diesbezügliche Bestimmung für die Durchführung der Wahlen in Pakistan trat erst in 2009 in Kraft. Es gibt allerdings zahlreiche Berichte darüber, dass Frauen die Teilnahme an der Wahl verwehrt wurde. So beschlossen Dorfälteste für 564 der damals 64.000 Wahllokale, dass Frauen nicht an der Wahl teilnehmen dürften. Männer überwachten diese Vorschriften, so dass in den betreffenden Wahllokalen aufgrund des sozialen Drucks keine einzige Frau an den Wahlen teilnahm.⁸

KPK und Belutschistan an, während im Hauptstadtterritorium zwei Frauen kandidierten. Diese Zahlen entsprachen grob der Bevölkerungsverteilung in Pakistan. Der Punjab ist mit Abstand die bevölkerungsreichste Provinz, während Belutschistan die zahlenmäßig kleinste Bevölkerung hat. Die Wahlen mussten um einen Monat verschoben werden, weil die Spitzenkandidatin der PPP, Benazir Bhutto, wenige Wochen vor dem geplanten Wahltermin einem Attentat in Rawalpindi zum Opfer fiel.

Politikerinnen

In der 13. Nationalversammlung, die am 16. März 2013 aufgelöst wurde, waren zuletzt 75 Frauen vertreten, davon 18 über die direkte Wahl, sowie 57 Frauen über die für sie reservierten Sitze.⁹ Damit hielten Frauen in der Nationalversammlung eine Quote von

Registrierte Wähler in Pakistan im Jahr 2008

	Männer	Frauen	Gesamt	Frauen
Belutschistan	2,358,971	2,004,639	4,363,610	45.94%
FATA	985,994	424,332	1,410,326	30.09%
Islamabad	261,697	221,104	482,801	45.80%
KPK	6,324,182	4,337,030	10,661,212	40.68%
Punjab	24,479,668	20,006,958	44,486,626	44.97%
Sindh	10,894,176	8,612,297	19,506,473	44.15%
Gesamt	45,304,688	35,606,360	80,911,048	44.01%

Quelle: Eigene Darstellung nach: Election Commission of Pakistan (2008): *Electoral Rolls 2008*, URL www.ecp.gov.pk [03.06.2013].

Kandidatinnen

Im Jahr 2008 traten zu den Wahlen zur Nationalversammlung insgesamt 73 Frauen als Direktkandidatinnen an. Davon waren 41 von ihren jeweiligen Parteien nominiert, während 32 Frauen als unabhängige Kandidatinnen antraten. 49 Kandidatinnen kamen aus dem Punjab, 16 aus dem Sindh, jeweils drei Kandidatinnen traten in den Provinzen

22 Prozent und bewegten sich international weit vor den Vereinigten Staaten von Amerika oder dem Nachbarstaat Indien.¹⁰ Sieben Frauen traten während der Legislaturperiode zurück, der Supreme Court disqualifizierte 2012 eine aufgrund ihrer doppelten Staatsangehörigkeit und zwei weitere Frauen starben.¹¹ Aufgrund nicht immer durchgeführter Nachbesetzungen hielten am Ende der Legislaturperiode daher weniger

Frauen ein Mandat, als zu Beginn. Die einer einflussreichen Politikerfamilie aus dem Sindh entstammende Fahmida Mirza war von 2008 bis zur Auflösung der Nationalversammlung im Vorfeld der Nationalwahlen von 2013 erste Sprecherin der pakistanischen Nationalversammlung, und damit die politisch bedeutendste Frau im Lande. In der Außendarstellung Pakistans steht sie damit in einer Linie mit Benazir Bhutto.

Fahmida Mirza vertritt ihren Heimatwahlbezirk seit 1997 ununterbrochen im Parlament. Eine weitere bedeutsame Frau im pakistanischen Parlament war Sherry Rehman, auch sie Tochter einer einflussreichen Familie im Sindh. Ihre Mutter war die erste Vizepräsidentin der State Bank of Pakistan. Sie zog über einen der für Frauen reservierten Sitze in das Parlament ein, und Präsident Musharraf ernannte sie im März 2008 zur Informationsministerin. Diese Position bekleidete sie bis März 2009 und unterstützte in ihrer Zeit zahlreiche Gesetzesentwürfe zur Stärkung der Frau. Seit November 2011 ist sie pakistanische Botschafterin in den Vereinigten Staaten von Amerika.

Im Februar 2011 überraschte Pakistan die Weltöffentlichkeit zudem mit der Ernennung der damals gerade 34 Jahre alten Hina Rabbani Khar zur Außenministerin. Als „Chefverkäuferin des weichen Pakistan“¹² trieb sie in der Folgezeit insbesondere die erkalteten Beziehungen zum Nachbarn Indien voran, welches den Antrittsbesuch der jungen Frau kurz nach ihrem Amtsantritt als „Landung einer pakistanischen Bombe“ in Indien feierte. Doch auch hier darf nicht übersehen werden, dass Hina Rabbani Khar „Kind“ des „undemokratischen“ Pakistans ist. Sie entstammt einer feudalen Familie von Großgrundbesitzern, die seit Jahren tief in der pakistanischen Politik verwurzelt ist. Ihr Eintritt in die Politik resultierte aus der Tatsache, dass ein neues Gesetz ihren Vater für die Wahrnehmung politischer Aufgaben in Pakistan disqualifizierte. Er verfügt über keinen Schulabschluss. Nachdem der obligatorische Schulabschluss für Abge-

ordnete im Jahr 2009 abgeschafft wurde kündigte Khar 2013 nach Beendigung der Legislaturperiode an, sich vollständig aus der Politik zurückzuziehen, um das Feld zugunsten ihres Vaters zu räumen, der in den Wahlen dann allerdings einem Konkurrenten unterlag.

Trotz der Tatsache, dass zwischen 2008 und 2013 lediglich 22 Prozent der Parlamentsabgeordneten Frauen waren, zeigen Statistiken, dass diese Frauen die ihnen übertragenen Rechte überproportional wahrnahmen. So gab es mehr Eingaben und Resolutionen seitens der 75 Frauen als ihrer männlichen Amtskollegen. Ein wichtiger Schritt zu einer verbesserten Vernetzung politisch aktiver Frauen auf höchster Ebene wurde zudem kurz nach den Parlamentswahlen im November 2008 gesetzt. Abgeordnete der Majlis-e-Shura, also des Parlaments sowie des Senats, riefen den parteiübergreifenden „Women’s Parliamentary Caucus“ ins Leben. Dieses Gremium umfasste zu diesem Zeitpunkt sämtliche weibliche Angehörige der Majlis-e-Shura und hat zum Ziel, Frauenrechte und eine Gleichstellung der Geschlechter in Pakistan zu fördern. Während der 13. Legislaturperiode wurden, auch auf Betreiben dieses Caucus, wichtige Gesetzesentwürfe zum Schutz der Frau in der pakistanischen Gesellschaft vorangetrieben und verabschiedet. Allgemein wird die letzte Legislaturperiode als ein in vielerlei Hinsicht bedeutsamer Meilenstein in der öffentlichen Definition von Frauenrechten in Pakistan gesehen. In dieser Zeit kam es zu bemerkenswerten Gesetzesänderungen.

Im Jahr 2010 verabschiedete das Parlament ein wichtiges Gesetz zum Schutz von weiblichen Arbeitnehmern am Arbeitsplatz. 2011 folgte der „Prevention of Anti-Women Practices Act“, der eine Schlechterstellung von Frauen insbesondere im Bereich des Erbschaftsrechtes verhindern soll. Das Strafrecht sieht jetzt vor, dass nach zahlreichen Jahren der Straffreiheit der Tatbestand von Säureangriffen¹³ auf Frauen nunmehr

mit schweren Haftstrafen geahndet wird. Die Rechte von Frauen, die Opfer häuslicher Gewalt wurden, sind ebenso gestärkt wie die seit 2000 bestehende „National Commission on the Status of Women“. Laut dem entsprechenden Gesetz ist diese Kommission unter anderem dafür verantwortlich: „[to] examine the policy, programs and other measures taken by the Federal Government for gender equality, women’s empowerment, political participation, representation, assess implementation and make suitable recommendations to the concerned authorities“.¹⁴ Eine direkte Handlungsbefugnis besitzt diese Kommission zwar bisher nicht, sie legt aber die rechtlichen Grundlagen für eine sehr viel tiefere Beschäftigung mit Frauenrechten auf höchster politischer Ebene.

Die Parlamentswahlen im Jahr 2013

Nach der planmäßigen und demokratisch angezeigten Beendigung des 13. pakistanischen Parlaments, das sich aufgrund zahlreicher Verbesserungen im Bereich der Gleichstellung der Geschlechter in der pakistanischen Geschichte hervorgetan hat, erwarteten die Bevölkerung und die internationalen Beobachter die Wahlen am 11. Mai

Die Bedeutung der Wahlen drückte sich in der Zahl der Registrierungen für eine Stimmabgabe aus, die mit knapp 55 Prozent einen historischen Höchststand erreichte, wobei das Verhältnis trotz eines deutlichen Männerüberhangs zunächst relativ ausgeglichen war.¹⁵ Ebenso bedeutsam war die Zahl der Frauen, die sich für ein politisches Amt aufstellen ließen, um tatsächliche und perzipierte Missstände zu beseitigen, sei es auf nationaler oder provinzieller Ebene, für eine Partei oder in unabhängiger Kapazität. Auch diese erreichten nie vorher dagewesene Dimensionen.

Wählerinnen

Trotz dieser Rekordbeteiligung ließen sich elf Millionen Frauen, die die Voraussetzungen für eine Wahlregistrierung hätten, allerdings nie eintragen, und fehlen damit in jeder Statistik über die Wahlbeteiligung in Pakistan. Belastbare Zahlen für die tatsächliche Teilnahme an den Wahlen gibt es nicht, obwohl aufgrund der Geschlechtersegregation in Pakistan geschlechterspezifische Wahlstationen aufgestellt werden. Die für die Organisation der Wahlen zuständige „Election Commission of Pakistan“ hatte

Registrierte Wähler in den Wahlen 2013

	Männer	Frauen	Gesamt	Frauen
Belutschistan	1,915,388	1,421,271	3,336,659	42.60%
FATA	1,142,234	596,079	1,738,313	34.29%
Islamabad	337,900	288,064	625,964	46.02%
KPK	7,008,533	5,257,624	12,266,157	42.86%
Punjab	27,697,701	21,561,633	49,259,334	43.77%
Sindh	10,490,631	8,472,744	18,963,375	44.68%
Gesamt	48,592,387	37,597,415	86,189,802	43.62%

Quelle: Eigene Darstellung nach: EICP(2013): Electoral Rolls 2013, URL www.ecp.gov.pk [03.06.2013].

2013 mit großer Spannung. Das wohl wichtigste Wahlkampfthema war die allgegenwärtige Energiekrise, die in weiten Teilen des Landes dazu führt, dass elektrischer Strom oftmals nur drei bis vier Stunden pro Tag verfügbar ist.

zwar angekündigt, an diesen Wahlstationen Zählungen der Wählerinnen zu erstellen und die Daten zu veröffentlichen, ist diesem Versprechen aber auch drei Wochen nach Abschluss der Wahl noch nicht nachgekommen. Hintergrund hierfür könnten Vor-

schriften sein, dass Wahlbezirke, die keine ausreichende Wahlbeteiligung (weniger als zehn Prozent) von Frauen nachweisen können, die Wahlen wiederholen müssen. Dies ist politisch nicht gewünscht. Medien berichteten, dass in einigen Wahlbezirken im Swat-Tal auch im Jahr 2013 aufgrund sozialen Drucks keine einzige Frau ihre Stimme abgegeben hätte. Laut einem Bericht des Swat Unity Network hinderten Männer auch Frauen unter Androhung von Gewalt an der Aufsuchung ihres Wahllokals.¹⁶ Zudem wären auf Druck lokaler Eliten teilweise die Wahlkabinen für Frauen gar nicht erst aufgestellt worden.

Kandidatinnen

Im Jahr 2013 traten insgesamt 147 Frauen aus 105 Wahlkreisen als Direktkandidatinnen zur Nationalversammlung an. Damit hat sich die Zahl der Kandidatinnen gegenüber der vorherigen Wahl nahezu verdoppelt. Auch wenn in vielen Fällen wohl schon im Voraus festgestanden haben dürfte, dass die jeweilige Kandidatin keine wirkliche Chance haben würde, lässt sich dieser sprunghafte Anstieg dennoch als Indiz für ein gesteigertes Selbstbewusstsein der Frauen in Pakistan deuten. Auch unter den unabhängigen Kandidatinnen waren Neuerungen erkennbar, die für ein gewisses Umdenken in der Gesellschaft und ein gestiegenes Selbstbewusstsein der Frauen sprechen. Hier sind insbesondere Veero Kolhi und Sanam Fakir zu nennen. Bei Veero Kolhi handelt es sich um eine ehemalige Leibeigene hinduistischen Glaubens aus der Provinz Sindh, die sich nach ihrer Befreiung für andere in Schuldknechtschaft stehende Menschen engagiert. Zwar konnte sie letztlich keinen Wahlerfolg verzeichnen, doch hat sie nachhaltig für die Belange ihrer Wählerschaft sensibilisiert. Auch bei Sanam Fakir handelt es sich um einen Sonderfall. Sie ist Mitglied der Transgender-Community - in Pakistan sind die sogenannten Hijras als „drittes Geschlecht“ offiziell anerkannt - wollte aber insbesondere für die armen Menschen in ihrem Wahlbezirk antreten. Auch

sie hat letztlich keinen Sitz gewinnen können, zeigte durch ihre Kandidatur aber, ähnlich wie bei zahlreichen anderen Kandidatinnen, ein massiv gesteigertes Selbstbewusstsein.

Politikerinnen

Trotz der beeindruckenden Aufstellung von Kandidatinnen während der Parlamentswahlen gelang lediglich sechs Frauen der direkte Einzug in die Nationalversammlung. Sumaira Malik, Ghulam Bibi Bharwana und Saira Afzal Tarrar von der Pakistan Muslim League im Punjab, sowie Faryal Talpur, Fahmida Mirza und Azra Afzal Pechuho von der PPP im Sindh sind erfahrene Politikerinnen, die wiedergewählt wurden. Weiterhin lässt sich im Jahr 2013 der Trend erkennen, Frauen aus politisch einflussreichen Familien oder Clans seitens der Parteien zu nominieren, da nur hier eine hinreichende Wahrscheinlichkeit gegeben ist, dass diese auch tatsächlich gewählt werden. Unter den derzeitigen Parlamentsabgeordneten sind zwei Schwestern des derzeitigen Präsidenten Asif Ali Zardari, eine Nichte eines ehemaligen Staatspräsidenten, sowie drei Töchter von einflussreichen Provinzpolitikern. Fahmida Mirza wurde nicht als Sprecherin des Parlaments bestätigt, wodurch Frauen in der 14. National Assembly bisher keine herausragende Rolle einnehmen. Auf den reservierten Sitzen sind von den Parteien weitestgehend bekannte Gesichter eingesetzt worden.

Die unterdurchschnittliche bzw. bisher nicht existente Repräsentation von Frauen aus den Stammesgebieten im Westen des Landes wurde durch ein Novum seitens der Partei Pakistan-Tehreek-e-Insaf zumindest teilweise ausgeglichen. Erstmals wurde mit Ayesha Gulalai einer jungen Frau aus Südwasiristan der Weg ins Parlament über die Liste der 60 für Frauen reservierten Sitze eröffnet. Die verbleibenden Sitze wurden, wie in der Vergangenheit, an Frauen übergeben, die letztlich über keine demokratische Legitimation verfügen, was allerdings nichts über die Qualität ihrer Arbeit aussagt.

Ausblick

Noch immer steckt die Frauenrechtsbewegung in Pakistan in den Kinderschuhen. Verlässliche Zahlen sind – oftmals auch aufgrund politischer Bedenken – nicht verfügbar. Allerdings lässt sich mittlerweile, auch bedingt durch die sehr emotionalen Wahlen im Mai 2013, aber auch den öffentlichen Aufschrei mit Hinblick auf das Attentat auf die Schülerin Malala Yousufzai ein Aufwärtstrend erkennen. Frauen werden sich der ihnen zustehenden Rechte zunehmend bewusst und betreiben deren Durchsetzung proaktiv, dies sowohl im Privaten als auch im Politischen. Diese Sensibilisierung betrifft derzeit noch insbesondere die urbanen Zentren des Landes, allerdings hat die Kandidatur zahlreicher Frauen auch in den ländlichen Regionen und abseits der „üblichen Verdächtigen“, also außerhalb politischer Dynastien und Netzwerke, ein verändertes Selbstverständnis, gepaart mit einem erstarkenden Selbstbewusstsein offenbart. Rechtlich sind in Pakistan sämtliche Möglichkeiten für eine stärkere Partizipation von Frauen am politischen Leben spätestens seit der letzten Legislaturperiode gegeben. Derzeit stehen insbesondere überholte Traditionen, verbunden mit einem immer noch starken Patriarchismus einem umfassenden Wandel im Wege. Möglichkeiten für zivilgesellschaftliche Organisationen, diesen Trend zu verstärken liegen insbesondere in einem vermehrten Engagement im Bereich von Bewusstseinskampagnen in den ländlichen Gegenden des Landes, wo Frauen bis heute, teils systematisch, von einem Zugang zu weiterer Bildung (und damit zur Politik) ausgeschlossen werden.

Mit dem Antreten der neuen Regierung dominieren wohl zunächst brennende Problematiken wie die Beseitigung der Energiekrise den politischen Diskurs. Wenn sich jedoch die Bevölkerung dieser existentiellen Nöte entledigt sieht, kann sie sich wieder der verstärkten Wahrnehmung ihrer politischen Interessen widmen. Wie die Wahlen im Mai 2013 gezeigt haben, sind die Aus-

gangsvoraussetzungen, nämlich eine starke politische Mobilisierungsfähigkeit, in Pakistan in ausreichendem Maße gegeben. Die zahlreichen Demonstrationen und sozialen Proteste, die im Nachfeld der Wahlen mit Hinblick auf das ausufernde Loadshedding¹⁷ entstanden, gingen vielfach von Frauen aus.

|| KRISTOF W. DUWAERTS

Auslandsmitarbeiter Pakistan

ANMERKUNGEN

- 1 Vgl. UNDP (2013): Human Development Report, URL: http://issuu.com/undp/docs/hdr_2013_en?mode=window, S.158 [03.06.2013].
- 2 Vgl. Farooq, Omer (2012): Education. In: Government of Pakistan – Ministry of Finance: Pakistan Economic Survey 2011-2012. S. 146. URL: http://finance.gov.pk/survey/chapter_10/10_Education.pdf [03.06.2013].
- 3 Vgl. Government of Pakistan – Bureau of Statistics (1998): Population by Sex, Sex Ratio, Average Household, Size and Growth Rate, URL: <http://www.pbs.gov.pk/content/population-sex-ratio-average-household-size-and-growth-rate> [03.06.2013], Die deutliche Unterrepräsentation von Frauen kann dabei auf mehrere Faktoren zurückgeführt werden, dies sind unter anderen eine Präferenz für männlichen Nachwuchs wie im benachbarten Indien (wenngleich die Tötungsrate weiblichen Nachwuchses in Pakistan nicht so hoch ist), weiterhin die Tatsache, dass die Geburt von Mädchen nicht durchgängig bei den Behörden angezeigt wird, eine hohe Sterberate im Kindesbett, schlechte medizinische Versorgung. Die Rate von Männern in den Städten ist wohl insbesondere deswegen deutlich höher aufgrund der Tatsache, dass diese in den urbanen Zentren auf eine besser bezahlte Arbeit hoffen, und ihre Familien auf dem Land zurücklassen.
- 4 Vgl. Social Policy and Development Centre (2009): Women at Work – Annual Review 2007-08. Karachi, S. 19.
- 5 Vgl. Ebd.
- 6 Bei Zina und Hadd handelt es sich um Offizialdelikte im islamischen Recht, die 1979 durch den islamistischen Präsidenten Zia ul-Haq mit den sogenannten Hudood Ordinances unter strenge Strafe gestellt wurden. In Kritik standen insbesondere die Implikationen dieser Gesetzgebung für Frauen in Pakistan, da sie familienrechtliche Tatbestände teils unter schwere (Körper-)Strafen stellten. So geht beispielsweise eine Steinigung einer ehebrüchigen Frau auf die Hudood Ordinances zurück. Vgl: Dawn (2011): The Hudood Ordinances, 8.05.2011, URL: <http://dawn.com/2011/05/08/the-hudood-ordinances/> [03.06.2013].
- 7 Vgl. The Herald, Vol.44, 3, March 2012, S. 67. (Quetta: 85%, Peshawar: 55%, Islamabad: 80%, Lahore: 83%, Karachi: 67%.) Peshawar, die nahe der Grenze zu Afghanistan gelegene Provinzhauptstadt von KPK wird allgemein als die "konser-

- vativste" Stadt Pakistans betrachtet, während Lahore im äußersten Osten des Landes an der Grenze zu Indien weithin als „liberal“ erachtet wird. Die Bundeshauptstadt Islamabad verfügt über ein generell sehr hohes Bildungsniveau, während die Wirtschaftsmetropole Karachi im Süden des Landes als eine Art pakistanischer „Schmelztiegel“ gesehen werden kann, wo zahlreiche soziale und kulturelle Hintergründe aus ganz Pakistan aufeinandertreffen.
- 8 Vgl. Dawn (2013): In Pakistani Town, men have spoken: no women vote, 6.05.2013, URL: <http://dawn.com/2013/05/06/in-pakistani-town-men-have-spoken-no-women-vote/> [03.06.2013].
- 9 Vgl. National Assembly of Pakistan: Former Members, URL: <http://www.na.gov.pk/en/former.php> [03.06.2013].
- 10 Vgl. Inter Parliamentary Union (2013): Women in national parliaments, URL: <http://www.ipu.org/wmn-e/classif.htm> [03.06.2013].
- 11 Zum Vergleich: Im derzeit tagenden 17. Deutschen Bundestag sind von insgesamt 622 Abgeordneten 204 Frauen, was einer Quote von 32,8% entspricht. Vgl. hierzu: http://ww.de/de/bundestagswahlen/BTW_BUND_09/veroeffentlichungen/enguelteige/arbeitab11.pdf [29.04.2013].
- 12 Vgl. Buchsteiner, Jochen (2011): Chefverkäuferin des weichen Pakistan, in: FAZ, 27.07.2011, URL: <http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/im-portraet-hina-rabbani-khar-chefverkaeuferin-des-weichen-pakistan-11114216.html> [03.06.2013].
- 13 Säure ist in Südostasien eine billige Waffe mit verheerender Wirkung, die in den vergangenen Jahren vor allem gegen Frauen angewandt wird. Zumeist handelt es sich um Angriffe im familiären Umfeld, was bislang zu eher geringer Strafverfolgung und einer enormen Dunkelziffer geführt hatte.
- 14 Vgl. The Gazette of Pakistan (2012): Act No. VIII of 2012; URL: http://www.na.gov.pk/uploads/documents/1331808860_398.pdf [03.06.2013].
- 15 Vgl. Election Commission of Pakistan (2013): Turn-out Comparison of Election Result 2008 & 2013 (National Assembly), URL: http://ecp.gov.pk/Misc/GE-2013-Graphs/02_na_turnout_comparison.png [03.06.2013].
- 16 Bei dem Swat Unity Network handelt es sich um den Zusammenschluss von 13 lokalen NGOs im Swat-Tal. Vgl. Dawn (2013): Zero Women voter turnout in some Swat areas, 27.05.2013, URL: <http://beta.dawn.com/news/1014320/zero-women-voter-turnout-in-some-swat-areas> [03.06.2013].
- 17 Bei Loadshedding handelt es sich um die planmäßige Abschaltung des Stromnetzes in Pakistan, die auch in Großstädten mittlerweile bis zu 20 Stunden pro Tag betragen kann. Bei Hitzerekorden wie im Mai 2013 kommt das gesellschaftliche sowie wirtschaftliche Leben im Land völlig zum Erliegen. Das Loadshedding resultiert aus einer Differenz zwischen Angebot und Nachfrage.

DIE BEDEUTUNG VON FRAUENQUOTEN IN PARLAMENTEN IN SUBSAHARA- AFRIKA

WOLF KRUG ||

Frauen bewegen Afrika. Sie treiben die Wirtschaft voran, spielen eine zentrale Rolle in der Gemeinschaft und ihr Engagement ist unverzichtbar für die Zivilgesellschaft des Kontinents. Ihre gesellschaftliche, rechtliche und politische Unterdrückung erschwert jedoch den Aufstieg in Parlamente und politische Ämter. Die Gleichstellung von Frauen und Männern könnte nachhaltig zur Demokratisierung und Armutsbekämpfung in Subsahara-Afrika beitragen. Auf dem Weg dahin sind jedoch noch erhebliche kulturelle und strukturelle Widerstände zu überwinden.

Die Gleichstellung von Frauen, in westlichen Demokratien inzwischen schon weit fortgeschritten, ist in vielen afrikanischen Gesellschaften noch immer die Ausnahme: Frauen werden bis heute in vielen afrikanischen Ländern zentrale Menschen- und Bürgerrechte verweigert. Sie haben schlechtere Chancen auf Bildung, Beschäftigung und gesundheitliche Grundversorgung. Traditionell wird der unbezahlten Arbeit, die sie leisten, nur ein geringer Wert beigemessen und bei Konflikten sind sie oft Opfer von Gewalt und Missbrauch. Die kulturell und traditionell geprägte Vormachtstellung des Mannes lässt Frauen zudem oft zu Opfern häuslicher Gewalt werden. Obwohl sie in hohem Maße zur sozialen und wirt-

schaftlichen Entwicklung in ihren Ländern beitragen, sind sie besonders stark von Armut und armutsbedingten Krankheiten betroffen. Im Einklang mit den Millenniums-Entwicklungszielen der Vereinten Nationen wird sich die Situation der Frauen bis 2015 in den Bereichen, die die Gleichberechtigung der Geschlechter betreffen, zwar verbessert haben; jedoch vollzieht sich der gesellschaftliche Wandel (viel) langsamer als angenommen.¹

Dennoch hat sich seit den 90er-Jahren einiges verändert. Im Zuge der Demokratisierungswelle ist es auf dem afrikanischen Kontinent zu einer Erstarkung der Frauenbewegung gekommen. Die gesetzliche Gleichstellung von Mann und Frau ist in vielen Ländern verfassungsrechtlich verankert. Insgesamt sind afrikanische Frauen auf der politischen Bühne sichtbarer. Bereits 1997 forderte die „SADC (South African Development Community) Declaration on Gender and Development“ eine verbindliche Quote von 30 Prozent Frauen in den Parlamenten der Mitgliedsländer. Ein Beispiel ist die Wahl der südafrikanischen Innenministerin, Nkosazana Dlamini-Zuma, zur Kommissionsvorsitzenden der Afrikanischen Union (AU) im Juli 2012. Ihre Ernennung wurde weltweit als ein großer Erfolg der afrikanischen Frauen im Kampf um politische Mit-

bestimmung gesehen und gefeiert. Auf Länderebene und mit Blick auf Möglichkeiten, den politischen Gestaltungsraum für Frauen zu erweitern, stellt sich allerdings die Frage nach der entwicklungspolitischen Relevanz von Frauenquoten.

Haben Frauenquoten zu mehr Gleichberechtigung in Politik und Gesellschaft geführt?

Zu der in den letzten 20 Jahren stetig gestiegenen politischen Repräsentation von Frauen haben freiwillige und gesetzliche Frauenquoten wesentlich beigetragen. Fraglich ist jedoch, ob die jeweiligen Quotenregelungen tatsächlich zu mehr politischer und gesellschaftlicher Mitbestimmung geführt haben oder ob der äußerliche Anschein einer größeren Beteiligung trägt.

In den 23 Ländern Subsahara-Afrikas, in denen es heute verschiedene Formen von Quotenregelungen gibt, ist dies unterschiedlich zu beurteilen. Fest steht, dass es Frauen in Ländern wie Nigeria, wo keine formelle Quotenregelung besteht, noch immer fast unmöglich ist, politisch aktiv zu werden.² Andererseits zeigt das Beispiel Südafrikas, wo große Fortschritte in der politischen Repräsentation von Frauen erzielt worden sind, dass Quotenregelungen keine Garantie für eine gleichzeitige fortlaufende Verbesserung der gesellschaftlichen Situation der Mehrheit der Frauen bedeutet.

Als problematisch wird die fehlende politische Legitimation von Frauen in afrikanischen Parlamenten angeführt, wozu unter anderem auch das Wahlsystem und Quotenregelungen beitragen. Frauen, die über Parteilisten oder reservierte Quotenplätze ins Parlament kommen, verhalten sich in der Regel parteikonform und setzen sich insgesamt weniger energisch für bestimmte Problemstellungen, beispielsweise der Verbesserung individueller Frauenrechte ein, da ihnen das eigentliche Mandat hierfür fehlt.³

Der Einfluss von Wahlsystemen auf Frauenquoten in Afrika

Wie in einem vom Institut für Afrika-Studien des GIGA 2012 veröffentlichten Artikel ausgeführt spiegelt sich in Afrika der weltweite Trend wider, dass in Verhältniswahlsystemen durchschnittlich mehr Frauen den Sprung ins Parlament schaffen als in Mehrheitswahlsystemen, da die Einführung von Frauenquoten leichter realisierbar ist: Während in Mehrheitswahlsystemen Quotenregelungen meist nur durch die Einführung zusätzlicher „reservierter Frauensitze“ gesellschaftlich durchzusetzen sind, können sie in Verhältniswahlsystemen über die Parteilisten eingeführt werden.⁴

Besteht also der politische Wille innerhalb einer Partei oder zumindest in der Parteispitze, können weibliche Kandidaten auf die Parteiwahlliste gesetzt werden, unabhängig davon, ob innerhalb der Gesellschaft - vor allem in ländlicheren Gebieten, in denen die traditionelle Vormachtstellung der Männer in der Regel noch unangefochten ist - Widerstände bestehen. Konkurrieren männliche und weibliche Kandidatinnen und Kandidaten in einem reinen Mehrheitswahlsystem direkt in Wahlkreisen gegeneinander, sind Widerstände gegen eine Quote sehr viel schwieriger zu überwinden.

Im Ergebnis haben aber auch Frauenquoten in Verhältniswahlsystemen bisher nicht zwingend zu mehr Geschlechterdemokratie in afrikanischen Gesellschaften geführt. Das Wahllistensystem bringt andere Nachteile mit sich, die sich unter bestimmten politischen Voraussetzungen auch negativ auf die gesellschaftliche Akzeptanz von Frauenquoten auswirken können.

Mit dem Übergang von einem autokratischen zu einem demokratischen Regierungssystem hat sich Südafrika – wie viele andere Länder in der Region – für ein reines Verhältniswahlrecht entschieden, um den Einzug kleinerer Parteien ins Parlament zu erleichtern und es ihnen zu ermöglichen, ein

ihrer Stimmzahl entsprechendes angemessenes Mitbestimmungsrecht zu erhalten.

In Ländern mit einem reinen Verhältniswahlrecht haben Parteiwahllisten jedoch auch negative Auswirkungen. Nicht selten haben sie zu einem rapiden Anstieg von Korruption und Vetternwirtschaft beigetragen und eine politische Elite hervorgebracht, der der politische Wille fehlt, demokratische Errungenschaften und Institutionen zu stärken. Listenplätze werden zu oft nach innerparteilichem und gesellschaftlichem Einfluss und nicht nach Qualifikationen oder politischem Profil vergeben. Es braucht aber gerade starke demokratische Institutionen, um zivilbürgerliche Forderungen, einschließlich Frauenrechten, gesellschaftlich durchzusetzen.

Diese Problematik berührt die grundsätzliche Frage, welche Wahlsysteme in welchen afrikanischen Ländern unter den spezifischen gesellschaftspolitischen Bedingungen sinnvoll sind, um Demokratie und Pluralismus zu fördern.⁵

Die Entwicklung der Frauenquote in Subsahara-Afrika

An den folgenden Länderbeispielen lässt sich die Bedeutung von Frauenquoten für die Demokratisierungsprozesse in Subsahara-Afrika illustrieren. Trotz der unterschiedlichen historischen, politischen und wirtschaftlichen Entwicklung sind die schwierigen Bedingungen für wirkungsvolle Frauenquoten vergleichbar.

Südafrika – zwei Schritte vor, einen zurück

Südafrika - regionale Wirtschaftsmacht und etablierte Demokratie. Es ist nicht verwunderlich, dass das Land am Kap auch einer der Spitzenreiter in Sachen Frauenquote ist: 45 Prozent aller Abgeordneten und 38 Prozent der Minister (13 von insgesamt 34) sind Frauen.

Seit der friedlichen Transformation des Landes ist der African National Congress (ANC) die stärkste Partei des Landes. Trotz der Wahlerfolge der Democratic Alliance (DA) in den letzten Jahren gibt es bisher keine Oppositionspartei, die dem ANC als Regierungspartei Konkurrenz machen könnte. Die durch das Wahllistensystem erleichterte, vom ANC betriebene politische Patronage, das sogenannte „cadre deployment“, hat, insbesondere seit der Jahrtausendwende, eindeutig negative Auswirkungen auf die Qualität der Parlamentarier und Verwaltungsbeamten auf lokaler wie nationaler Ebene.

Was in der Mbeki-Ära begann, verschlimmerte sich unter der Regierung Jacob Zumas: Die zunehmend hierarchischen und zentralistischen Tendenzen innerhalb der Regierungspartei haben zu einer Ausweitung von Korruption und Vetternwirtschaft sowie vermehrten Angriffen auf die rechtsstaatliche demokratische Grundordnung und die Verfassung geführt.⁶

Der historisch vergleichsweise starken und einflussreichen zivilbürgerlichen Frauenbewegung Südafrikas ist hierdurch stark geschadet worden. So wird etwa das akute Problem der Gewalt gegenüber Frauen in den Medien wahrgenommen, findet aber politisch wenig Beachtung.⁷

Wie konnte es zu diesem Machtverlust der Frauenbewegung kommen? Zum einen hat die Parteitreue der ANC-Politikerinnen dazu geführt, dass Zuma trotz Vergewaltigungsvorwürfen und seines demonstrativ traditionell patriarchalischen Familienverständnisses bei seiner Wahl zum Staatspräsidenten 2009 die Unterstützung der ANCFrauenliga erhielt.

Zum anderen haben das Parteilistensystem und die hierarchisch-zentralistische parteipolitische Struktur es Zuma erleichtert, personalpolitische Entscheidungen zu treffen, durch die sich die Zahl der strategischen Verbündeten der Frauenbewegung in den staatlichen Institutionen deutlich verringert hat. Der Einfluss von Frauenrechtlerin-

nen in der südafrikanischen Politik ist insgesamt stark zurückgegangen.⁸

Tansania – Traditionelle Gesellschaftsstrukturen trotz Quoten

Ähnliche politische Grundstrukturen gibt es auch in Tansania. Seit der Unabhängigkeit des Landes liegt die Regierungsgewalt unangefochten bei der Chama Cha Mapinduzi (CCM). Korruption und Vetternwirtschaft sind Probleme, die demokratische und rechtsstaatliche Errungenschaften gefährden. Anders als in Südafrika wird in Tansania nach dem Mehrheitswahlrecht gewählt und doch ist das Land mit 36 Prozent Frauen im Parlament eines der kontinentalen Vorbilder für die Frauenquote.

Historisch betrachtet haben tansanische Frauen seit der Unabhängigkeit des Landes 1961 aber vor allem über reservierte Sitze, wie sie in Artikel 66 (1) (b) der Verfassung vorgesehen sind, einen Platz im Parlament erhalten. Statistiken beweisen, dass ohne diese speziellen Sitze nur sehr wenige Kandidatinnen in den letzten 50 Jahren durch Direktwahlen in den Provinzen ins Parlament gekommen wären.⁹

Traditionelle hierarchisch-patriarchalische Gesellschaftsstrukturen verhindern bis heute, dass Frauen eine realistische Chance haben, direkt gewählt zu werden. Ähnlich wie in anderen afrikanischen Ländern werden viele Frauen im Namen von Tradition und Gebräuchen in ihren Rechten und ihrer Freiheit eingeschränkt. Auch gehört Tansania weltweit zu den Ländern mit der höchsten Geburtenrate unter Jugendlichen im Alter von 15 bis 19 Jahren.¹⁰ Daran konnte auch die parlamentarische Frauenquote bisher nichts wesentlich ändern.

Am Beispiel Tansanias wird aber deutlich, wie wichtig die Existenz der Quoten für den Demokratisierungsprozess des Landes ist und welche Rahmenbedingungen geschaffen werden müssen, um sie zu einem

wirksamen Mittel im Kampf um Gleichberechtigung zu machen.

Das weiß auch Tansanias stellvertretende Ministerin für Entwicklung der Gesellschaft, Frauen und Kinder, Umyy Mwalimu. Laut eines Artikels in einer tansanischen Zeitung rief sie während eines Workshops der Commonwealth Women Parliamentarians (CWP) die tansanischen Frauen dazu auf, für ihre Rechte zu kämpfen. „Macht muss man sich nehmen, sie wird nicht gegeben.“¹¹

Projekte der HSS

In Tansania ist die Frauenförderung ein Schwerpunkt unserer Projektarbeit. Auf Grund der starken Ungleichheit in politischen Ämtern und Funktionen bildet die Hanns-Seidel-Stiftung gemeinsam mit der parlamentarischen Frauengruppe Tanzania Women Parliamentary Group (TWPG) Frauen in der Wahrnehmung ihrer politischen Führungsaufgaben fort. Ziel des Programms - Women Political Leadership Training - ist es, die Anzahl von Frauen in politischen Ämtern (parteiübergreifend) zu erhöhen und deren Rolle in der Politik zu stärken. Das Fortbildungsprogramm dient nicht nur dem besseren Verständnis von Grundkonzepten wie Good Governance und ihrer Rolle und Verpflichtung gegenüber dem Wähler, sondern erfolgreiche Frauen dienen auch als leuchtendes Beispiel für eine sich im Aufbruch befindende Frauenbewegung, die selber ihren Weg bestimmen möchte. Vorsitzende der TWPG war lange Jahre Hon. Anna Makinda, die derzeitige Parlamentssprecherin.

Viele tansanische Frauen setzen große Hoffnungen auf den seit 2011 laufenden Verfassungsreformprozess. Die Tanzania Women Parliamentary Group (TWPG) versucht, nicht nur im Hinblick auf die parlamentarische Quotenregelung, neue Akzente zu setzen. In einem vertraulichen Dokument, das der Verfassungsreformkommission übergeben wurde, wird gefordert, die Quote für Frauen von 30 Prozent auf 50 Prozent der Sitze im Parlament anzuheben

und verfassungsrechtlich festzulegen, dass eine Frau zumindest eines der drei obersten Staatsämter bekleidet.¹² Darüber hinaus sollen Frauen 50 Prozent aller Führungspositionen in Organisationen und Ministerien besetzen. Im Hinblick auf die qualitative Ausgestaltung der parlamentarischen Frauenquote schlagen die Parlamentarierinnen verschiedene Modelle (z. B. die Aufstellung von Frauenlisten bei Wahlen) vor, die dabei helfen sollen, die politische Legitimation weiblicher Abgeordneter sowie deren Akzeptanz in der Bevölkerung zu erhöhen.

Unterstützt wird die TWPG dabei unter anderem von der Tanzania Women Lawyers Association (TAWLA), die die Gleichberechtigung von Frauen und Kindern in der neuen Verfassung, insbesondere auf den Gebieten des Familien-, Erb-, Arbeits-, Schul- und Einbürgerungsrechtes, klar formuliert wissen will.¹³

Es bleibt abzuwarten, welche Quotenregelungen und Frauenrechte in die neue Verfassung Einzug halten, wann diese letztendlich verabschiedet wird und welche rechtlichen und gesellschaftlichen Konsequenzen sich daraus tatsächlich langfristig ergeben. Eine Verfassungsreform im Sinne der Frauen scheint zumindest nicht unwahrscheinlich.

Uganda – Einzelerfolge machen Mut

Wie viel gesellschaftliche Symbolkraft mit parlamentarischen Frauenquoten in Afrika verbunden ist, zeigt das Beispiel Ugandas. Obwohl bereits seit 1986 eine Frauenquote auf kommunaler Ebene existiert, dauerte es über 20 Jahre, bis 2011 erstmalig eine Parlamentssprecherin gewählt wurde. Ein Erfolg, der ohne Frauenquote undenkbar gewesen wäre. Die international umstrittene Juristin Rebecca Alitwala Kadaga hat bereits in ihrem ersten Amtsjahr versucht, ein neues Eheschließungs- und Scheidungsgesetz durchs Parlament zu bringen.¹⁴ Das Gesetz würde Frauen unter anderem das Recht auf einen Teil des Ehegattenvermö-

gens im Erb- oder Scheidungsfall einräumen. Das Gesetz stößt jedoch auf Widerstand von religiösen und konservativen Gruppierungen und die Parlamentsdebatten gestalten sich zäh.¹⁵

Für Frauenaktivistinnen wie Solome Kimbugwe Nakaweesi ist die Wahl Kadagas eine ausgesprochen gute Nachricht. Sie ist sicher, "von ihrem Erdrutschsieg geht auf jeden Fall eine emanzipatorische Wirkung aus."¹⁶

Bisher gab es in Uganda nur wenige Frauen in politischen Führungspositionen. Die 1989 eingerichteten 39 reservierten Frauensitze sollten anfänglich nur den inklusiven Charakter des Einparteiensystems unterstreichen.¹⁷ Sie wurden durch ein überwiegend männlich besetztes Gremium vergeben, das parteitreue Kandidatinnen aus der regierenden NRM-Partei auswählte. Dementsprechend konnte die Frauenbewegung ihre politischen Forderungen, wie zum Beispiel eine Reform des Erbrechtes, nicht über die in ihrem Handlungsspielraum begrenzten Parlamentarierinnen durchsetzen.

Daran änderte auch die Wiedereinführung des Mehrparteiensystems 2005 nichts. Heute liegt die Frauenquote bei 35 Prozent. Viele Frauenrechtlerinnen beurteilen ihre qualitative Ausgestaltung aber noch immer als mangelhaft.¹⁸ Den meisten Parlamentarierinnen fehlt die politische Legitimation, frauenpolitische Interessen unabhängig von Parteiinteressen erfolgreich zu vertreten.

Die Wahl Kadagas ist daher als positiver Einzelfall zu bewerten. In den Augen der Abgeordneten der regierenden Nationalen Widerstandsbewegung, Mary Kororo Okurut, ist ihr Sieg ein Zeichen dafür, dass Ugandas Frauen in der Politik immer mehr an Bedeutung gewinnen: "Kadaga has not been elected just because she is a woman [...]. She is elected for the simple reason that she is a competent person in her right."¹⁹

Ghana – Hoffnung auf neue Gesetze

Hoffnung auf mehr Gleichberechtigung gibt es auch in Ghana, obwohl es in Westafrikas Vorzeigedemokratie trotz der großen Demokratisierungsfortschritte, eines funktionierenden Mehrparteiensystems und den Bemühungen der ehemaligen Parlamentssprecherin Joyce Bamford-Addo bisher nicht gelungen ist, Frauen durch eine Quote mehr politische Mitbestimmung einzuräumen.

Bereits seit 1992 ist in Ghana die formelle Gleichstellung der Geschlechter gesetzlich garantiert. Durch Wohnheits- und Erbrecht wird Frauen aber beispielsweise Landbesitz in der Regel verwehrt und somit auch der Zugang zu Investitionskrediten erschwert. Immerhin traten bei den Wahlen im Dezember 2012 30 Prozent mehr weibliche Kandidatinnen an und es sind nun 10,3 Prozent Frauen im Parlament vertreten. Das ist zwar immer noch eine niedrige Quote, aber dennoch die höchste seit dem Beginn der 4. Republik in 1992.²⁰

Besonders in den drei Nordprovinzen, in denen ländliche Armut und traditionelle Verhaltensweisen den Alltag prägen, ist die Situation für Frauen schwierig. Hier zeigt sich besonders deutlich, dass die politische Demokratisierung eines Landes nicht unbedingt eine gleichzeitige Demokratisierung der Gesellschaft mit sich bringt.²¹

Es gibt allerdings inzwischen viele gut vernetzte zivilrechtliche Organisationen in Ghana, die versuchen, diesen Zustand zu ändern. Unter anderem prangert FIDA-Ghana, ein Ableger der International Federation of Women Lawyers, Unterschiede in der Rechtsprechung an, klärt Frauen über ihre Rechte auf und vertritt sie vor Gericht. In 2007 wurde außerdem ein Gesetz gegen häusliche Gewalt (Domestic Violence Act) erlassen, bei dem es zwar noch an der Umsetzung mangelt, das aber zumindest formell Frauen und Kinder vor Gewalt in der Familie schützt und Opfern die Möglichkeit gibt, sich juristisch zur Wehr zu setzen.

Unterstützt werden die Ziele der Frauenorganisationen seit Längerem nicht nur von westlichen Gebern, sondern auch von Frauen in der Politik wie der ehemaligen ghanaischen Ministerin für Angelegenheiten von Frauen und Kindern, Hajia Alima Mahama, die sich vor allem für bessere Bildungschancen für Frauen einsetzte und versuchte, die Themen Gleichberechtigung und Gewalt gegen Frauen öffentlich zu diskutieren.²²

Im Hinblick auf die Einführung einer parteilichen Frauenquote hat die nichtstaatliche Organisation „Abantu for Development“ gemeinsam mit der staatlichen Frauenbehörde eine Gesetzesvorlage entworfen, die es Ghanaerinnen zukünftig erleichtern soll, in der Politik Karriere zu machen. Mit dem Frauenförderungsgesetz würde eine gesetzliche Grundlage dafür geschaffen, Parteien in die Verantwortung zu nehmen, Frauen als Kandidaten aufzustellen.²³ Länder wie Südafrika, Tansania und Uganda dienen hier als Vorbilder. Die Befürworter hoffen, dass das Gesetz innerhalb der laufenden Legislaturperiode in Kraft tritt.

Hilary Gbedemah, Rektorin des Law Institute in Accra, einem Trainingszentrum für Frauen, ist davon überzeugt, dass zumindest vorübergehend Sonderregelungen notwendig sind, um Frauen den Zugang zu Politik und öffentlichen Ämtern überhaupt zu ermöglichen.²⁴ Ihr Wort hat Gewicht: die prominente Aktivistin vertritt seit Januar 2013 Ghana im UN-Ausschuss für die Beseitigung der Diskriminierung der Frau (UNCEDAW).²⁵

Frauenquoten: nur *ein* Mittel auf dem Weg zu mehr Frauenrechten und Demokratie

Frauenquoten in afrikanischen Parlamenten haben eine übergeordnete Bedeutung für den Demokratisierungsprozess auf dem Kontinent - sie haben die Sichtbarkeit von Frauen in afrikanischen Gesellschaften erhöht und ihnen den ersten prinzipiellen Zu-

gang zur Politik ermöglicht. Für viele afrikanische Frauen, die um mehr Selbst- und Mitbestimmung kämpfen, besitzen sie großen symbolischen Wert.

Ihre Existenz alleine ist oftmals ein Anzeichen für den Demokratisierungswillen von oben und/oder eine Reaktion auf den gesellschaftlichen Druck von unten. Vor allem in Gesellschaften, in denen sozioökonomische Hindernisse besonders schwer zu überwinden sind, sind Frauenquoten in der Politik ein wichtiger Schritt, um die Gleichberechtigung voranzutreiben.

Jedoch zeigen die Länderbeispiele, dass Frauenquoten alleine nicht genug sind und letztlich oft nur auf ihre Symbolwirkung beschränkt bleiben. Außerdem gibt es in der Ausgestaltung von Frauenquoten und somit in ihrer Wirkung erheblichen Optimierungsbedarf. Kein Land demonstriert die Ambiguität von Frauenquoten in Subsahara-Afrika besser als Südafrika. Auf dem Papier vermitteln die Quoten einen hohen Grad an Gleichberechtigung, doch in Wahrheit basiert die Gesellschaft weitgehend auf einem patriarchalischen Familienverständnis. Das Thema Frauenrechte bleibt oft ein politisches Randthema.

Entwicklungszusammenarbeit kann von beiden Seiten des Spektrums versuchen, sich für Frauenrechte einzusetzen. In den Ländern, in denen es bereits Quoten gibt, muss die Zivilgesellschaft gestärkt und die Demokratisierung vorangetrieben werden, so dass die Gleichstellung der Frau glaubhaft auf der politischen Agenda vertreten werden kann. In Ländern wie Ghana, in denen die Zivilgesellschaft Frauenrechte bereits einfordert und der Demokratisierungsprozess fortgeschritten ist, kann die Anzahl der weiblichen Vertreter in der Politik durch eine Frauenquote gefördert werden.

|| DR. WOLF KRUG

Auslandsmitarbeiter Südafrika

Unter Mitarbeit von Marlene Bernard

ANMERKUNGEN

- 1 Aktuelle Daten zeigen insbesondere bei den Einschulungsquoten im Grundschulbereich ermutigende Fortschritte. Auch die Quoten für weiterführende Schulen sind auf einem positiven Weg, die jedoch qualitativ verbessert werden müssen. Die ökonomische Gleichberechtigung bedarf ebenfalls noch großer Anstrengung. So sind mehr als 60 Prozent der Frauen in informellen Beschäftigungsverhältnissen, die Entlohnung für gleiche Arbeit beträgt in einigen Ländern nur 50 Prozent der von Männern, so dass auch der Anteil der Frauen in Armut weit über dem Durchschnitt liegt. Vgl. UNDP (2013): MDG Report 2013: Assessing Progress in Africa Toward the Millennium Development Goals, URL http://www.undp.org/content/dam/undp/library/MDG/english/MDG%20Regional%20Reports/Africa/MDG%20report%202013%20summary_EN.pdf [10.06.2013].
- 2 Prägend für die Rechte von Frauen ist der Konflikt zwischen dem muslimischen Norden und dem christlichen Süden des Landes. Die Einführung der Scharia in das Straf- und Zivilrecht einiger nördlicher Bundesstaaten hat zu gravierenden Bürger- und Menschenrechtsverletzungen geführt, von denen Mädchen und Frauen in besonderem Maße betroffen sind. In Nigeria sitzen nur 6,7 Prozent (2012) Frauen im nationalen Parlament, das Land bekleidet mit diesem sehr niedrigen Wert Rang 167 im Weltvergleich (Quelle: Weltbank); Vgl. Nord, Antonie Katharina (2012): Mehr Geschlechtergerechtigkeit? Zur Frauenquote in Afrika, GIGA Focus 5/2012, S.2.
- 3 Vgl. Mattes Prof., Robert (2012): Do African Parliaments Matter in the Advance of Democracy?, Vortrag bei einer HSS-Konferenz, Kapstadt. Prof. Mattes lehrt und forscht an der University of Cape Town, Africa Research Unit.
- 4 Vgl. Nord, Antonie Katharina (2012).
- 5 Die Vor- und Nachteile von Verhältnis- und Mehrheitswahlsystemen werden auch in Deutschland und Europa immer wieder diskutiert.
- 6 Aufgrund der vielen Korruptionsfälle auf Regierungsebene wird eine Reform des Wahlrechts besonders von der Opposition und Kritikern des ANC gefordert. Die Diskussion ist nicht neu. Viele Experten halten ein personalisiertes Verhältniswahlrecht wie in Deutschland für eine gute Lösung.
- 7 Hierzu ist anzumerken, dass die Gewalt gegenüber Frauen in Südafrika trotz der sehr hohen Vergewaltigungsrate keine Rückschlüsse auf den Grad der Gleichberechtigung südafrikanischer Frauen im Vergleich mit anderen afrikanischen Ländern zulässt. Gewaltbereitschaft ist ein allgemeines gesellschaftliches Problem mit verschiedenen Ursachen; allerdings sind Frauen und Kinder besonders betroffen. Im Vergleich zu Frauen in vielen anderen afrikanischen Ländern genießen südafrikanische Frauen, vor allem in den Städten, ein hohes Maß an Selbst- und Mitbestimmung.
- 8 Vgl. Nord, Antonie Katharina (2012), S.7.
- 9 Vgl. Tanzania Women Parliamentary Group (2013): Comments of the Tanzania Women Parliamentary Group in the process of writing a New Constitution (Übersetzung der Zusammenfassung aus dem Kiswaheli ins Englische durch das HSS Büro Tansania). Die Zusammenfassung wurde von dem HSS Partner TWPG mit HSS-Unterstützung erarbeitet.
- 10 Vgl. Weltbank (2012): Adolescent fertility rate (births per 1,000 women ages 15-19), URL <http://data.worldbank.org/indicator/SP.ADO.TFRT> [26.04.2013].
- 11 The Citizen, 19.09.2011.

- 12 Vgl. Tanzania Women Parliamentary Group (2013).
- 13 Für weitere Informationen zu TAWLA URL <http://www.tawla.or.tz> [25.04.2013].
- 14 Frau Kadaga wurde international wegen Äußerungen gegen Homosexuelle und wegen ihrer Unterstützung eines Gesetzes kritisiert, das Homosexualität unter Strafe stellt. Vgl. BBC (2012): Uganda to pass anti-gay law as 'Christmas gift', URL <http://www.bbc.co.uk/news/world-africa-20318436> [25.04.2013].
- 15 Red Pepper Online Newspaper Staff Reporter (2013): Marriage and Divorce Bill: Speaker Kadaga Sends MPS on Recess, URL <http://www.redpepper.co.ug/marriage-and-divorce-bill-speaker-kadaga-sends-mps-on-recess/> [10.06.2013].
- 16 Zit. nach Wambi, Michael (2011): First Woman Speaker of Parliament Changing Politics, in: Inter Press Service, 24.05.2011, URL <http://www.ipsnews.net/2011/05/politics-first-woman-speaker-of-parliament-changing-politics/> [25.04.2013].
- 17 Vgl. Nord, Antonie Katharina (2012), S.4
- 18 Vgl. Gouws, Amanda / Hassim, Shireen (2011): The power to change: Women's participation and representation in Africa, HBS Engendering Leadership Project, Kapstadt.
- 19 Zit. nach Wambi, Michael (2011).
- 20 Vgl. Inter Parliamentary Union (2013): Women in national parliaments, Stand: 01.04.2013, URL <http://www.ipu.org/wmn-e/classif.htm> [25.04.2013].
- 21 Vgl. Bawa, Sylvia / Sanyare, Francis (2013): Women's Participation and Representation in Politics: Perspectives from Ghana, Taylor & Francis Online, Volume 36, Issue 4. Die Autoren argumentieren, dass aufgrund der tiefverwurzelten soziokulturellen Hindernisse die Beteiligung von Frauen im öffentlichen Leben stagniert bzw. insgesamt sogar wieder zurückgegangen ist. Sie halten positive Diskriminierungsmaßnahmen (affirmative action) für den einzigen Weg, hierarchisch-patriarchische Strukturen aufzubrechen.
- 22 Ardayfio, Rosemary (2007): Ghana Lauded For Passage Of Domestic Violence Bill, in: Modern Ghana, 06.03.2007, URL <http://www.modernghana.com/news/125007/1/ghana-lauded-for-passage-of-domestic-violence-bill.html> [25.04.2013].
- 23 Vgl. Migneault, Jonathan / Okertchiri, Jamila Akweley (2012): Making it Compulsory to Have Women in Ghana's Parliament, in: Intere Press Service, 12.07.2012, URL <http://www.ipsnews.net/2012/07/making-it-compulsory-to-have-women-in-ghanas-parliament/> [24.04.2013].
- 24 Vgl. Women, Media and Change (2012): Election 2012 - Female Aspirants Need Capacity Boost, URL <http://www.womec.org/content/election-2012-female-aspirants-need-capacity-boost> [24.04.2013].
- 25 Vgl. Ministry of Women & Children's Affairs (2013): Ghanaian 'Female Achievers' - Hilary Gbedemah, URL http://femaleachievers.org/dir_dowprofile_details.cfm?dowdirID=615&prof_categoryid=35&category_id=2 [25.04.2013].

DER LANGE MARSCH ZUR GLEICHSTELLUNG: ZUR ROLLE DER FRAU IN CHINA

ULLA BEKEL ||

Als im Juni 2012 die erste chinesische Astronautin ihre Weltraummission antrat, feierte China dies als Erfolg, ganz im Sinne des viel zitierten Ausspruchs von Mao Zedong „Frauen tragen den halben Himmel“. Doch als wenige Monate später die neue Führungsspitze des Landes die Bühne betrat, war diese einmal mehr ausschließlich männlich – den Aufstieg in den politischen Olymp haben Frauen also noch nicht geschafft. Auch der relativ geringe Anteil weiblicher Führungskräfte bei einer der höchsten Frauenerwerbsquoten weltweit und das gravierende Ungleichgewicht beim Geschlechterverhältnis von Neugeborenen sind Indizien dafür, dass Frauen in der chinesischen Gesellschaft noch längst nicht denselben Stellenwert genießen wie Männer.

Im Folgenden soll nach einem Rückblick auf kulturgeschichtliche, sozioökonomische und rechtliche Entwicklungen auf den gesellschaftlichen Status der Frau sowie auf ihre wirtschaftliche und politische Teilhabe eingegangen werden – unter besonderer Berücksichtigung der Unterschiede zwischen städtischen und ländlichen Regionen.

Kulturgeschichtliche Hintergründe und Verankerung der Gleichstellung

Laut Gesetz sind Frauen seit Inkrafttreten der provisorischen Verfassung der VR

China im Jahr 1949 gleichberechtigt: „Die VR China schafft das feudalistische System ab, welches die Frauen in Fesseln hält. Frauen verfügen im politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und gesellschaftlichen Leben sowie in Bezug auf Bildung über die gleichen Rechte wie Männer.“¹ Das traditionelle Rollenbild der Frau blieb jedoch weiterhin tief in der Gesellschaft verwurzelt.

Das „feudalistische System“ dessen Ende damals eingeläutet werden sollte, war das über viele Jahrhunderte verfestigte patriarchalische System des vormodernen Chinas. Dieses war durch Patrilinearität und Patrilokalität gekennzeichnet, d. h. nur ein männlicher Nachkomme kann die Erbfolge antreten und den Familiennamen fortführen, während Töchter mit ihrer Heirat in die Familie des Mannes übergehen. Vor dem Hintergrund einer Kultur der Ahnenverehrung, in der die Fortsetzung der Familienlinie als höchste Tugend galt, entwickelten sich gesellschaftliche Praktiken wie das Konkubinat, die Übergabe von Bräuten im Mädchenalter sowie in Fällen von Armut der Verkauf von Töchtern bis hin zur Kindestötung von Mädchen. Der Konfuzianismus wirkte dabei als verstärkender bzw. legitimierender Faktor, insbesondere in Hinblick auf die hierarchische Beziehung zwischen Mann und Frau sowie die zunehmende Beschränkung der Frau auf die häusliche

Sphäre im Gefolge des Neokonfuzianismus ab der ersten Jahrtausendwende.²

Erste Diskussionen und Bemühungen um eine Gleichstellung von Frauen kamen bereits im Zuge der Reformbewegung Ende des 19. Jahrhunderts und nach Ende des Kaiserreichs vor allem in den 1910er und 1920er Jahren auf. Der Diskurs erreichte jedoch nur einen kleinen Teil der städtischen Eliten.³ Ähnlich verhielt es sich mit den zivilrechtlichen Reformen zur Besserstellung von Frauen in der Republikzeit, die nur eingeschränkt umgesetzt wurden. Dies gilt umso mehr für die Kriegs- bzw. Bürgerkriegsjahre ab 1927.

Mit der Machtübernahme durch die Kommunistische Partei (KPCh) änderte sich diese Situation grundlegend, vor allem durch das 1950 als erstes Gesetz der VR China verabschiedete Ehegesetz, das von landesweiten Öffentlichkeitskampagnen begleitet war. Dieses erklärte Männer und Frauen zu gleichberechtigten Partnern und untersagte u. a. Zwangsverheiratung, Bigamie sowie Mitgift- bzw. Brautpreisforderungen. Zudem erhielten beide Ehepartner gleiche Besitz- und Erbsprüche sowie das Recht auf selbstbestimmte Erwerbstätigkeit.⁴ In dem letzten Punkt spiegelt sich das marxistische Verständnis der Gleichstellung von Frauen wider, wie es bis heute von der KPCh propagiert wird: Die Herauslösung aus der häuslichen Privatarbeit und Teilnahme an der gesellschaftlichen produktiven Arbeit ist die Grundlage der Befreiung der Frau.⁵ Pragmatisch wird hier die „Entfesselung der Frau“ auch als Beitrag zur Entfesselung von Produktivkräften für die Entwicklung des Landes gesehen.

Die Frauenerwerbsquote erreichte in den Jahrzehnten des Kollektivismus zwischen Ende der 1950er und Ende der 1970er Jahre mit über 90 Prozent ihren Zenit. Prägend war dabei das Bild des „Eisernen Mädchens“ und die gezielte Einbeziehung von Frauen in traditionell männliche Tätigkeitsfelder nach dem maoistischen Leitsatz:

„Frauen können, was Männer können.“ Das Ziel der Geschlechtergleichstellung galt hiermit als erreicht. In der Propaganda wurden Frauen eher androgyn dargestellt und die Betonung der Weiblichkeit als bourgeois abgelehnt. Gleichzeitig waren viele Frauen großem Druck ausgesetzt, da ihnen die Hausfrauen- und Mutterrolle weiterhin ungeteilt zufiel.⁶ Dennoch profitierten Frauen gleichzeitig von einem verbesserten Zugang zu Bildung und Erwerbstätigkeit, einhergehend mit einem veränderten Selbstbild.

Mit Beginn der Reform und Öffnung 1978 und der Abwendung von Plan- und Kollektivwirtschaft kam es insbesondere in ländlichen Regionen zu einer Rückwendung zu traditionellen Familien- und Erwerbsmustern. In den Städten boten sich Frauen zwar neue berufliche Wahlmöglichkeiten, doch sie waren auch stärker von der einsetzenden Rationalisierungswelle betroffen, die Ende der 1990er Jahre ihren Höhepunkt erreichte. Seit Beginn der 1980er Jahre kam es zudem zu einer Spreizung der genderbedingten Einkommensunterschiede und Frauen sahen sich häufiger als Männer mit ausbeuterischen Arbeitsverhältnissen konfrontiert.

Trotz – oder gerade wegen – der Zunahme der Ungleichheit standen die 1980er und 90er Jahre im Zeichen eines erwachenden Genderbewusstseins. Eine zentrale Rolle spielte dabei der während der Kulturrevolution aufgelöste All-Chinesische Frauenverband (ACFV), der 1978 seine Arbeit wieder aufnahm und sich u.a. mit der strukturellen Benachteiligung von Frauen auseinandersetzte. Unter dem Dach des ACFV gründeten sich in den 1980er Jahren Forschungsinstitute und die ersten Gender-Konferenzen wurden veranstaltet. Im Zentrum standen sozioökonomische und familiäre Problematiken, daneben kam es zu einer Dekonstruktion des „vermännlichten“ maoistischen Frauenbildes. Forscherinnen gründeten zivilgesellschaftliche Organisationen und setzten sich für Frauenbelange ein.

Projekte der HSS

Die Hanns-Seidel-Stiftung arbeitet seit 13 Jahren mit dem All-Chinesischen Frauenverband zusammen. Im Zentrum der Kooperation steht der hochrangige politische Meinungs-austausch zu Themen wie Geschlechtergleichstellung und Teilhabe-gerechtigkeit sowie die Durchführung von Fachveranstaltungen und akademischen Foren, zuletzt zum Thema „Migration und Integration“. Außerdem führt die Hanns-Seidel-Stiftung innerhalb ihres chinesischen Bildungsnetzwerkes modellhaft Qualifizierungsmaßnahmen für Frauen in strukturschwachen Regionen durch und begleitet ein Mikrokreditprojekt in Dörfern der westchinesischen Provinz Qinghai.

Einen wichtigen Meilenstein in dieser Entwicklung stellte die Vierte UN-Weltfrauenkonferenz dar, die 1995 in Peking stattfand. Auch wenn staatliche Sicherheits- und Kontrollmaßnahmen sowie logistische Unzulänglichkeiten – v. a. im Zusammenhang mit dem parallel stattfindenden NGO-Forum – zu Ärgernissen führten, hatte sie langfristige Auswirkungen, nicht nur aufgrund der staatlich geförderten Forschungs- und Publikationswelle, die der Konferenz vorausging. Es kam zu einer Intensivierung des Austauschs mit der internationalen Forschungswelt, der Staat formulierte konkrete Zielsetzungen im Bereich Frauenförderung und die vermehrte Berichterstattung rückte das Thema Frau ins Blickfeld der Öffentlichkeit.⁷

Vor diesem Hintergrund sind auch die vermehrten Gesetzgebungsinitiativen seit Beginn der 1980er zu sehen. Die revidierte Verfassung von 1982 erklärte erstmals den Schutz der Rechte und Interessen von Frauen zur Pflicht des Staates.⁸ Neben Revisionen der Ehe- und Familiengesetze und der Ergänzung frauenspezifischer Artikel (z.B. im Arbeitsgesetz) verabschiedete die Regierung 1992 das „Gesetz zum Schutz der Rechte und Interessen von Frauen“ (Frauenrechtsschutzgesetz), das von Grund-

rechten über politische, kulturelle, wirtschaftliche und politische Teilhabe sowie Ehe- und Familienrecht alle lebensweltlichen Felder umspannt.⁹ Hiermit wurde zwar ein umfassendes rechtliches Rahmenwerk geschaffen, die Umsetzung allerdings war damit noch nicht gewährleistet.

Familiärer Stellenwert und Geburtenplanungspolitik

Artikel 38 des Frauenrechtsschutzgesetzes von 1992 beinhaltet das Recht der Frau auf Leben und körperliche Unversehrtheit und verbietet die Abtreibung weiblicher Föten, Kindestötung von Mädchen sowie die Diskriminierung oder Gewaltanwendung gegen Frauen, die unfruchtbar sind oder Töchter gebären. Diese expliziten Formulierungen belegen jedoch auch den Fortbestand patriarchalisch geprägter Verhaltensmuster nach 1949.

Tatsächlich blieb das Streben nach einem männlichen Erben nicht nur erhalten, sondern verschärfte sich noch infolge der zu Beginn der 1980er eingeführten Geburtenplanungspolitik, die im Kern jede Familie auf ein Kind beschränkt. Da traditionell Söhne die materielle Absicherung im Alter und (Schwieger-)Töchter die Pflege übernehmen, ist die Präferenz von Söhnen auch versorgungstechnisch bedingt. Während dieses Muster in den Städten durch den Ausbau des sozialen Sicherungssystems allmählich aufgebrochen werden konnte, begegnete man Versorgungsängsten in ländlichen Regionen mit der Gewährung einer zusätzlichen Geburtenquote, sofern das erste Kind weiblich ist. Auch dem Infantizid an Mädchen sollte damit begegnet werden.

Durch die Geburtenplanungspolitik sank die Geburtenrate von 5,8 in 1970 auf 1,5 in 2005, was angesichts knapper Ressourcen wünschenswert erschien. In Verbindung mit einem stetig verbesserten Zugang zu pränataler Diagnostik führte diese Politik allerdings auch zu einer starken Veränderung

des Geschlechterverhältnisses von Männern und Frauen bei der Geburt. Dieses liegt seit 2000 bei annähernd 120 zu 100, weit über dem natürlichen Durchschnitt von rund 106 zu 100.

Dabei besteht ein großes Gefälle zwischen städtischen und ländlichen bzw. entwickelten und weniger entwickelten Regionen. Ein ausgewogenes Verhältnis findet sich fast ausschließlich in Minderheitenregionen, da diese nicht der Geburtenplanungspolitik unterliegen. Seit 1993 ist die pränatale Geschlechtsbestimmung zwar gesetzlich verboten, dies hat jedoch den Trend nicht stoppen können. Mehr Erfolg brachten staatliche Förderprogrammen für Familien mit Töchtern in Form von Bildungszuschüssen und sozialen Transferleistungen.¹⁰ Seit 2011 zeichnet sich erstmals eine leicht rückgängige Tendenz ab, wohl auch aufgrund des Ausbaus der sozialen Sicherung in ländlichen Regionen.¹¹

Zu den ungeplanten Auswirkungen der Geburtenplanungspolitik gehört die erhöhte psychische und (z. B. durch Schwangerschaftsabbrüche) körperliche Belastung der Mütter, die den Stammhalter gebären sollen. Schwere Einschnitte in die Rechte vieler Frauen brachte zudem die rigide Art und Weise mit sich, mit der staatliche Organe die Politik durchsetzten. Bis heute dringen immer wieder Fälle von Zwangsabtreibungen und -sterilisation an die Öffentlichkeit.

Doch die in den Städten praktizierte Ein-Kind-Politik hatte auch positive Auswirkungen. Dass Eltern ihre Ressourcen ihrem einzigen Kind zukommen ließen, egal ob männlich oder weiblich, führte zu einer relativ schnellen Angleichung von Bildungs- und Berufschancen und dadurch wiederum zu einer höheren Akzeptanz für Mädchen und einem ausgewogeneren Geschlechterverhältnis bei der Geburt.

Wirtschaftliche Teilhabe und strukturelle Probleme

Der große Unterschied zwischen städtischen und ländlichen Regionen in China erfordert im Hinblick auf die Situation von Frauen eine getrennte Betrachtung. Eine einheitliche Analyse wird auch dadurch erschwert, dass chinesische Statistiken Stadt und Land meistens getrennt erfassen. Hierin spiegelt sich die institutionalisierte Trennung durch das Hukou-System der Haushaltsregistrierung wider, das die Bevölkerung in städtische und ländliche Bürger teilt. Von diesem Status leiten sich verschiedene Rechte und Leistungsansprüche ab, die weitestgehend an den Ort der Registrierung gebunden sind, so dass die rund 250 Mio. vorwiegend im urbanen Raum tätigen ländlichen Arbeitsmigranten dort immer noch in geringerem Maße institutionell eingebunden und statistisch erfasst sind.

Frauen in städtischen Regionen

Mit einer Frauenerwerbsquote von 68 Prozent (Männer 80 Prozent) liegt China im internationalen Vergleich ganz vorn.¹² Das Gros der Frauen ist vollzeitbeschäftigt, sie verdienen jedoch ähnlich wie in Deutschland ca. 20 Prozent weniger als Männer. Der Anstieg des Einkommensunterschieds in den vergangenen 30 Jahren ist u. a. auf die Ausdifferenzierung der Geschlechter in verschiedenen Berufsfeldern zurückzuführen, wobei Frauen vorwiegend in der Leichtindustrie und im Dienstleistungssektor Beschäftigung fanden. Hinzu kommt der verkürzte Erwerbszeitraum durch Mutterschaft und ein früheres Renteneintrittsalter. Je nach Arbeitgeber ist z. B. im öffentlichen Sektor (inklusive Staatsunternehmen) die Einkommensdifferenz geringer als in der Privatwirtschaft. Andererseits sind die Aufstiegschancen in der Privatwirtschaft besser, wo Frauen als Unternehmerinnen im Bereich der kleinen und mittelständischen Unternehmen stärker vertreten sind. Als Beispiel für eine besonders erfolgreiche Frau gilt Yang Mianmian, Mitbegründerin

des Unternehmens Haier, einem weltweit führenden Hersteller von Haushaltsgeräten. Soeben im Alter von 71 Jahren als Vorstandsvorsitzende zurückgetreten, gehört sie zu den Frauen, die es geschafft haben, sich in der männlich dominierten Top-Liga der Wirtschaft zu behaupten.

Führungspositionen im öffentlichen Bereich werden gemeinhin an KP-Mitglieder übertragen, Frauen jedoch machen nur rund ein Fünftel der Parteimitglieder aus. Das Bildungsniveau spielt wegen des mittlerweile geringfügigen Unterschieds eine untergeordnete Rolle, stattdessen zeigt sich die stärkste Geschlechterdiskriminierung gerade beim Karriereeinstieg von Hochschulabsolventen. Studien belegen, dass auch unter Berücksichtigung der genannten Faktoren wie Tätigkeitsfeld, Erwerbsbiografie oder Parteimitgliedschaft die Einkommensdifferenz bei gleicher Arbeit und Qualifikation 15 Prozent beträgt.^{13 14}

In der Verfassung von 1982 ist die Pflicht des Staates festgehalten, gegen Lohndiskriminierung vorzugehen, flankiert von einem umfänglichen Gesetzeskanon. Doch in der Umsetzung mangelt es an Konsequenz, erleichtert durch den Umstand, dass sich viele Frauen ihrer Rechte nicht bewusst sind. Problematisch ist auch, dass gerade die Regelungen zum Mutterschutz noch zur Diskriminierung beigetragen haben, da nur Frauen Anspruch auf Elternzeit haben und das Gros der Kosten auf den Arbeitgeber entfällt. Positiv zu vermerken ist, dass sich mittlerweile in den am stärksten entwickelten Regionen an der Ostküste Chinas eine leicht rückläufige Tendenz der Ungleichheit zeigt, was einer Formalisierung des Arbeitsmarktes und Anwendung der Gesetze zugeschrieben werden kann, einhergehend mit einem steigenden Rechtsbewusstsein.¹⁵

Eine grundlegende strukturelle Benachteiligung stellt hingegen das niedrigere gesetzlich festgelegte Rentenalter von Frauen dar, das im Schnitt mehr als fünf Jahre unter dem von Männern liegt. Bei Arbeitnehmerinnen sind dies 50 bzw. 55 Jahre, bei weib-

lichen Führungskräften 55 bzw. 60 Jahre, bei Männern dagegen 60 bzw. 65 Jahre. Zudem gehen Frauen auch bei guter Gesundheit häufiger als Männern vorzeitig in den Ruhestand. Angesichts eines ohnehin geringeren Einkommens und einer höheren Lebenserwartung (Frauen: 77 Jahre, Männer: 72) bedeutet dies eine weitaus schlechtere Altersabsicherung.¹⁶

Frauen in ländlichen Regionen

Aufgrund der traditionellen Rolle als Hausfrau und unterstützende Arbeitskraft in der Landwirtschaft sowie dem schlechten Bildungszugang hatten Frauen auf dem Lande lange Zeit kaum Entwicklungsperspektiven. Dank umfänglicher Alphabetisierungs- und Trainingsprogramme erhielten zwar auch ältere Frauen eine gewisse Basisqualifikation, die eigenständige Erwerbstätigkeit blieb jedoch die Ausnahme. Dies änderte sich dank einer schrittweisen Angleichung der durchschnittlichen Bildungsdauer von Jungen und Mädchen. Viele der nach 1980 geborenen jungen Frauen streben ebenso wie ihre männlichen Altersgenossen nach einer Beschäftigung, bevorzugt im städtischen Raum, was dem Gros der älteren Frauen noch verwehrt blieb.

Da bei den Männern der Migrationsprozess in die Städte bereits in den späten 1970er Jahren einsetzte und ihr Anteil lange Zeit höher war, gibt es auf dem Land ca. 50 Mio. „zurückgebliebene Ehefrauen“. Auf diesen lastet ein besonders hoher Druck, denn ihnen obliegt nicht nur der Haushalt sowie die Versorgung der Kinder und Pflege der Senioren. Viele haben sukzessive die landwirtschaftlichen Tätigkeiten ihrer Männer übernommen, was sich an der Steigerung des Anteils weiblicher Arbeitskräfte in der Agrarwirtschaft von 52,4 Prozent in 1990 auf 74 Prozent in 2006 zeigt. Auch wenn es sich dabei vorwiegend um Subsistenzwirtschaft handelt, die Frauen also kaum monetäres Einkommen erzielen, treffen sie in Abwesenheit des Mannes zunehmend Entscheidungen in Familien- und

Geldangelegenheiten.¹⁷ So hat diese Entwicklung auch zu einer Veränderung der traditionellen Rollenmuster und teilweisen Emanzipation der Frauen beigetragen. Hinzu kommt, dass in den vergangenen Jahren Unternehmen dazu übergegangen sind, ihre Produktion in ländliche Regionen zu verlagern und mehr Frauen nun vor Ort ein Einkommen erzielen können.

Ein nach wie vor schwerwiegendes Defizit in der materiellen Absicherung von Frauen ist die weitgehende Missachtung des offiziellen Besitz- und Erbrechts vor allem in ländlichen Regionen, wobei Frauen es oft selbst nicht für nötig erachten, ihren Namen auf Dokumenten festzuhalten bzw. unter familiärem Druck davon absehen. Bei der Zuteilung von Grundstücken und Auszahlung von Entschädigungen im Zuge von Enteignungen wird die patrilineare Handhabung weiter forciert, indem die Dorfkomitees Frauen in geringerem Maße berücksichtigen bzw. Ansprüche an Ehemänner oder andere männliche Verwandte übertragen.¹⁸

Arbeitsmigrantinnen

Trotz der strukturellen Diskriminierung ländlicher Bürger im städtischen Raum ist die eigenständige Erwerbstätigkeit als Arbeitsmigrantin attraktiv. Ein eigenes Einkommen erhöht die Unabhängigkeit und der Beitrag zum Familieneinkommen stärkt den Status der Frau in der Familie und somit ihre Verhandlungsposition zur Durchsetzung eigener Vorstellungen.

Betrachtet man die rund 100 Mio. ländlichen Arbeitsmigrantinnen, so sind generationsspezifische Unterschiede auszumachen: In den 1980er Jahren waren es vor allem junge, unverheiratete Frauen, die, nachdem sie in der Stadt ihre Aussteuer verdient hatten, mit Anfang 20 der Heirat wegen in den ländlichen Raum zurückkehrten. In den 1990er Jahren migrierten vermehrt verheiratete Frauen, teilweise im Familienverband. Jedoch gehen Frauen häufiger temporär

aufs Land zurück, da die Kinder aufgrund ihres Hukou-Status oft keinen städtischen Kindergarten- bzw. Schulplatz erhalten. Während die frühen Wanderarbeiterinnen qualifikationsbedingt vorwiegend ins produzierende Gewerbe und den Dienstleistungssektor strömten, finden die Migrantinnen der 2000er Jahre dank ihres höheren Bildungsniveaus zunehmend auch in white-collar-Berufen Beschäftigung. Sie wollen in den Städten bleiben und sind daher bemüht, sich weiter zu qualifizieren. Gleichzeitig sind sie selbstsicherer und wählerischer in Hinblick auf ihre Arbeitgeber.¹⁹

Dennoch sind Migrantinnen weiterhin überdurchschnittlich häufig im informellen Sektor beschäftigt. Dadurch fallen sie durch das soziale Sicherungsnetz und sind schlecht geschützt vor Ausbeutung. Besonders problematisch ist der illegale und damit unregulierte Bereich der Prostitution.

Politische Teilhabe und Interessenvertretung

Obwohl die Einbindung von Frauen von Beginn an erklärtes Ziel der KPCh war, lag der Anteil weiblicher Parteimitglieder lange Zeit nur knapp über 10 Prozent. Erst um das Jahr 2010 wurde die 20 Prozent-Marke überschritten.²⁰ Frauen sind vor allem im Mittelbau der Partei vertreten. Auf Dorfebene sind die Parteimitglieder fast ausschließlich männlich, in den Dorfkomitees findet sich bestenfalls die mittlerweile erforderliche Quotenfrau, zuständig für Belange von Frauen und Kindern oder soziale Angelegenheiten und meist gestellt vom Frauenverband. Die Zuständigkeit für ein als frauentypisch erachtetes Ressort bietet allerdings nur beschränkte Karrierechancen.

Traditionelle Geschlechterrollen legen Frauen auf politische Passivität fest. Eine Frau hat vorbildliche Mutter zu sein und das Wohl der Familie zu bewahren. Daher wird auch bei Frauen, die Karriere machen, häufig die Fähigkeit zur Vereinbarung von Familie und Beruf betont. Als Vorbild für emanzi-

pierte Frauen gilt hingegen Wu Yi, die in den 1990er Jahren Vizeministerin und Ministerin für Außenhandel war und 2003 als erste Frau seit der Öffnung des Landes Vizepremierministerin des Staatsrats wurde. Wu gilt als prinzipientreu und nicht korrumpierbar. Obwohl seit 2008 im Ruhestand, steht sie noch heute für Direktheit, Transparenz und Authentizität. Sie entschied sich für die politische Karriere und hat, ungeachtet gesellschaftlicher Normvorstellungen, nie eine eigene Familie gegründet.

Frauen wie Wu Yi sind Ausnahmen. In Führungspositionen dünnt sich der Frauenanteil deutlich aus und trotz des Gleichstellungsauftrags war bislang in keinem Ständigen Ausschuss des Politbüros – dem politischen Machtzentrum Chinas – eine Frau vertreten. Ähnlich verhält es sich auf den Leitungsebenen im Staatsapparat, zumal Regierungs- und Parteiämter eng miteinander verquickt sind. Auch in den Volkskongressen und Konsultativkonferenzen pendelt der Frauenanteil nur um 20 Prozent. Bei den Funktionärinnen handelt es sich vor allem um städtische Frauen, während sich Migrantinnen und Bäuerinnen hier kaum wiederfinden.

So fällt die Repräsentation und Interessenvertretung vorwiegend dem Frauenverband zu, wobei dieser Auftrag sogar im Frauenrechtsschutzgesetz festgehalten ist. Durch seine Stellung als offizielle Massenorganisation verfügt der Frauenverband über ein landesweites Netzwerk, das sich von der nationalen bis auf die Grassroots-Ebene erstreckt. So ist er in der Lage, aktuelle Problemlagen zu erkennen und entsprechende politische oder rechtliche Initiativen zu ergreifen und praktische Maßnahmen der Frauenförderung durchzuführen. Unterstützt von der empirischen Forschung seines akademischen Netzwerks fungiert der Frauenverband daher als Politikberater und hat es geschafft, neue Themen auf die Agenda zu bringen – darunter auch Tabuthemen wie häusliche Gewalt und Prostituti-

on. Gleichzeitig ist der Frauenverband jedoch auch ein verlängerter Arm der KPCh, so dass sich seine Aufgaben nicht notwendig mit den Interessen der Frauen decken. Zum Beispiel hilft er unter dem Banner der Frauengesundheit bei der Durchsetzung der Geburtenplanungspolitik. Der Interessenvertretungskompetenz des Frauenverbandes sind also Grenzen gesetzt.

Dieses Defizit hat zum Aufkommen neuer zivilgesellschaftlicher Strukturen beigetragen. So gibt es eine steigende Zahl von NGOs, die sich für spezifische Frauenbelange einsetzen. Zum Teil arbeiten diese eng mit dem Frauenverband zusammen, sehen sich dadurch jedoch auch staatlich reglementiert. Darüber hinaus gibt es unabhängige und meist nicht offiziell registrierte NGOs, die sich auch politisch brisanten Themen annehmen, dadurch aber leicht ins Blickfeld der Sicherheitsorgane geraten und sanktioniert werden.

In den vergangenen Jahren tritt zudem das Internet als Medium der Genderdebatte, aber auch als Organisationsplattform für Initiativen immer mehr in den Vordergrund. Hier lässt sich ein steigendes Bewusstsein der jüngeren Generationen von Frauen – auch der ländlichen – um ihre Rechte ablesen, ein Spiegelbild des gesellschaftlichen Wandels.

Abschließende Betrachtung

Die Geburtenplanungspolitik hat den demografischen Wandel in China beschleunigt, so dass in den kommenden Jahren die Zahl der Arbeitskräfte rückläufig sein wird, während die Zahl der Personen im Rentenalter rapide ansteigt. Vor diesem Hintergrund erscheint ein längerer Verbleib von Frauen im Berufsleben unerlässlich für eine stabile Arbeitsmarktentwicklung.

Eine Angleichung des Geschlechterverhältnisses bei der Geburt wird als notwendig erachtet, begleitet von der Einsicht, dass man in dieser Hinsicht früher hätte aktiv werden müssen. Denn die „fehlenden Mäd-

chen“ sind nun fehlende Ehefrauen. Erhebungen zufolge finden 2013 bereits mehr als zehn Prozent der heiratsfähigen Männer keine Frau, Tendenz steigend.²¹ Dies hat schwerwiegende soziale Implikationen, da mit einer hohen Zahl von Junggesellen wider Willen nachweislich die Kriminalität steigt und Gewalt gegen Frauen zunimmt. Aufgrund der hierarchisch geprägten Vorstellung, dass in einer Ehe der Status des Mannes über dem der Frau liegen muss, sind vor allem die sozial schwächsten Männer von Frauenmangel betroffen. Schon jetzt gibt es in ländlichen Regionen regelrechte Junggesellendörfer, in denen sich mangels familiären Rückhalts die Altersversorgung als besonderes Problem herauskristallisiert. Das Denkmuster des „Aufwärtsheiratens“ hat noch eine andere Konsequenz: ein hoher Anteil an hochqualifizierten, unverheirateten Frauen in den Städten. So wird zwar derzeit mit Blick auf eine stabile Bevölkerungsentwicklung eine Lockerung der Geburtenplanungspolitik diskutiert, ein Umdenken muss jedoch auch in der Gesellschaft stattfinden.

Trotz vielfältiger Probleme in der Umsetzung ist festzuhalten, dass das Thema Gender-Mainstreaming schon früh Eingang gefunden hat in die öffentliche Debatte. Die Forschung findet auf internationalem Niveau statt und vor allem der Frauenverband leistet hier politische Lobbyarbeit. Ein erhöhtes Bewusstsein der jüngeren Generation von Frauen um ihre Rechte sowie eine steigende Bereitschaft, diese einzufordern, stimmt hoffnungsvoll. Der Lange Marsch zur Gleichstellung ist zwar noch nicht abgeschlossen, aber es zeigen sich mehr Fort- als Rückschritte.

|| ULLA BEKEL

Auslandsmitarbeiterin China

Unter Mitarbeit von Katja Drinhausen

ANMERKUNGEN

- 1 Zhongguo Renmin Zhengzhi Xieshang Huiyi Gongtong Gangling (1949) (Allgemeines Programm der Politischen Konsultativkonferenz (1949)): URL http://news.xinhuanet.com/ziliao/2004-12/07/content_2304465.htm [02.04.2013].
- 2 Vgl. Rosenlee, Li-Hsiang L. (2006): *Confucianism and Women: A Philosophical Interpretation*, Albany, S. 119-149.
- 3 Vgl. Li, Yuhui (2001): *Women's Movement and Change of Women's Status in China*, URL www.bridgew.edu/soas/jiws/vol1/li.htm [28.03.2013].
- 4 Vgl. Zhonghua Renmin Gongheguo Hunyinfu (1950) und (Ehegesetz der VR China (1950)): URL www.law-lib.com/law/law_view.asp?id=43205 [28.03.2013].
- 5 Vgl. Makesi Zhuyi Funüguan de Zhuyao Neirong (Hauptpunkte des marxistischen Frauenverständnisses): URL www.wsic.ac.cn/baike/69310.htm [28.03.2013].
- 6 Vgl. Hsiung, Ping-Chun (2001): *The Women's Studies Movement in China in the 1980s and 1990s*, in: *Education, Culture, and Identity in 20th Century China*, hrsg. von Glen Peterson et al., Ann Arbor, S. 432-436.
- 7 Vgl. Hsiung (2001), S. 436-447; Wang, Zheng (1997): *Maoism, Feminism, and the UN Conference on Women: Women's Studies Research in Contemporary China*, in: *Journal of Women's History* 8(4)/1997, S. 126-152.
- 8 Vgl. Constitution of the People's Republic of China (1982): URL <http://english.people.com.cn/constitution/constitution.html> [28.03.2013].
- 9 Vgl. Law of the People's Republic of China on the Protection of Rights and Interests of Women (2005), URL www.china.org.cn/english/government/207405.htm [28.03.2013].
- 10 Vgl. Shang, Zijian et al. (2012): *Policy Responses of Gender Imbalance in China: The "Care for Girls" Campaign*, URL <http://hsblogs.stanford.edu/morrison/files/2012/11/125-n0ilb4.pdf> [29.03.2013].
- 11 Vgl. Cheng, Tsung-Mei (2013): *China must solve its daughter deficit*, in: *South China Morning Post*, 6.4.2013, S. A13.
- 12 Daten für das Jahr 2010. Vgl. Weltbank (2013): URL www.worldbank.org [02.04.2013].
- 13 Vgl. Su, Biwei / Heshmati, Almas (2011): *Analysis of Gender Wage Differential in China's Urban Labor Market*, URL <http://ftp.iza.org/dp6252.pdf> [02.04.2013].
- 14 Vgl. Li, Chunling / Li, Shi (2008): *Shichang Jingzheng haishi Xingbie Qishi – Shouru Xingbie Chayi Kuoda jiqi Yuanyin Jieshi (Rising Gender Income Gap and Its Dynamics in China: Market competition or sex discrimination?)*, in: *Shehuixue Yanjiu (Sociological Studies)* 2/2008, S. 94-117.
- 15 Vgl. Li / Li (2008): S. 115; Burnett, Jamie (2010): *Women's Employment Rights in China: Creating Harmony for Women in the Workplace*, in: *Indiana Journal of Global Legal Studies* 17(2)/2010, S. 289-318.
- 16 Vgl. Tan, Lin / Yang, Hui (2013): *Tamen Yuanhe Yaoqiu yu Nanxing Tongling Tuixiu? (Why do They Demand Equal Retirement Age Policy?)*, in: *Collection of Women's Studies (Funü Yanjiu Luncong)* 2/2013, S. 12-18.
- 17 Vgl. Sun, Qiu / Zhou, Pidong (2008): *Nongye Nüxinghua dui Funü Fazhan he Nongye Shengchan de Yingxiang (Feminization of Agriculture and Its Impact on Women Development and Agricultural Production)*, in: *Guizhou Nongye Kexue (Guizhou Agricultural Sciences)* 36(3)/2008, S. 193-196.

- 18 Vgl. Lipinsky, Astrid (2005): Kein Ackerland in Frauenhand, in: Menschenrechte für die Frau 1/2005, S. 24-25.
- 19 Informationen aus Vorträgen im Rahmen der Veranstaltung „Migration und Integration“ am 23.11.2012 in Peking, URL www.hss.de/china/de/aktuelles/2012/migration-und-integration.html [08.04.2013].
- 20 Vgl. Burnett (2010), S. 308; Angaben des Zentralen Organisationsbüros der KPCh, URL <http://gb.cri.cn/27824/2011/06/25/2625s3287586.htm> [02.04.2013].
- 21 Vgl. Jin, Xiaoyi et al. (2012): Xingbie Shiheng xia de Zhongguo Nongcun Yanglao jiqi Zhengce Qishi (Old-age Support of Rural Chinese and Policy Implications in the Context of Gender Imbalance), in: Gonggong Guanli Xuebao (Journal of Public Management) 9(3)/2012, S. 71-81.

FRAUEN AN DER MACHT: CRISTINA FERNÁNDEZ DE KIRCHNER, PRÄSIDENTIN DER REPUBLIK ARGENTINIEN

MARIELLA FRANZ ||

Sie ist gebildet und intelligent, wortgewandt und durchsetzungsstark, die Herzen vieler Argentinier hat sie wie einst Evita im Sturm erobert. Sie soll gleichzeitig auch machtsüchtig und ignorant sein, den nationalen TV-Sender nutzt sie wie einst Juan Domingo Perón; schlechte Indikatoren zur Entwicklung ihres Landes werden übergangen, stattdessen eine „Geschichte“ mit täglich guten Nachrichten „erzählt“. Es ist, als hätte sie zwei Gesichter. Wir sprechen von „CFK“ - Cristina Fernández de Kirchner - der Staatspräsidentin der drittgrößten Volkswirtschaft Lateinamerikas und des achtgrößten Landes der Welt.

Politischer Weg

Argentinien im 21. Jahrhundert: Erstmals in der Geschichte wählten die Argentinier 2007 eine Frau an die Spitze ihres Landes. Es ist die einmal mehr, einmal weniger rothaarige Cristina Fernández de Kirchner (in Folge auch „CFK“ genannt), geboren am 19. Februar 1953 in La Plata, Hauptstadt der größten und bedeutendsten Provinz der Republik. Der Ruf zu einem öffentlichen Auftrag erreichte sie bereits in jungen Jahren, als sich CFK bei den Jungperonisten an der Universität von La Plata engagierte. Dort traf sie 1974 ihren Lebenspartner und Wegbegleiter Néstor Kirchner. Beide waren in der JUP (Juventud Universitaria Peronista – Jungperonisten der Universität) aktiv; sie

gehörten auch radikalen, linksperonistischen Gruppierungen an. Im Vorfeld der Militärdiktatur (1976-83) heirateten sie. Über eine Zwischenstation im Süden Patagoniens, Santa Cruz, wo ihr Ehemann herstammte, stieg Cristina nach dem Ende der Diktatur die Leiter des politischen Erfolges hinauf. Von der Abgeordneten der patagonischen Provinz über den Posten als Kongressabgeordnete und zuletzt als Senatorin führte ihr Weg zur Präsidentschaft des Landes. Néstor Kirchner hatte den erfolgreichen Sprung vom Gouverneur seiner Provinz zum höchsten politischen Amt im Lande eine Wahlperiode zuvor geschafft.

Ausgangssituation und erste Präsidentschaft (2007-2011)

2001 lag das Land „in Scherben“. Der Staatsbankrott trieb die Menschen auf die Straße, sie waren ohne Arbeit und ihres Ersparnis beraubt. Tausende waren durch die letzte große Finanz- und Wirtschaftskrise finanziell und sozial so weit abgerutscht, dass die Armutsrate auf über 50 Prozent anstieg. Hinzu kam eine politische Krise, welche sich im Lande mit dem Slogan „que se vayan todos!“ [„sie (die Politiker) sollen alle verschwinden!“] Ausdruck verschaffte. In dieser Stimmung, und nach mehreren Übergangspräsidenten wurde CFKs Ehemann Néstor Kirchner mit lediglich 22 Prozent der Stimmen im Mai 2003 zum Präsi-

denten der Republik gewählt.¹ Nach der Krise konnte es nunmehr bergauf gehen. Der fähige Wirtschaftsminister Roberto Lavagna, politisches Geschick des Präsidenten, hohe Weltmarktpreise für die „Kornkammer“ des Südens und hohe Wachstumsraten spielten dem Politehepaar in die Hände.

Im Oktober 2007 folgte Cristina Fernández de Kirchner ihrem Mann in das Präsidentenamt. Mit Julio Cobos (Unión Cívica Radical - Radikale Bürgerunion) als Vizepräsident gewannen die Peronisten mit der Wahlformel „Frente para la Victoria“ (Front für den Sieg) mit circa 45 Prozent der Stimmen. Das politische Vorhaben, jahrelang im patagonischen Süden des Landes vorbereitet, blieb demnach „in der Familie“, dort wo man sich gegenseitig am meisten vertraut.



Eröffnung der 131. Ordentlichen Sitzungsperiode des Kongresses, am 1.3.2013, Quelle: Presidencia de la Nación Argentina.

Auf ganzer Linie übernahm Cristina Néstor's Menschenrechtspolitik, was allgemein als positiv aufgenommen wurde, da es die erste Regierung war, die sich dem „Erbe der Diktatur“ stellte: Schon seit 2003 erhalten zwei argentinische Menschenrechtsorganisationen staatliche Zuschüsse „zur Aufarbeitung der Militärdiktatur“. Die Stiftungen „Madres de Plaza de Mayo“ (Mütter des Maiplatzes) und „Sueños compartidos“ (Geteilte Träume) verfügen über Millionen von Euros, um Sozialhilfe zu leisten, Kindergärten, Schulen, Wohnungen und Museen zu bauen und Krankenhäuser zu modernisie-

ren. Im Mai/Juni 2011 kamen jedoch Anschuldigungen - Veruntreuung der Gelder bis hin zu Korruptionsvorwürfen - gegen die Menschenrechtsorganisation „Madres de Plaza de Mayo“ auf, die als politische Verbündete der Kirchner-Regierungen gilt.

Im wirtschaftlichen Bereich zeigt die neue Regierungsverwaltung eine deutliche Tendenz: Die staatlichen Kassen füllten sich. Im August 2008 wurde die Fluggesellschaft Aerolíneas Argentinas verstaatlicht, im November darauf die privaten Pensionskassen (AFJP, Administradoras de Fondos de Jubilaciones y Pensiones), zusammengefasst unter der staatlichen Sozialversicherungskasse ANSES (Administración Nacional de la Seguridad Social). Im März 2008 rief Fernández' Regierung mit der Resolution 125 die Erhöhung der Exportsteuer aus, die sie direkt an die Höhe der Weltmarktpreise koppelte. Bis heute haben die hohen Preise für Soja dem Land satte Gewinne beschert.

Erste politische Krise der CFK

Landwirte, Kleinbauern, Großgrundbesitzer, Exporteure - von der mächtigen „So-ciedad Rural Argentina“ bis zur „Federación Agraria“ hin - bildeten den „Mesa de Enlace“ (etwa: „Verbindungstisch“), eine gemeinsame Kommission, und gingen ab März bis Juni 2008 im ganzen Land aus Protest auf die Straßen. Die geplante Erhöhung der Exportabgaben, welche im Idealfall die Inlandspreise drückt und die Staatseinnahmen erhöht, drohte, den Landwirtschaftssektor zu gefährden. Man darf hierbei nicht vergessen, dass die Bevölkerung der Provinzen und Kleinstädte Argentiniens auf eine rentable Landwirtschaft angewiesen sind. Der Agroindustriesektor erwirtschaftet immerhin 18,5 Prozent des BIP, beschäftigt 36 Prozent der arbeitenden Bevölkerung und macht schließlich 55 Prozent der Exporte aus.² Die Abstimmung über die Erhöhung der Exportabgaben im Senat ging 50 zu 50 aus.

Der Senatspräsident Julio Cobos, gleichzeitig Vizepräsident der nationalen Regierung, musste nun die Pattsituation mit seiner Stimme lösen. Er sprach sich aus Überzeugung gegen das Gesetzesvorhaben aus.

Ab diesem Zeitpunkt wurde Cobos zum persönlichen „politischen Feind“ von CFK. Die darauf folgende konfrontative Art zeigte sich u.a. in gezielten, rechtlichen Untersuchungen sowie in verstärktem Druck seitens der Steuerbehörden und richtet sich jedes Mal mit aller Härte gegen diejenigen, die sich öffentlich gegen Kirchners Maßnahmen aussprechen.

„Vamos por todo“ (Gehen wir auf's Ganze!)

Als Antwort auf die politische Krise um die Resolution 125 zur Erhöhung von Exportabgaben sanken die Stimmen für die, die Präsidentin unterstützende FPV (Frente para la Victoria)³, bei den darauf folgenden Parlamentswahlen im Juni 2009: In der Abgeordnetenkammer verlor das Regierungslager die Mehrheit. Als Reaktion führte CFK mehrere „soziale Maßnahmen“ ein: Der Staat kauft seitdem Sendelizenzen auf und führte die öffentlichen Programme „Fußball für alle“ im August 2009 und „Sport für alle“ im Februar 2011 ein. Die Kosten für diese Lizenzen liegen zwar in Millionenhöhe, aber die Programme eignen sich auch hervorragend zur Ausstrahlung von gezielter Werbung und Kampagnenspots. Mit Fußball erreicht man die ganze Nation!

Im Oktober 2009 führte die Präsidentin ein Kindergeld ein. Dieses wird arbeitslosen Eltern und Geringverdienern - unter den Auflagen des Schulbesuchs und der Verabreichung bestimmter Impfungen - zur finanziellen Unterstützung pro Kind ausgezahlt. Der nationale Wissenschaftsrat CONICET erkennt eine positive Wirkung dieser Maßnahme auf die Armutsreduzierung und das Einhalten der Schulpflicht. Doch es gibt auch kritische Stimmen, etwa seitens des Sozialen Observatoriums der Katholischen Universität, welche die Erfolge des Pro-

gramms mit Blick auf die Armutsreduzierung bezweifeln.⁴ Über 20 Prozent der Bevölkerung lebe noch immer in armseligen Verhältnissen. Andere Kritiker gehen sogar davon aus, dass diese Gelder verdeckt dem „Stimmenkauf“ dienen. Außerdem schaffe die Maßnahme durch Fehlanreize mehr Armut am Rande der Gesellschaft: vor allem Mädchen aus den unteren sozialen Schichten werden bereits mit zwölf oder 13 Jahren schwanger. Anscheinend sorglos, denn sie beziehen das Kindergeld.

Gleichzeitig verabschiedete der Kongress im Oktober 2009 ein Mediengesetz zur bisher von privater Hand dominierten Medienlandschaft. Private Anbieter haben seither nur noch Anspruch auf ein Drittel der Radio- und Fernsehlicenzen. Ein weiteres Drittel steht staatlichen Medien zu, das letzte Drittel ist für Sender gemeinnütziger Organisationen bestimmt. Besonders umstritten ist bis heute der Artikel, demzufolge sich die Medienunternehmen innerhalb der kurzen Frist von einem Jahr von den überzähligen Lizenzen trennen müssen. Aus dem Nichts tauchte ein neuer Konzern auf, der die bislang abgestoßenen Lizenzen aufkaufte und nach dem regierungsnahen Unternehmer Cristóbal López „benannt“ ist. Demgegenüber wehrte sich die Clarín-Gruppe⁵ mit vorübergehenden Schutzmaßnahmen in Folge einer Verfassungswidrigkeitsklage gegen das Gesetz. Vor kurzem wurde der Klage vom zuständigen Bundesgericht stattgegeben; allerdings geht der Rechtsstreit jetzt vor den Obersten Gerichtshof. Die Clarín-Gruppe ist mit den Jahren zu einem sehr regierungskritischen, einflussreichen Medienkonzern herangewachsen und ist aufgrund dessen der Kirchner-Regierung ein Dorn im Auge.

Im April 2010 rief die Präsidentin die Kampagne „Netbooks für alle“ aus, wobei alle Schüler und Lehrer der öffentlichen Sekundarschulen im ganzen Land ein Netbook bekommen sollten. Die Kampagne wird von den Geldern der nationalen Pensionskasse ANSES mitfinanziert. Der vor

allem die unteren Sozialschichten ansprechende Name der Maßnahme „Conectar Igualdad“/„Gleichheit verbinden“ reiht sich in die perfekt inszenierte Kommunikationsstrategie ihrer Präsidentschaft ein.

Erste Wolken am hellblauen Himmel

Infolge der hohen Inflation, die nach offiziellen Zahlen des nationalen Statistikamtes konstant über sieben Prozent pro Jahr lag, kam es zu steigenden Produktionskosten in der Wirtschaft und folglich zu einem erheblichen Wettbewerbsverlust des Landes. Der Internationale Währungsfond hat diese Zahlen mehrmals angezweifelt und ruft zur Korrektur auf.⁶ Die geschätzte reale Inflation liegt bei über 25 Prozent. Um die Handelsbilanz weiterhin positiv zu halten, wurden von CFKs Regierung protektionistische Maßnahmen in der Handelspolitik ergriffen, insbesondere in Form von neuen, bürokratischen Hürden bei der Erteilung von Importlizenzen, die es ausländischen Produkten erschweren, ins Land eingeführt zu werden. Diese Politik brachte Argentinien diplomatische Konflikte ein, besonders mit der Europäischen Union, Brasilien und Uruguay. Andererseits kam es Mitte 2011 dazu, dass private Consultingfirmen und Verbraucherverbände mit Geldbußen bestraft wurden, da sie weit höhere, „reale“ Inflationsraten von 25-30 Prozent präsentierten. Die private Messung der Inflation kann inzwischen dank der Immunität der Abgeordneten von Oppositionsfractionen im Kongress verkündet werden.

Der Weg zur zweiten Amtszeit

Am 27. Oktober 2010 starb Cristinas Ehemann Néstor Kirchner plötzlich an einem Herzinfarkt. Néstor war eine Integrationsfigur für unterschiedliche peronistische Gruppen, welche der Regierung nahe stehen. Cristinas Stärke und Durchsetzungskraft als Frau an der Macht wurde wesentlich von Néstor beeinflusst. CFK übernahm nunmehr die Führungsrolle in der Partei: eine wahrlich schwierige Aufgabe. Die Wit-

we trägt seit dem Todestag nur noch schwarze Trauerkleidung. In öffentlichen Ansprachen nahm sie fast immer Bezug auf ihren verstorbenen Mann, und mehr als einmal sah man sie weinen. Das Volk bekam plötzlich ein anderes Bild von der bisher als „hart und unzugänglich“ empfundenen Frau.

Cristinas Popularität kletterte von einem historischen Tiefpunkt auf neue Höhen. Als Witwe wurde sie für die Opposition zunächst „unangreifbar“. In Anlehnung an die Politik des Anti-Imperialismus des venezuelanischen Präsidenten Hugo Chávez versuchte CFK einen selbstbewussten, südamerikanischen Weg für ihr Land, abseits der internationalen Finanzmächte, zu beschreiten.

Die schwierige zweite Präsidentschaft (2011-heute)

Alle Hoffnungen der stark gespaltenen Opposition (insgesamt gab es sechs Gegenkandidaten) zerbrachen an den 54 Prozent der Stimmen, welche CFK im ersten Wahlgang erreichte. Der Abstand zum Zweitplatzierten Hermes Binner (Frente Amplio Progresista - Breite Progressive Front) betrug 37,5 Prozent (!). Cristina hatte persönlich die Aufstellung und Reihenfolge auf den Wahllisten in der Hand gehabt. Sie war mit dem jungen Wirtschaftsminister Amado Boudou als Vizepräsident ins Rennen gegangen. Das zweite Mandat in Folge als höchste Dame im Land trat sie ohne Ehemann an. Sohn und Tochter sind bisher noch nicht in das „Rampenlicht“ des öffentlichen Lebens getreten. Doch Cristina hat andere junge Nacheiferer: La Cámpora (benannt nach Héctor Cámpora, Präsident vom 25. Mai 1973 bis zum 12. Juli 1973) heißt die Politische Jugendorganisation, welcher ihr Sohn Máximo Kirchner formal vorsteht und welche durch den verstorbenen Ehemann jahrelang „herangezogen“ wurde. *„In dieser (politischen) Etappe sollte ich als Brücke zwischen den Generationen dienen“*, so CFK anlässlich ihrer Wiederwahl.⁷ Seit 2011 werden Mitglieder der Cámpora sys-

tematisch auf strategische politische Positionen gesetzt.

CFK rief bei ihrer Wiederwahl zur „nationalen Einheit“ auf. Was sie unter „Einheit“ versteht, bleibt unklar; in der Realität hat sich die Präsidentin eindeutig für die Machtkonzentration und nicht für die Integration oppositioneller Lager bei elementaren Fragen entschieden. Cristina habe einen anderen Führungsstil als Néstor; mit ihm konnte man Probleme lösen, manchmal durch ein einfaches ‘auf die Schultern klopfen’, so manche peronistische Stimmen. Der Zugang zu Cristina scheint weitaus schwieriger zu sein, und die Dialogfähigkeit, auch in den eigenen Reihen, hat stark abgenommen. Sich in tausend *tweets* zu äußern, um ständig und möglichst direkt gegenüber dem Volk die eigene Politik zu „verteidigen“, oder lange Reden zu halten, nach denen keine Fragen erlaubt sind, kann nicht als offene Diskursart bezeichnet werden.

*„Man braucht sich nur vor Gott fürchten, und ein bisschen vor mir“*⁸ ließ Cristina auf einer Konferenz zu Beginn ihrer zweiten Präsidentschaft an die eigenen Reihen verlauten. Diese Worte belegen ihr Selbstverständnis als starke Führungspersönlichkeit.

Der lateinamerikanische Populismus regiert mit Druck: Schon Néstor hatte den Geheimdienst nicht nur auf die Opposition, sondern auch auf die eigenen Leute angesetzt. Die zunehmende Kontrolle endet in einem autoritären Führungsstil, den die äußerst charismatische CFK heute ausübt. Nur ein kleiner, ausgewählter Beraterkreis hat direkten Zugang zu ihr; Kabinettsitzungen gibt es nicht.

Der neue harte, politische Führungsstil: „Mit uns oder gegen uns“

Die zweite Präsidentschaft unterscheidet sich wesentlich von der ersten. Cristinas politische Entscheidungen und ihr Führungsstil erinnern zunehmend an diejenigen des verstorbenen Präsidenten Venezuelas Hugo Chávez:

Als die Staatsreserven bereits geschrumpft waren, fasste die Regierung von Cristina Fernández im Oktober 2011 den Entschluss, den Kauf und Verkauf von Devisen zu regulieren; die Freiheit der Argentinier, die aus dem hochinflationären Peso flüchtend in USD sparen, wurde dadurch wesentlich eingeschränkt. Zudem ist das Vertrauen der Argentinier in die Banken seit 2001 ohnehin gestört. Doch auch der Staat und das gesamte Finanzsystem brauchen Devisen. Der Schwarzmarkt blüht seitdem, und der Unterschied zwischen offiziellem und illegalem Wechselkurs steigt auf aktuell 80 Prozent an. So erreichte der USD zuletzt ein Rekordhoch von 9,40 Pesos, während er auf legalem, aber stark beschränktem Wege (per Antragsformular an die Steuerbehörde) für 5,20 Pesos zu haben ist. USD haben zwischenzeitlich in Milliardenhöhe das Land verlassen; die Kapitalflucht steigt weiter an.

Im Februar 2012 ereignete sich eine schwere Tragödie: Ein Vorstadtzug raste ungebremst in eine Zugstation; über 50 Tote waren zu beklagen. Später stellte sich heraus, dass millionenschwere Subventionsgelder nicht wie geplant in die technische Aufrüstung des Zughverkehrs investiert worden waren. Der Sekretär für Transportwesen musste angesichts der Tragödie zurücktreten. Die Gerichtsverfahren laufen; die Hinterbliebenen und Familienangehörigen der Unfallopfer fühlen sich in ihrer Trauer von ihrer Präsidentin verlassen.

Im April 2012 verstaatlichte die Präsidentin die Anteile des spanischen, privaten Erdölkonzerns Repsol an der größten Erdölfirma des Landes, YPF (Yacimientos Petrolíferos Fiscales), wohl als Reaktion auf unterbliebene Investitionen in das Land, um die Produktion zu steigern, denn Argentinien muss heute Öl und Gas importieren (2012 betrug das Handelsbilanzdefizit 9,5 Mrd. USD). International gab es harsche Verurteilungen, von Spanien ausgehend sprach sich die gesamte EU dagegen aus. Die Diskussion im Kongress zog sich stundenlang hin, doch das Gesetzesprojekt setzte sich

rasch durch - ein neuer Stil der „Express-Gesetzgebung“, der sich später in anderen Bereichen wiederholen sollte.

Ende 2012 verabschiedete der Kongress dann das „Wahlrecht mit 16 Jahren“; ein weiterer Eckpfeiler von Cristinas „Jugendstrategie“. Jugendliche, die heute im Alter von 16 Jahren sind, waren vor zehn Jahren, als Néstor Kirchner an die Macht kam, gerade einmal sechs Jahre alt. Sie haben bisher nur den Kirchnerismus erlebt und keinerlei politischen Vergleich. Charakteristisch für Cristinas Macht ist, dass sie vor allem junge Menschen stark anzusprechen scheint, wodurch ihr die Absenkung des Wahlalters nur zugute kommt.

Seit 2011 steigen die Staatsausgaben rasant an; mittlerweile ist der Staat der wichtigste Arbeitgeber. Die Reserven werden knapper, die großen Provinzen sind nahezu bankrott. Ein „ewiges“, nie gelöstes, Problem in Argentinien ist dabei die Umverteilung der Einnahmen zwischen Nation und den Provinzen - ein zentralistisches Machtinstrument, welches auch Cristina bis hinunter zur Gemeindeebene direkt zu nutzen weiß. Die Umverschuldungspolitik von Néstor war für Argentinien sehr erfolgreich; das Land hat heute jedoch keinen Zugang zu den internationalen Finanzmärkten mehr.

Außenpolitisch beweist Cristina Stärke gegenüber Großbritannien im Streit um den Status der Falklandinseln. Anfang 2012 schloss Argentinien mit dem Iran einen höchst umstrittenen Pakt zur juristischen Aufarbeitung des Attentats auf ein jüdisches Kulturzentrum in den 90er Jahren in Buenos Aires. Traditionelle Partner wie die USA, Europa, Brasilien, Chile und Kolumbien werden zunehmend außer Acht gelassen.

Die starken Überschwemmungen im April 2013 hinterließen über 60 Tote und immense Schäden in den Städten Buenos Aires und La Plata. Die Menschen gingen auf die Straße und beschimpften die Ministerin für Soziale Entwicklung, Alicia Kirchner (Schwester von Néstor) und den Gouver-

neur Daniel Scioli. Innerhalb Cristinas Regierung war von Krisenmanagement nichts zu sehen; wieder ließ eine öffentliche Antwort und Anteilnahme der Präsidentin auf sich warten. Die Menschen jedoch sind umso zorniger, da der Tod vieler durch die seit Jahren versprochenen Infrastrukturmaßnahmen und durch besser vorbereitete Rettungsteams hätte vermieden werden können.

Eine Woche danach brachte CFK das Projekt der Justizreform in den Kongress ein. Zur Feier der Demokratie am 10. Dezember war die Idee der „Demokratisierung der Justiz“ geboren worden, bei der Cristina die Körperschaften des obersten Gerichtshofes anprangerte. Innerhalb von drei Wochen wurde der Großteil des Paketes, bestehend aus sechs Gesetzen, nach Marathonsitzungen in Senat und Abgeordnetenkammer verabschiedet. Eine gründliche, breite und vor allem pluralistische Diskussion vor der Präsentation des Entwurfes war ausgeblieben. Die strittigsten Punkte der Reform (z.B. die Wahl der Mitglieder des Richterrates durch das Volk) wurden nur mit knapper Mehrheit in der Abgeordnetenkammer angenommen. Der Generalvorwurf lautet, dass per Wahllisten gewählte Richterratsmitglieder die Unabhängigkeit der Richter beeinflusst und dies zur Straflosigkeit von Machtmissbrauch, Korruption und Geldwäsche durch Politiker führen werde.

Es ist ein Stil, der verwundert. Ein strittiges Projekt jagt das andere, wodurch grundlegende und nach Meinung der Opposition bisweilen sogar verfassungswidrige und demokratiefeindliche Änderungen zustande kommen. Ist das Kirchnerische Gesellschaftsmodell volksnah, nur weil Methoden der direkten Demokratie angewandt werden? Reicht die demokratische Mehrheit, um die Demokratie völlig umzugestalten? Die Republik steht auf dem Spiel, wenn die Verfassung nicht als Kontrolle der Exekutive, sondern als Instrument der Machtkonsolidierung genutzt wird.

Beginn einer neuen Krise?

Seit 2012 greift der Mittelstand zu dem seit 2001 eingeführten Protestmittel des „Cacerolazo“ zurück: Durch lautes Topf-schlagen macht sich das Volk bemerkbar. Es sind friedliche Demonstrationen, zu welchen sich immer mehr Anhänger versammeln. Organisiert über soziale Netzwerke gingen zuletzt am 18. April mehr als eine Million Menschen auf die Straße, motiviert durch das Überschwemmungsunglück und den kurz zuvor aufgedeckten wohl größten Geldwäscheskandal⁹ unter Néstor Kirchner. Cristinas Reaktion: Sie hielt sich außer Landes in Venezuela auf, um der Amtseinführung des neuen Präsidenten und Chávez' Nachfolger Nicolás Maduro beizuwohnen.

CFK ist eine sehr starke Frau. Der Tod ihres Mannes sowie ihres regional stark verbündeten Freundes Hugo Chávez haben ihre Durchsetzungskraft noch erhöht. Leider trägt dieses Charisma nicht nur zum Positiven in der Demokratieentwicklung ihres Landes bei. Mindestens die Hälfte der Menschen fühlt sich politisch nicht mehr vertreten, sondern sieht sich in ihren Grundrechten eingeschränkt. Der mittlerweile autoritäre Stil von Fernández' Regierung ist auch in politischen Diskursen im Kongress, der Volksvertretung, zu erkennen. Dort finden hunderte, teils stark emotionale Monologe statt, anstatt offen und pluralistisch miteinander zu diskutieren. Perfekte Wahlkampagnen, geniale Kommunikationsstrategien und charismatische Auftritte, mit dem Portrait Eva Peróns im Hintergrund, haben ihr zur Macht verholfen. Mit Sozialprogrammen und Unterstützungsgeldern lässt sich die Masse im Zaum halten, solange diese bezahlt werden können. Aber vor allem die Mittelschicht ist heute durch wachsende Unsicherheit, einen rekordteuren USD-Dollar, Infrastrukturkatastrophen und Geldwäscheskandale politisch sensibilisiert. Cristinas Charisma ist so stark, dass es so starke Gefühle wie Liebe und Hass in der Gesellschaft hervorgerufen hat, was an die Figur der Evita erinnert: „von den Armen

geliebt und von den Reichen gehasst“. Heute ist die Bevölkerung innerlich stark gespalten.

Umfragewerte: Wie steht es um CFK heute?

Jüngste Umfragen des Meinungsforschungsinstituts Management & Fit bestätigen, dass heute mehr Argentinier als 2011 mit der Regierung unzufrieden sind: Nur noch 29,3 Prozent der Befragten befürworten Cristinas Regierung. Neu ist allerdings, dass 37,8 Prozent der Wähler, die nach eigenen Angaben 2011 für Cristina stimmten, sie 2014 nicht mehr in der Regierung haben wollen. Insgesamt dürften es mehr als 60 Prozent der Bevölkerung sein, die sich bei den Parlamentswahlen im Oktober 2013 einen Gewinner aus dem Oppositionslager wünschen. Die große Unbekannte ist allerdings, welche Parteien sie im Oktober wählen werden.¹⁰

Die Arbeitslosigkeit beträgt in Argentinien laut dem Nationalen Statistikamt INDEC etwa sieben Prozent. Die niedrige Zahl ist als Erfolg der Kirchnerregierungen zu werten. Als Néstor Kirchner im Mai 2003 Präsident wurde, waren es immerhin 17,8 Prozent. Zwischen 2003 und 2012 wurden etwa 3,5 Mio. Arbeitsplätze geschaffen; ein großes Plus für Cristina, ein Machtausbau zugleich für die starken Gewerkschaften. Gemäß einer Umfrage des Beratungsinstituts Poliarquía Consultores kehrt in der Bevölkerung nach langer Zeit die Sorge um eine drohende Arbeitslosigkeit zurück: Etwa 40 Prozent der Befragten haben den Eindruck, dass sich die Beschäftigungssituation im letzten Jahr verschlechtert hat. 49 Prozent geben an, ihre größte Sorge sei der Verlust des Arbeitsplatzes, noch stärker als die Befürchtung, mit der Gehaltsentwicklung hinter der Inflation zurückzubleiben. Ein positives Bild von ihrer Präsidentin haben heute etwa 35 Prozent der Bevölkerung; seit dem aufgedeckten Geldwäscheskandal ein Minus von acht Punkten.¹¹

Zahlen zu sozialer Entwicklung und Demokratie: Was hat CFK geleistet?

Berichte der Vereinten Nationen zur menschlichen Entwicklung in Argentinien belegen, dass das Land und seine Gesellschaft ein hohes Potenzial haben. Die Entwicklung sei jedoch in den letzten Jahrzehnten hinter diesen zurückgeblieben. Die wertvolle Interaktion zwischen Gesundheit, Bildung und Wirtschaftswachstum hat mittlerweile abgenommen. Argentinien investiert zehn Prozent des BIP in Gesundheit und 5,8 Prozent in Bildung. Als „rising stars“ von Südamerika werden Brasilien, Mexiko und Chile bezeichnet. Der weltweite Wohlstandsindex 2012 reiht Argentinien an 45. Stelle, hinter Chile (40.), jedoch eindeutig vor Uruguay (51.), Mexiko (61.), Venezuela (71.) und Brasilien (85.).¹² Argentinien hat traditionell die größte Mittelschicht Lateinamerikas, ein großes Unternehmertum und bietet noch immer eine relativ hohe Lebensqualität. Welchen Anteil CFK als ihren Beitrag zur Entwicklung verbuchen darf, ist jedoch umstritten. Von einer außerordentlichen Entwicklung gehen Befürworter der Präsidentin aus; von einer „verlorenen Dekade des Kirchnerismus mit jeder Menge Rückschritte“ die Gegner. Die Wahrheit wird in der Mitte liegen. Die internationale Krise 2009 konnte das Land jedenfalls relativ gut überdauern.

Die Katholische Universität von Argentinien hat eine „Beobachtungsstelle der Sozialen Schuld“ eingerichtet, welche die sozialen Fortschritte misst. Dem Bericht zufolge kam das seit 2003 erfolgreiche, neue Wachstumsmodell im Jahr 2007 zum Stottern, als sich die Inflation beschleunigte und die Schaffung von qualitativen Arbeitsplätzen zurückging. Sowohl missglückte Entscheidungen in der Innenpolitik als auch Auswirkungen der internationalen Krise führten ab 2008 zu einem Rückgang der Wirtschaft, zu einem Anstieg der Armut und einem Abstieg der sozialen Erwartungshaltungen. Im Jahre 2010 erholte sich die Wirtschaftslage wieder, jedoch mit nur geringfügigen Verbesserungen für die soziale Ent-

wicklung und Integration. 2007-10 wurde die Schere zwischen extrem reichen und armen sozialen Schichten breiter. Die zwischen 2004 und 2010 neu geschaffenen Arbeitsplätze erreichten diesem Bericht zu Folge kaum die untersten sozialen Schichten. Ein flexibles Pensionssystem wirkte sich positiv aus, jedoch zahlen noch immer zu wenige in die Sozialversicherung ein (etwa 35 Prozent der Beschäftigung liegt im informellen Bereich). Die Reallöhne sind in den letzten Jahren stark gestiegen, was als Erfolg gewertet wird. Das Vertrauen der Zivilgesellschaft in die Institutionen der Republik, in politische Parteien und Gewerkschaften hält sich (auch zehn Jahre nach der Krise) in Grenzen; mehr „Ansehen“ genießen NROs, Kirchen und die Medien.¹³

Ein vorrangiges Thema für die soziale Entwicklung in Argentinien ist die reale Chancengleichheit: Erziehung, Bildung und Berufsausbildung, gepaart mit einer Stärkung der Familie als Nukleus der gesellschaftlichen Entwicklung müssten mehr in den Fokus der Politik rücken. Eine solche gemeinsame, auf einem gesellschaftlichen Konsens basierende „Vision“ konnte noch nicht erreicht werden. Andererseits wäre es gerade die Bildung, welche langfristig die stark divergierenden sozialen Schichten zu „einer Nation“ verschmelzen könnte.

Gemäß dem Bericht von „Latino-barómetro“¹⁴ über die öffentliche Meinung zur Demokratie liegt die Zustimmung für die Demokratie als „beste Regierungsform in Argentinien“ bei 70 Prozent, über dem regionalen Durchschnitt von 58 Prozent. Defizite in Argentinien's Demokratie gibt es den Befragten nach allem voran hinsichtlich der Korruption (61 Prozent), in zweiter Linie hinsichtlich der sozialen Gerechtigkeit (53 Prozent), gefolgt von Transparenz im Staat (46 Prozent), Bürgerbeteiligung (35 Prozent) und der Konsolidierung der Parteien (21 Prozent). Defizite in Korruption und soziale Gerechtigkeit liegen in Argentinien weit über den lateinamerikanischen Durchschnittswerten (48 Prozent und 33 Prozent). Heutzutage scheint es mit Blick auf die Demokratie-

entwicklung in Argentinien vor allem ein gravierendes Problem mit der Rechtsstaatlichkeit zu geben.

Fazit und Ausblick

Lateinamerika hat sich über die letzten zehn Jahre hinweg ein neues, starkes Selbstbewusstsein erarbeitet. Die stolzen Nationen beschreiten wirtschaftlich, sozial, kulturell und manche von ihnen sogar politisch neue Wege. Néstor und Cristina Kirchner verkörpern für viele Argentinier diesen neuen, unabhängigen, argentinischen Weg. Sie möchten ein Land schaffen, das sich unbeeindruckt durch die USA, unabhängig von Europa, verbündet mit ausgewählten Ländern der Region, und vor allem den internationalen Finanzinstituten trotzend auf eigene Beine stellen kann. Es ist ein wichtiger Weg für Argentinien als Nation; nach der letzten schweren Krise 2001/2002 konnte der Kirchnerismus - heute als linkspopulistische Spielart des Peronismus einzuschätzen¹⁵ - der Nation neuen Glanz und Stolz verleihen.

CFK - als „Frau an der Macht“ – ist zweifelsohne Triebkraft für den politischen und gesellschaftlichen Um- und Aufbruch ihres Landes, in positiver wie in negativer Hinsicht.

Eine wesentliche Charaktereigenschaft, welche sich durch den politischen Diskurs und die Entscheidungsfindung von Cristinas Kabinett zieht, ist die Schaffung eines Feindbildes, durchaus mit theatralischen und perfekt inszenierten Elementen. Sie regiert, sie ändert, sie „demokratisiert“, um einen Feind zu besiegen. Der Feind ist entweder die mächtige Mediengruppe Clarín, der Regierungschef der Hauptstadt Mauricio Macri oder der Oberste Gerichtshof. „Gegen jemanden zu sein“ ist die Rechtfertigung für teils radikale Umbrüche, welche jedoch die Verfassungsmäßigkeit und Rechtsstaatlichkeit in Gefahr bringen. So hat sich scheinbar das Feindbild vom historisch bedingten Großgrundbesitzer über die Industriemagnaten und Großunternehmer auf die Mittelschicht („Topfklopfer frisch aus dem Miami-

Urlaub“) verlagert. Sind das „Hausgemachte Rezepte“ des populistischen Sozialismus des 21. Jahrhunderts? Ob mit oder ohne sozialistische Überzeugung, diese Strategie hat aus einem rein pragmatisch-politischen Blickwinkel wunderbar funktioniert.

Das von Néstor Kirchner aufgebaute politische „Modell“ für das Andenland ist unter dem „Cristinismo“ radikalisiert worden. Ja, es kommt zu einem Wandel, und die Frau an der Macht hat einen gesellschaftlichen Umbruch im „europäischsten Land Südamerikas“ eingeleitet. Die Frage ist bloß: Wohin führt dieser Weg?

Argentiniens Gesellschaft konzentriert sich gerne auf den Einzelnen. Politische Führungspersonen werden von den Medien bis ins Detail analysiert; zu sehr dreht sich daher die Diskussion um die Präsidentin: Was denkt sie, was fühlt sie, welches Herzensanliegen hat sie, was ist ihr nächstes politisches Projekt? Zu wenig fragt sich der Argentinier selbst, welche Zukunft er sich eigentlich für sein Land wünscht. In einer Repräsentationskrise artikulieren schwache Parteiorganisationen den Willen des Volkes nicht mehr. Das Programm ist die Person und nicht die Partei oder die politische Institution. Die Wählerschaft verlangt starke Führungspersönlichkeiten und nimmt dabei scheinbar zu viel Machtansammlung in Kauf. Doch „ewige Geduld“ mit der politischen Elite scheint jedes Mal erneut in eine Sackgasse zu führen.

Viele politische Führungsfiguren meinen, dass Cristinas politische Führung so stark sei, dass sie die einzige sei, die das Modell des „Nationalen Volksprojektes“ weiterführen könne. Wenn das die Stimmung im Regierungslager ist, ist das Projekt der Verfassungsänderung, um 2015 ein drittes Mandat von CFK in Folge zuzulassen, nicht mehr auszuschließen. Ein Weg, welcher die starke Frau am Río de la Plata sehr viel Kraft kosten wird. Ein Weg, den Hugo Chávez gegangen ist, und das ganze 14 Jahre lang.

Etwa 11.400 km entfernt gibt es jetzt eine andere, mächtige Argentinierin: Prinzessin Máxima Zorreguieta ist nun Königin der

Niederlande. Neben Papst Franziskus, dem „geistlichen“ Botschafter Argentiniens in der Welt, wird Königin Máxima auch als „politische“ Botschafterin des Landes verstanden. Hinter beiden, und auch hinter dem weltbesten Fußballer Lionel Messi als „kulturellem“ Botschafter, steht die argentinische Nation - endlich als Einheit begriffen?

„Jetzt fehlt es uns an nichts mehr“, so Präsidentin Cristina am 30. April: „Wir haben den Papst, eine Königin und Messi!“¹⁶

|| DR. MARIELLA FRANZ

Auslandsmitarbeiterin Argentinien

ANMERKUNGEN

- 1 Carlos Menem war von seiner Kandidatur zurückgetreten und hatte auf den zweiten Wahlgang, die Stichwahl gegen Nestor Kirchner, verzichtet.
- 2 Ciappa, Cesar/ Di Gresia, Luciano / Onofri, Alejandro (2007): „Evaluación de impactos económicos y sociales de políticas públicas en la cadena agroindustrial“, S. 2, sowie Szewach, Enrique (2011): El aporte de la agroindustria. Hacia un progreso sostenible, S. 2, 22, 23, 63/Punkt 8 http://www.foroagroindustrial.org.ar/pdf/final_home_old.pdf sowie http://www.foroagroindustrial.org.ar/pdf/Doc2011_foroagro_final.pdf [29.05.2013].
- 3 Der Frente para la Victoria FPV, Front für den Sieg, ist eine Wahlplattform des Partido Justicialista PJ („Gerechtigkeitspartei“). Die PJ ist mehr als politische Bewegung denn als institutionalisierte Partei zu verstehen, sie ging aus dem Peronismus hervor. Gegründet von Juan Domingo Peron sind in der PJ viele ideologisch unterschiedlich geprägte Strömungen zu finden („von links nach rechts“); der FPV, auch als „Kirchnerismus“ bezeichnet, wird als links-nationalistisch eingestuft
- 4 Agustín Salvia, Bianca Musante, Alejandro Mendoza Jaramillo (2013): Informe de prensa. Observatorio de la Deuda Social Argentina, URL http://www.uca.edu.ar/uca/common/grupo68/files/COMUNICADO_D E_PRENSA_AUH_Pobreza.pdf [31.5.2013]
- 5 Clarín ist die finanzstärkste Mediengruppe Argentiniens. Sie besitzt u.a. den Fernsehsender Canal 13, den Kabelnetzbetreiber Cablevisión, die Sportzeitung Olé sowie die Gratiszeitung La Razón. Sie ist auch an den Zeitungen Página/12 und La Voz del Interior beteiligt. Dadurch hat die Gruppe z.B. beim bezahlten Fernsehen einen Marktanteil von über 70 Prozent. Zu den Besitzern der Clarín-Gruppe gehört die spanische Telefónica. Bis Mitte 2012 war auch die Investmentbank Goldman Sachs mit 9,11 Prozent an der Clarín Gruppe beteiligt. Goldman Sachs verkaufte ihre Anteile nach einer Niederlage des Konzerns vor einem argentinischen Gericht.
- 6 Siehe IWF, Pressemeldung 13/33 vom 01. 02.2013 URL http://www.imf.org/external/spanish/np/sec/pr/2013/pr1333s.htm#P22_1029 sowie IWF (2013): Perspectivas Economicas-Las Americas: Tiempo de reforzar las defensas macroeconómicas URL <http://www.imf.org/external/spanish/pubs/ft/reo/2013/whd/wreo0513s.pdf> [31.05.2013].
- 7 Zur „La Cámpora“ siehe: Di Marco, Laura (2012): La Cámpora. Historia secreta de los herederos de Néstor y Cristina Kirchner, Buenos Aires.
- 8 Artikel von Infobae, El Mundo, Clarin (2012): Solo hay que tenerle miedo a Dios y a mi (un poquito) URL <http://www.infobae.com/notas/669147-.html>; <http://www.elmundo.es/america/2012/09/07/argentina/1347027174.html>; http://www.clarin.com/politica/titulo_0_769723071.html [30.05.2013].
- 9 Skandal um Machenschaften zwischen Néstor Kirchner und dem Unternehmer Lázaro Baez.
- 10 Vgl. Onlineartikel der Tageszeitung Clarín (28.4.2013): El 37,8% de los votantes de Cristina ya no quiere que el oficialismo gane, URL http://www.clarin.com/politica/votantes-Cristina-quiere-oficialismo-gane_0_909509125.htm [29.04.2013]. Zum Vertrauen in die Regierung vgl.: Escuela de Gobierno de la Universidad Torcuato di Tella (2013): Índice de confianza en el gobierno, URL http://www.utdt.edu/ver_contenido.php?id_contenido=1351&id_item_menu=2970 [29.04.2013].
- 11 Vgl. Brea, Jose Luis (2013): Casi la mitad de la gente teme perder el empleo, URL <http://www.polarquia.com/pdf/P2.pdf> [27.04.2013]. sowie Kritiz, Ernesto (2013): Todo bien pero surgen signos de preocupación, in: La Nación vom 24.03.2013, S. 20.
- 12 Malik, Khalid (2013): Human Development Report 2013. The Rise of the South: Human Progress in a Diverse World, S. 1, 15ff, 21ff, URL http://hdr.undp.org/en/media/HDR2013_EN_Summary.pdf [29.04.2013], sowie Herrero, Martin Santiago u.a. (2010): Informe Nacional sobre Desarrollo Humano 2010. Desarrollo Humano en Argentina: trayectos y nuevos desafíos, S. 14, 52, 76, 81, URL http://hdr.undp.org/en/reports/national/latinamericathecaribbean/argentina/Argentina_INDH_2010.pdf [29.04.2013].
- 13 Vgl. Salvia, Agustín u.a. (2011) : Informe Especial 2011 “Deudas y progresos sociales en un país que hace frente a su bicentenario. Argentina 2004-2010”, Buenos Aires, S. 4,5,59 [25.04.2013], URL <http://www.uca.edu.ar/uca/common/grupo68/files/evolucion-general.pdf>. Mittels fünf Indikatoren wird die menschliche Entwicklung und soziale Integration gemessen: Lebensraum und wirtschaftliche Situation der Haushalte; Beschäftigung, Unterbeschäftigung und Zugang zu Sozialversicherung; psychosoziale Ressourcen für menschliche Entwicklung; Vertrauen, Teilhabe und Bürgersicherheit.
- 14 Corporación Latinobarómetro (2011): Informe 2011 (Santiago de Chile), S 38 ff, URL <http://www.latinobarometro.org/latino/LATContenidos.jsp> [22.04.2013].
- 15 Zu den „Spielarten“ des Peronismus vgl. Zingoni, Norberto (2009): El Peronismo y sus máscaras. El enigma del país inacabado, Buenos Aires.
- 16 Vgl. La Nacion (2013): Cristina Kirchner: “Tenemos Papa, Reina y Messi, no nos falta nada” 30.04.2013, URL <http://www.lanacion.com.ar/1577872-cristina-kirchner-tenemos-papa-reina-y-messi-no-nos-falta-nada> [30.04.13].

DIE KIRGISISCHE FRAU IN DER POST-SOWJETISCHEN EPOCHE

MAX GEORG MEIER ||

Während der Ära der Sowjetunion entwickelte sich die Bewegung für Frauenrechte auch in Kirgisistan. Als Ergebnis davon verbesserte sich die Stellung der kirgisischen Frau wesentlich und ihre formelle Beteiligung am gesellschaftlichen und politischen Leben wurde gestärkt. Trotz erheblicher Fortschritte konnten aber auch in der Sowjetunion einige Probleme bezüglich der Stellung der Frau nicht gelöst werden. Die sozio-ökonomische Entwicklung und auch die einsetzenden gesellschaftspolitischen Veränderungen in der post-sowjetischen Zeit (nach der Unabhängigkeit im Jahre 1991) verstärkten diese Tendenz sogar noch.

Die Stellung der kirgisischen Frau in der sowjetischen Ära

Die sowjetische Exekutive maß der Emanzipation der Frauen in Zentralasien große Bedeutung zu. Frauen wurden als wichtige Arbeitsressource für die Entwicklung der Wirtschaft angesehen. Zur sowjetischen Frauenpolitik gehörten die rechtliche Gleichstellung von Mann und Frau, die Beteiligung der Frauen an der gesellschaftlichen Produktion und deren sozialer Schutz (Schwangerschaftsurlaub, Kinderbetreuungsgeld etc.). Damit wurden die formellen Bedingungen dafür geschaffen, dass Frauen ihre Berufstätigkeit mit dem Leben in der Familie kombinieren konnten.

Allgemein muss jedoch gesagt werden, dass es den jeweiligen sowjetischen Regie-

rungen nicht gelungen ist, die traditionelle Verteilung von Rechten und Pflichten in der kirgisischen Familie zu verändern. Im Gegenteil: Die Ausbeutung der Frauen erlangte eine neue Dimension. Zu der familiären Beanspruchung kam noch die Belastung in der Produktion und in der ehrenamtlichen sozialen Arbeit (Partei, lokale Räte und Gewerkschaften). Der Unterschied in den Lebens- und Bildungsstandards der städtischen Frauen und der Frauen in den ländlichen Gebieten blieb bis zum Ende der Sowjetunion erhalten. Aber Experten betonen einstimmig, dass trotz allem in der sowjetischen Ära wirkungsvolle Instrumente zur Anwendung kamen, um die Stellung der Frauen zu verbessern.¹

Ein während der Sowjetzeit eingeführtes Quotensystem sah ein Drittel der Führungspositionen in der Wirtschaft und in der öffentlichen Verwaltung für Frauen vor. Während dieser Zeit erhöhte sich das Ausbildungsniveau von Frauen in Kirgisistan deutlich und ihr sozialer Status in der Gesellschaft verbesserte sich. Während die Lebenserwartung von Männern und Frauen in der vorsowjetischen Zeit etwa gleich war, stieg die der Frauen in der Sowjetunion an und übertraf letztendlich die der Männer. Ein umfassendes System für den sozialen Schutz der Frauen wurde etabliert. Die Eröffnung von immer mehr Krankenhäusern und Kindergärten waren symbolisch dafür. All dies brachte Zentralasien und Kirgisistan den europäischen Standards näher und

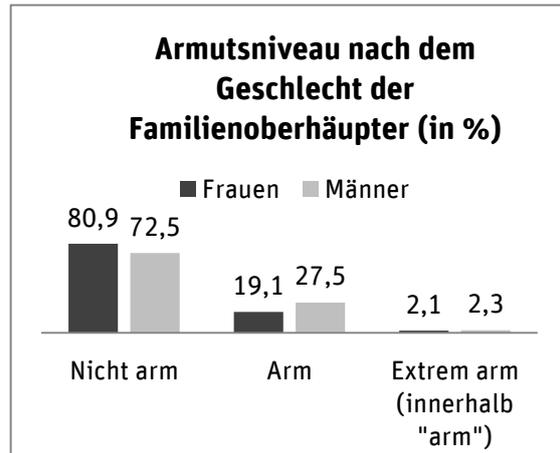
übertraf bei weitem die damaligen Verhältnisse in Asien.²

Stellung der kirgisischen Frau in der postsowjetischen Epoche

Trotz erheblicher Fortschritte konnten aber auch in der Sowjetunion einige Probleme bezüglich der Stellung der Frau nicht gelöst werden. Obwohl die Emanzipation der Frau systematisch gefördert wurde, blieben die diesbezüglichen traditionellen Verhaltensnormen vor allem in den zentralasiatischen Ländern (einschließlich Kirgisistan) weiter erhalten. Immer noch wurde in dieser Region die traditionelle Aufgabe der Frau in der Kinderbetreuung, in der Fürsorge für den Mann und in der Führung des Haushalts gesehen.

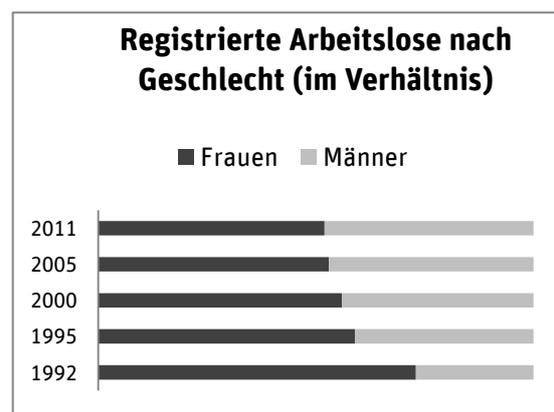
Nach der Erlangung der Unabhängigkeit im Jahre 1991 erhöhte sich die Armutsrate in Kirgisistan. Als Ergebnis der anhaltenden Wirtschaftskrise erreichte diese im Jahre 2000 einen kritischen Wert von 62,6 Prozent.³ Erst nachdem sich der Aufbau der Wirtschaft zu Beginn des 21. Jahrhunderts wieder beschleunigte, konnte eine Steigerung des Bruttosozialprodukts und eine Abnahme der Armutsrate verzeichnet werden. Trotzdem gilt Kirgisistan auch heute noch als eines der ärmsten Länder der Welt. Im Jahre 2011 lag der Prozentsatz der Bevölkerung, der unter der Armutsgrenze lebt, bei 36,8 Prozent. Die Armutsrate unter den Familien mit fünf und mehr Kindern beträgt immer noch mehr als 90 Prozent.⁴

Bemerkenswert ist jedoch die Tatsache, dass Familien, in denen die Frau als faktisches Oberhaupt gilt, weniger von Armut betroffen sind als die Familien, in denen der Mann die Entscheidungen trifft. Diese Tendenz bestätigen auch Studien, in denen Indikatoren für die verschiedenen Stufen von Armut dargestellt werden.⁵



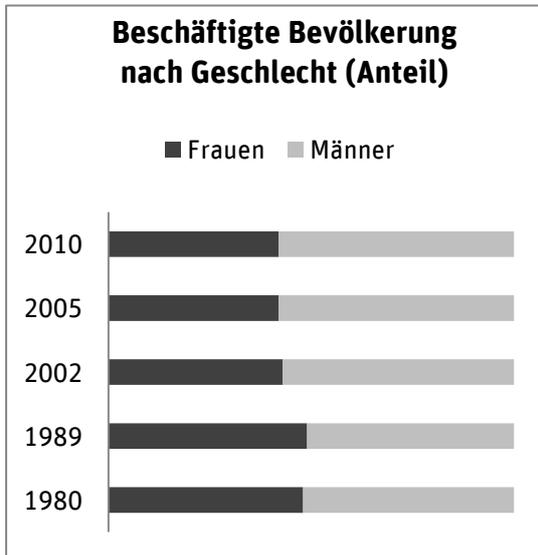
Grafik 1: Nationaler statistischer Ausschuss der kirgisischen Republik (2010), Sammlung von geschlechtergetrennten Statistiken, Bischkek, S.109.

Die Abschaffung des sowjetischen Modells der Vollbeschäftigung, die Einführung des Modells der Beschäftigung nach Leistung und der Verlust der staatlichen Kontrolle in der landesweiten Personalpolitik schwächte unmittelbar nach der Unabhängigkeit des Landes (1991) die Situation der Frau auf dem kirgisischen Arbeitsmarkt erheblich. Die Folge der eingeleiteten marktwirtschaftlichen Reformen war zunächst eine steigende Arbeitslosigkeit unter Frauen. Die geschlechterspezifische registrierte Arbeitslosigkeit hat sich jedoch anschließend bis 2011 wieder sehr angeglichen.⁶



Grafik 2: Nationaler statistischer Ausschuss der Kirgisischen Republik (2012): Anzahl der registrierten Arbeitslosen nach Geschlecht und Alter, URL <http://www.stat.kg/stat.files/din.files/trud/1070017.pdf> [03.04.2013].

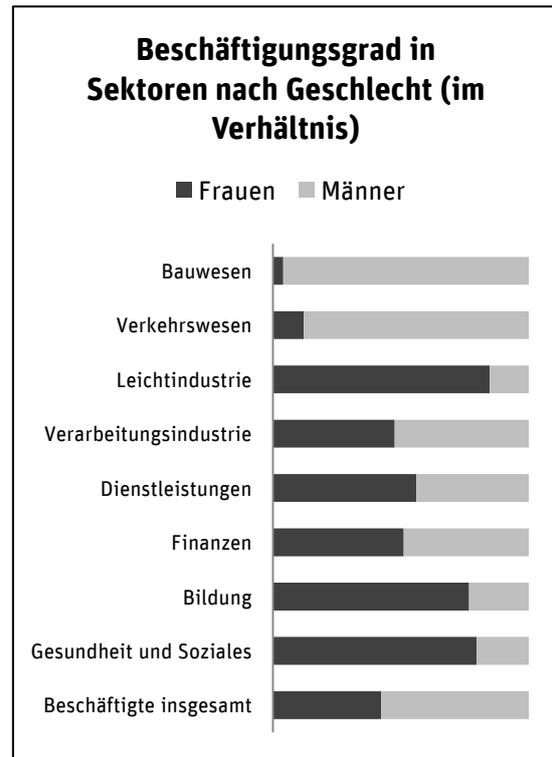
Dennoch machte im Jahre 2012 der Anteil der Frauen an der gesamten beschäftigten Bevölkerung in Kirgisistan immer noch 42 Prozent aus.



Grafik 3: Staatlicher statistischer Ausschuss der UdSSR (1990): Statistisches Jahrbuch der Volkswirtschaft der UdSSR im Jahre 1989, Moskau, S.53 und Nationaler statistischer Ausschusses der Kirgisischen Republik (2012): Anzahl der Beschäftigten nach Geschlecht und Alter, URL <http://www.stat.kg/stat.files/din.files/trud/1070017.pdf> [03.04.2013].

Die aktuellen Tendenzen in der Hochschulbildung und auf dem Arbeitsmarkt weisen jedoch auf eine wachsende Arbeitsteilung nach Geschlecht hin. Diese ist auch das Ergebnis der traditionellen sowjetischen Arbeitsteilung, wo der Anteil der Frauen unter den Mitarbeitern in den Bereichen Bildung, Gesundheitswesen, soziale Fürsorge und Leichtindustrie mehr als 70 Prozent betrug. Trotz der relativ hohen weiblichen Beschäftigungsquote besetzen diese aber nur 29,1 Prozent aller leitenden Funktionen im Lande. Der größte Anteil von Frauen in Führungspositionen ist heute in den Bereichen Bildung, öffentliche Verwaltung, sowie Finanz- und Gesundheitswesen anzutreffen. Darüber hinaus sind kirgisische Frauen im Vergleich zu den Männern schlechter bezahlt. Im Jahre 2011 betrug das durchschnittliche Gehalt einer Frau 78,6 Prozent des durchschnittlichen Gehaltes eines Mannes. Genauso verhält es sich bei den durchschnittlichen Renten: Die der

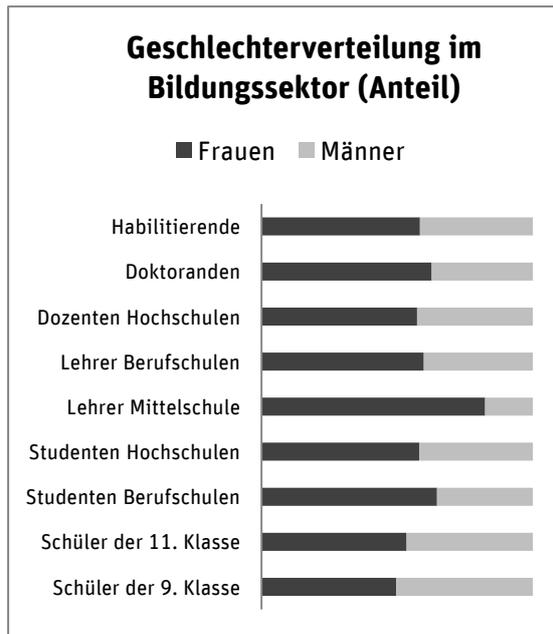
Frauen macht lediglich 86,5 Prozent der Rente von Männern aus.⁷



Grafik 4: Nationaler statistischer Ausschuss der Kirgisischen Republik (2012): Lebensniveau der Bevölkerung im Jahre 2011, Bischkek, S. 39.

Die heutige Unterfinanzierung des staatlichen Gesundheitssektors und die Verschlechterung der finanziellen und sozialen Situation der Frauen, insbesondere in den ländlichen Regionen, führten zu einem Anstieg der Müttersterblichkeit in Kirgisistan. Während im Jahre 2000 die Müttersterblichkeit 45,5 Todesfälle pro 100.000 Lebendgeburten betrug, erhöhte sich diese Zahl im Jahre 2011 auf 54,8.⁸ Darüber hinaus wurden fast 80 Prozent der Müttersterblichkeit auf dem Lande registriert.

Laut Angaben des nationalen statistischen Ausschusses aus dem Jahre 2010 besuchten fast alle kirgisischen Mädchen im Alter von 7 bis 15 Jahren (96,3 Prozent) die obligatorische Grund- und Mittelschule. Laut einer offiziellen statistischen Erfassung aus dem Jahre 2009 betrug die Alphabetisierungsrate bei Frauen im Alter von 15 Jahren und älter 99 Prozent (Männer: 99,5 Prozent).⁹



Grafik 5: Nationaler statistischer Ausschuss der Kirgisischen Republik (2010): Frauen und Männer in der Kirgisischen Republik, in: Sammlung von geschlechtergetrennten Statistiken, Bischkek, S. 17-19.

Während der Anteil der weiblichen Studierenden in berufsbildenden Hochschulen 2009 (insgesamt 234.000 Studierende) um 58 Prozent gestiegen ist, nahm die dortige Geschlechtertrennung in der Wahl des Studienfaches zu. So bilden Frauen die Mehrheit der Studierenden in den Lehrberufen und in Fachrichtungen, die dem Dienstleistungssektor und den Geisteswissenschaften zugerechnet werden. Gleichzeitig machen Frauen nur ein Drittel der Studierenden im landwirtschaftlichen Bereich aus. In den Fächern Bau und Architektur sind nur ein Viertel der Studierenden Frauen. Bei der Ausbildung des Personals der Transportindustrie zählt man letztlich nur zehn Prozent Frauen.

Die oben angeführte Grafik 5 zeigt, dass Frauen im Bildungsbereich im Durchschnitt viel erfolgreicher als Männer sind. Warum sich dies nicht unmittelbar auf deren berufliche Situation niederschlägt und sie nicht öfter berufliche Führungspositionen einnehmen, darüber sind noch keine wissenschaftlichen Studien verfügbar. Es kann nur vermutet werden, dass auch hierfür wieder-

rum die patriarchalische Struktur der kirgisischen Gesellschaft der Grund ist.

Die Verteilung der Bevölkerung in Kirgisistan nach Geschlecht ist sehr unterschiedlich. Der Anteil der Frauen in den Städten ist höher als der von Männern und beträgt 52,7 Prozent. Auf dem Lande, wo auch die Geburtenziffer hoch ist, sind die Männer mit 50,5 Prozent in der Mehrzahl. Grund dafür ist, dass auf dem Lande immer noch schwere körperliche Arbeit verlangt ist, während in den Städten Frauen leichtere Arbeiten (Handel, Dienstleistung,...) finden können. Die Altersstruktur der kirgisischen Bevölkerung wird demografisch als jung klassifiziert: Zu Beginn des Jahres 2010 waren 32,3 Prozent Kinder (bis zwölf Jahre) und Jugendliche (13 bis 18 Jahre), 59,5 Prozent waren Personen im erwerbsfähigen Alter (Männer: 15-62 Jahre; Frauen: 15-57 Jahre) und nur 8,2 Prozent der Bürger waren Rentner (Männer: ab 63 Jahre; Frauen: ab 58 Jahre). Im Jahre 2009 betrug die Lebenserwartung bei der Geburt von Jungen 65,2 Jahre, bei der Geburt von Mädchen 73,2 Jahre.¹⁰

Nach den Ergebnissen der Volkszählung von 2009 ist der größere Teil der Bevölkerung mehr als 15 Jahre verheiratet.¹¹ Ab dem Jahre 2001 wurden im Vergleich zu den vorausgegangenen Jahren mehr Ehen registriert. Die meisten Ehen sowohl bei Männern als auch bei Frauen werden im Alter zwischen 20 und 29 Jahren geschlossen (ca. 70 Prozent der gesamten Ehen). Jede sechste Ehe wird geschieden. Dies passiert in den Städten dreimal öfter als auf dem Lande. Kirgisische Frauen in den Städten gelten als selbstbewusster und kritischer gegenüber ihrem Ehepartner. Im ländlichen Raum ist die soziale Kontrolle der Umgebung stärker, was Frauen vor einer Ehescheidung oft zurückschrecken lässt. Die Gründe für das Scheitern von Ehen sind in Stadt und Land in etwa dieselben: Überstürzte Heirat (Brautraub), unrealistische Erwartungen an die Ehe gekoppelt mit Un-

zufriedenheit, Gewalt in der Ehe, Generationenkonflikte in erweiterten Familien, etc.

Laut den Angaben der letzten Volkszählung ist in Kirgisistan der Typ der Nuklearfamilie dominierend geworden (60,8 Prozent). Eine solche Familie besteht aus den Eltern (oder auch einem Elternteil) und den nicht verheirateten Kindern bzw. nur aus dem Ehepaar. Nur 26,2 Prozent der Familien gelten als erweiterte Familien, wobei auch bereits verheiratete Kinder noch in der Familie wohnen. Ein weiterer wichtiger Aspekt ist die Änderung in der Meinung der Gesellschaft zur Institution Ehe, was zur Steigerung der Anzahl der alleinerziehenden Mütter führte. 42 Prozent der alleinerziehenden Mütter erhalten aktuell in Form von monatlichen Zahlungen staatliche Hilfe.

In Kirgisistan erledigt heutzutage die Frau größtenteils die Hausarbeit. Frauen verwenden drei Mal mehr Zeit für häusliche Arbeit als Männer und zwei Mal mehr Zeit investieren sie in die Erziehung der Kinder. Männer verfügen über sechs Stunden Freizeit pro Tag, was 1,2-mal mehr ist als bei den Frauen. Es muss jedoch auch angeführt werden, dass Männer im Vergleich zu Frauen 1,5-mal mehr mit ihrer Hauptarbeit beschäftigt sind.¹² In den Jahren nach der Unabhängigkeit setzte die kirgisische Politik eine Reihe von wichtigen Veränderungen um, die den Status der Frauen verbessern sollten. 1996 ratifizierte Kirgisistan die UN-Konvention zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau, 2003 das Gesetz über die staatliche Garantie für die Gewährleistung der Gleichberechtigung der Geschlechter, 2003 weiterhin das Gesetz über den sozialen und rechtlichen Schutz vor Gewalt in der Familie und 2008 das überarbeitete Gesetz über staatliche Garantie für gleiche Rechte und Möglichkeiten von Männern und Frauen. Daraus resultierte dann auch die Bildung und Entwicklung einer selbständigen politischen Frauenbewegung in Kirgisistan. Heute sind in der jungen Republik mehr als 2.000 Nichtregierungsorganisationen tätig. Darunter befinden sich 160 mit dem Ziel, die nationalen Frauenrechte

zu schützen. Sie arbeiten in engem Kontakt mit der Bevölkerung sowohl auf der Ebene der Dorfgemeinschaften als auch im Rahmen von städtischen Vereinigungen. Mit Hilfe internationaler Entwicklungsagenturen haben sie ihre Kapazität ständig weiterentwickeln können. Doch trotz deren bedeutender Erfolge (Beitrag zur Verabschiedung von Gesetzen zur Geschlechtergleichberechtigung, aktivere Partizipation der Frauen am politischen und gesellschaftlichen Leben) bleibt das sozio-ökonomische und politische Potential der Frauen in Kirgisistan unausgeschöpft. Die Frauenbewegung wird im politischen Leben des Landes nur als marginal angesehen. Weiter dominieren in der Gesellschaft Ansichten, Meinungen und Stereotypen der traditionellen patriarchalischen Ideologie.

Projekte der HSS

Die Projektarbeit der HSS in Zentralasien zielt seit dem Jahre 2002 schwerpunktmäßig auf die Ausbildung junger öffentlich Bediensteter aus der kommunalen und öffentlichen Verwaltung ab. Zu Ende April 2013 hatten 1.129 junge kirgisische Beamte die von der HSS unterstützten Ausbildungsprogramme absolviert und 322 aktive Studenten setzten das Studium fort. Bei der Auswahl der Stipendiaten/innen für die ein- bis zweijährigen Masterprogramme werden alle Regierungsbezirke Kirgisistans gleichmäßig mit Quoten bedacht und auch eine strikte Genderpolitik praktiziert. 35 Prozent der Absolventen der von der HSS unterstützten Masterprogramme erfahren innerhalb eines Jahres nach Studienabschluss in der kirgisischen kommunalen oder öffentlichen Verwaltung einen beruflichen Aufstieg, wobei der Anteil der Frauen mit etwa 40 Prozent beziffert werden kann.

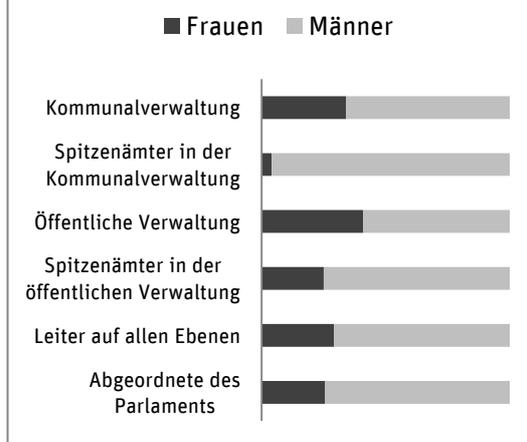
Kirgisische Frau in Politik und Verwaltung

Zur Sowjetzeit waren mehr als 30 Prozent der Abgeordneten Frauen. In der Übergangsperiode nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion nahm der Anteil der Frauen im Parlament wesentlich ab. Deshalb sah das neue Wahlgesetz aus dem Jahre 2007 eine Regelung vor, welche den Anteil der Frauen im Parlament erhöhen sollte. Parteien wurden jetzt verpflichtet, auf ihren Kandidatenlisten Kontingente für Frauen, ethnische Gruppen und die unterschiedlichen Altersgruppen auszuweisen.

Als Ergebnis davon waren im Jahr 2009 25 Prozent der Parlamentsabgeordneten Frauen. Jedoch sank nach den letzten Parlamentswahlen von 2010 der Anteil der Frauen im kirgisischen Parlament leicht auf 23,3 Prozent. Der Anteil der Frauen im gesamten öffentlichen Dienst machte im Jahr 2010 dagegen circa 40 Prozent aus, wobei aber nur wenige von ihnen Führungspositionen einnahmen. Auch in der kommunalen Selbstverwaltung sind Frauen nur schwach vertreten.¹³ Laut den Ergebnissen der letzten Kommunalwahlen vom November 2012 betrug der Frauenanteil in den Gemeinde- und Stadträten nur 13,4 Prozent.¹⁴ Allgemein sollte darauf hingewiesen werden, dass Frauen wenig in die Gestaltung der nationalen Politik involviert sind, obwohl sie 52 Prozent der kirgisischen Wählerschaft ausmachen. „Die kirgisische Politik wird hauptsächlich von Männern bestimmt, wodurch sich auch erklärt, warum die Probleme von Frauen nicht gelöst werden.“¹⁵

Auffallend ist jedoch, dass in der Geschichte Kirgisistans in schwierigen Krisenzeiten immer wieder politische Führerinnen auf den Plan traten. Das letzte Beispiel dafür ist Rosa Otunbajewa, die nach der Volksrevolution vom April 2010 als Übergangspräsidentin das Land aus der Krise führte.

Geschlechterverteilung in der öffentlichen Verwaltung (im Verhältnis)



Grafik 6: Gesellschaftliche Vereinigung „Zentrum für Hilfeleistung an Frauen“ (2013): Nationaler runder Tisch zur Beteiligung von Frauen an der Staatsverwaltung in der Kirgisischen Republik - Probleme und Perspektiven, URL <http://www.wsc.kg/news/?id=76> [03.04.2013].

Arbeitsmigration und Frauen

In Kirgisistan ist heute der Export von Arbeitskraft ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. In jedem vierten Haushalt ist mindestens ein Familienmitglied als Gastarbeiter tätig.¹⁶ Hauptgründe der Auswanderung sind die schwierige wirtschaftliche Situation, die hohe Arbeitslosenrate und der Mangel an zu bewirtschaftender landwirtschaftlicher Fläche. Auf der anderen Seite locken ein offener Arbeitsmarkt und höhere Einkommen in Russland und Kasachstan. Eine soziologische Befragung, die vom Gallup-Institut durchgeführt wurde, ergab, dass 40 Prozent der kirgisischen Bevölkerung das Land verlassen möchten.¹⁷

Als Ergebnis der Migration verliert Kirgisistan qualifiziertes Personal und damit einen aktiven und arbeitsfähigen Teil der Bevölkerung. Das durchschnittliche Alter von kirgisischen Gastarbeitern beträgt 35 Jahre. Die Migration wirkt sich nicht nur negativ auf die einheimische Wirtschaft aus (Abwanderung von Fachkräften), sondern hinterlässt auch Spuren in der Gesellschaft selbst. Die Homogenität von Dorfgemeinschaften und

Verwandtschaftsbeziehungen wird empfindlich gestört. In erster Linie ist jedoch die Institution der Familie gefährdet, da die Mehrheit der Emigranten Männer sind. So bleiben in den Gemeinden und kleineren Städten vor allem Alte, Frauen und Kinder zurück. Der Anteil der Frauen unter den Gastarbeitern wächst jedoch rasch. Nach letzten Meldungen beträgt dieser nicht weniger als 30 Prozent.¹⁸

In einer traditionellen kirgisischen Familie bedeutet hohes Alter, dass einem hohes Ansehen entgegengebracht und der Betreffende im Kreise seiner Kinder und Enkelkinder umsorgt wird. Heute hat sich die Situation grundlegend geändert: Viele junge Menschen reisen (immer öfter auch als Ehepaar) für die Arbeitsaufnahme nach Russland oder Kasachstan und vertrauen ihre Kinder der Obhut der Großeltern an. Die Massenauswanderung (geschätzt 700.000 kirgisische Bürger in 2012) beeinflusst die Demografie, familiäre Beziehungen und das Traditionsbewusstsein im Lande negativ. Während die Arbeitsmigration die Familie materiell versorgt und ein höheres Lebensniveau sichert, kann die lange Trennung die familiären Bindungen auch zerstören. Viele männliche Gastarbeiter beginnen, in ihren Gastländern in eheähnlichen Gemeinschaften zu leben, was für ihre Familien in Kirgisistan wiederum eine psychologische Belastung darstellt. Die junge Generation wächst oftmals ohne elterliche Erziehung heran. Mit dem Verlorengang von Familienwerten und Traditionen nimmt in Kirgisistan auch die Kinderkriminalität zu.

Experten aus dem Zentrum für Sozialforschungen in der amerikanischen Universität in Zentralasien (Bischkek/Kirgisistan) führten mit Unterstützung der internationalen Organisation HelpAge International eine Untersuchung durch, um den Einfluss der Auswanderung auf die Familienbeziehungen zu erforschen.¹⁹ Sie stellten dabei die Tendenz fest, dass Frauen zwar über Geldüberweisungen ihrer Männer verfügen, aber viele zusätzliche Sorgen aufgebürdet bekommen. Sie müssen ihre Kinder alleine

erziehen. Ist der Mann zur Erntezeit nicht anwesend, wird die Frau auch hier in die Pflicht genommen. Und es gibt noch ein weiteres Problem: Oft verlieren die Ehefrauen, die im Hause der Schwiegereltern wohnen, das Recht, selbständig Entscheidungen zu treffen.

Problem der Polygamie

Zukünftige Ehefrauen wurden in der vorsowjetischen Zeit in Kirgisistan im Rahmen der Gentilordnung als zusätzliche Arbeitskraft für die Familie angesehen. Diese wirtschaftliche Grundlage von Eheschließungsstrategien wurde durch die Tradition der Zahlung eines Brautpreises unterstützt, das in unterschiedlicher Form bis heute in Kirgisistan erhalten blieb. Trotz der strafrechtlichen Konsequenz von bis zu zwei Jahren Freiheitsentzug, nahmen die Fälle von Bigamie oder Polygamie nach der Unabhängigkeit zu. In der Regel wurden diese Strafbestimmungen jedoch nie angewandt. Heute gibt es in Kirgisistan unterschiedliche Formen der Vielweiberei: So demonstrieren die sogenannten neuen Kirgisen, die in der postsowjetischen Zeit zu Reichtum kamen, durch das offene Zusammenleben mit mehreren Frauen ihre Macht und ihren Einfluss. Dies betrifft oft Töchter aus ärmeren Familien, in welchen die Eltern diese ohne deren Einverständnis an wohlhabende sich bereits im fortgeschrittenen Alter befindliche Männer als zweite oder dritte Ehefrau verkaufen. Polygamie ist oft auch das Ergebnis der bereits angesprochenen hohen kirgisischen Arbeitsmigration. Viele kirgisische Gastarbeiter haben tatsächlich zwei Familien – eine zu Hause und eine im jeweiligen Gastland. Die jungen Frauen ihrerseits, die wegen der Auswanderung ihrer Männer alleingelassen sind, werden oft zweite oder dritte Ehefrau. Die Ausbreitung der Polygamie in Kirgisistan ist auch mit dem wiedererstarkten Islam verbunden.²⁰ Nach Angaben der staatlichen Krisenzentren, die vor allem im Bereich von Hilfeleistungen für unter Hausgewalt leidende Frauen tätig sind, resultieren etwa 40 Prozent der Anrufe aus den

Folgen des wachsenden Phänomens der Vielweiberei.²¹ Meistens handelt es dabei um junge Frauen, die als zweite oder dritte Ehefrau ohne formelle Eheschließung verheiratet wurden. Artikulierte Problembereiche sind dabei meistens Vermögens- und Kinderrechte. Da diese Ehen in der Regel nur auf religiösen Kulthandlungen basieren, können sich die Frauen auch nicht auf staatliches Recht berufen.

Gewalt gegen Frauen in Kirgisistan

Laut einem Monitoringbericht mit dem Titel „Umfang und Charakter von Geschlechter- und Familiengewalt in Kirgisistan“ leiden 83 Prozent der Frauen unter verschiedenartiger Gewalt seitens ihrer Partner.²² Gemäß dem Bericht sehen sich 29 Prozent der Frauen von Zeit zu Zeit körperlicher Gewalt und mehr als 50 Prozent der Frauen psychologischer Gewalt in Form von Beschimpfung ausgesetzt. 66 Prozent der Frauen berichten über Gewalt, die wirtschaftliche Themen betrifft: Männer verwalten alleine das gemeinsam erwirtschaftete Familienbudget ohne jegliches Einspruchsrecht, Frauen wird Arbeit außer Haus verboten, Frauen müssen gegen ihren Willen auf dem Feld arbeiten oder werden zu anderen Arbeiten gezwungen. Es soll hier auch darauf hingewiesen werden, dass die kirgisische Gesellschaft Familiengewalt oft nicht als Problem oder auch strafrechtliches Vergehen ansieht. Laut den Ergebnissen des Monitoringberichts sind 38 Prozent der Frauen im Alter von 15 bis 49 Jahren der Meinung, dass der Mann in bestimmten Situationen die Hand gegen die Frau erheben kann. Als akzeptierte Gründe gelten hierbei: Verlassen des Hauses ohne Erlaubnis des Mannes, Streit mit dem Mann, Ablehnung sexueller Beziehungen seitens der Frau, Anbrennen des Essens oder auch Mängel der Frau bei der Erziehung der Kinder.

Nach dem Jahrbuch 2008 für Menschenrechte in der Kirgisischen Republik wenden sich jedes Jahr ca. zehntausend Opfer von Familiengewalt an die kirgisischen Krisen-

zentren, darunter 87 Prozent Frauen.²³ Acht- bis zehntausend Klagen über Familiengewalt werden jährlich in den kirgisischen Strafverfolgungsbehörden behandelt, wobei keine Statistiken über strafrechtliche Konsequenzen vorliegen. Mehr als 40 Prozent der im Lande begangenen Morde haben familiäre Hintergründe. Untersuchungen unter Frauen, die wegen Mord oder Mordversuch an ihrem Mann oder Lebensgefährten verurteilt worden sind, ergaben, dass mehr als 87 Prozent von ihnen viele Jahre lang unter familiärer Gewalt zu leiden hatten.

Kirgisische Experten betonen, dass Gewaltprävention und die Gewährleistung der Sicherheit (oder Schutz der Frauenrechte) für Frauen in der Gesellschaft (z. B. Schutz vor Polygamie, vor sexueller Belästigung am Arbeitsplatz und vor Menschenhandel im Prostitutionsbereich) leider immer noch nicht als wichtiger staatlicher Auftrag angesehen werden. Solange es strafrechtlich nichtgeahndete Gewalt gegen Frauen in Kirgisistan gibt, kann man nicht von gleichen Rechten für beide Seiten sprechen.

Tradition des Brautraubs in Kirgisistan

Brautraub ist eine der am meisten verbreiteten Traditionen in Kirgisistan. Auch strikte Maßnahmen in der sowjetischen Zeit, dagegen vorzugehen, blieben ohne Erfolg. Die wichtigsten Ursachen, die zum Brautraub und damit verbunden zur Verletzung von Frauenrechten führen, sind in der patriarchalischen Erziehung, im stillen Einverständnis der Bevölkerung mit dieser Tradition und dem oft niedrigen sozialen Status der Opfer zu finden. Drei Typen von Brautraub sind bekannt²⁴: a) Brautentführung nach Absprache von Braut, Bräutigam und deren Familien; b) Brautraub ohne Einverständnis der Braut, aber mit Einwilligung ihrer Eltern; c) Entführung der Braut ohne ihr Einverständnis und ohne elterliche Einwilligung. Im letzten Fall begegnet man der Situation, dass die Braut den Bräutigam bei der anschließenden Hochzeit oft zum ersten Mal in ihrem Leben sieht. In allen drei Fällen

wird das Recht der Frau verletzt, den Ehemann frei wählen zu können und die Ehe einvernehmlich zu schließen.

Laut einer Befragung aus dem Jahre 2009 waren 24 Prozent der kirgisischen Frauen aus dem städtischen Bereich Opfer des Brautraubs, etwas weniger als 15 Prozent wurden unter elterlichem Zwang verheiratet.²⁵ Eine weitere Untersuchung über die Ausmaße des Brautraubs (2004) stellt heraus, dass 80 Prozent der befragten Frauen im ländlichen Raum als Braut entführt wurden, 57 Prozent ohne ihr Einverständnis verheiratet wurden, 22 Prozent der Frauen ihre zukünftigen Ehemänner nicht kannten und nur acht Prozent eine erzwungene Eheschließung noch ablehnen konnten.²⁶ Viele Zwangsehen werden in der Folgezeit wieder geschieden. Einige Opfer der Brautentführung begehen Selbstmord. Wenn Ehen nur religiös und nicht standesamtlich geschlossen werden, ist die Frau im Falle einer Trennung im oft anschließenden Streit um Vermögens- und Kinderrechte in der Regel schlechter gestellt.

Informationen über Brautraub erreichen in der Regel überhaupt nicht die Polizei oder die Gerichte. Zu Beginn des Jahres 2012 berichtete ein Vertreter der kirgisischen Generalstaatsanwaltschaft, dass in zwölf Jahren nur 159 Anzeigen wegen Brautraubs von der Polizei offiziell registriert worden seien.²⁷ Im kirgisischen Innenministerium gäbe es keinerlei Registrierung von Fällen des Brautraubs. Nach Angaben des kirgisischen Ombudsmanns wurden von seiner Institution im Jahre 2011 68 Fälle von Brautraub an die Rechtsorgane gemeldet, wobei jedoch nur in sechs Fällen ein Strafverfahren eröffnet wurde. Frauen scheuen sich meist, Brautraub bei den Rechtsschutzorganen anzuzeigen. Gründe dafür sind die Angst vor der gesellschaftlichen Reaktion und das allgemein geringe Vertrauen in die Polizei bzw. Gerichte.

Bis Anfang 2013 wurde Brautentführung nach dem Gesetz offiziell mit einer Frei-

heitsstrafe von zwei bis fünf Jahren geahndet. Im Januar 2013 wurden dann im kirgisischen Strafgesetzbuch einige Änderungen im Hinblick auf die Strafen wegen Brautraubs vorgenommen. Jetzt wird die Entführung einer Frau, die unter Zwang verheiratet wird, mit einer Freiheitsstrafe von fünf bis zehn Jahren belegt. Es soll in diesem Zusammenhang aber auch darauf hingewiesen werden, dass die Strafen für Viehraub in Kirgisistan höher liegen (bis zu elf Jahre).

Zusammenfassung

Die Lebenswelt von Frauen im vorsowjetischen Zentralasien ist wenig erforscht. Selbstzeugnisse von Frauen sind kaum vorhanden. Allgemein gab es in der traditionellen kirgisischen Gesellschaft tief greifende Unterschiede zwischen männlichen und weiblichen Rollen und eine strikte Trennung der Lebenssphären der Geschlechter. Andererseits setzte jedoch das Nomadenleben der Kirgisen unter schwierigen klimatischen Bedingungen gleiche Partizipation von Männern und Frauen bei der Lösung verschiedener Probleme voraus. In der patriarchalisch geprägten Gemeinschaft verschafften Alter und Position auch Frauen Ansehen im innerfamiliären Bereich, bis heute in der starken Stellung der Schwiegermutter zum Ausdruck kommend.

Die spätere sowjetische Emanzipationsstrategie zielte auf eine ziemlich radikale Veränderung der Stellung der kirgisischen Frau hin. Durch ihre Einbeziehung in die gesellschaftliche Produktion, durch Bildungsoffensiven und auch durch Kritik an den patriarchalischen Herrschaftsverhältnissen sollte ihre ökonomische Unabhängigkeit erreicht werden. Auch die Teilnahme von Frauen an gesellschaftlichen Organisationen, lokaler Selbstverwaltung und Volksvertretungen wurde gefördert. Als Ergebnis forcierter Modernisierung wies Kirgisistan bei der Entlassung in die Unabhängigkeit eine duale Grundstruktur auf: Urbane, moderne, säkularisierte Lebensformen neben

ländlicher, stärker von Tradition und Religion geprägter Lebensweise.

Es muss festgestellt werden, dass sich seit der nationalen Unabhängigkeit Kirgisistans die Situation für die Frauen verändert hat. Während wieder Frauen – teilweise auch unter Hinweis auf religiöse Begründungen – allein auf ihre Funktion für die Familie festgelegt werden sollen, sind neue Probleme hinzugekommen: Arbeitslosigkeit, Zwangsheheschließungen und häusliche Gewalt.²⁸ Das noch 1991 hoch angesehene Selbstbestimmungsrecht der kirgisischen Frau weicht immer öfter materieller/ traditioneller Abhängigkeit.

Das neue unabhängige Kirgisistan ist mittlerweile den wichtigsten Menschenrechtsabkommen beigetreten und garantiert die weiblichen Grundrechte in der Verfassung. Jedoch ist die Durchsetzung der Menschenrechte (positiven Rechts) in der kirgisischen Praxis durch mangelnde rechtsstaatliche Tradition und eine fehlende unabhängige Justiz erschwert. Der kirgisische Staat hat sich seit 1991 nach und nach ein modernes Rechtssystem zurechtgelegt. Praxis ist jedoch, dass die offizielle Rechtsprechung oft nicht der Gesetzgebung folgt, sondern ein Nebeneinander von modernem und traditionellem Recht (z. B. die staatlich geduldeten Dorfältesten-Gerichte) weiter besteht. Der kirgisische Staat hat es so verstanden, traditionelles Recht in das moderne Recht zu integrieren. Ergebnis davon ist, dass sich der kirgisische Bürger je nach Opportunität nach dem traditionellen oder nach modernem Recht ausrichtet.²⁹ Für rechtsunkundige klagende Frauen ist dies verwirrend und eine erschwerende Situation, wobei nur einem kleinen Teil durch fachkundige Nichtregierungsorganisationen geholfen werden kann.

Fazit

Es gibt in der kirgisischen Gesellschaft zweifelsohne noch viele Elemente des Patriarchats. Aber in den letzten zehn Jahren sind Nichtregierungsorganisationen für Frau-

enrechte wesentlich aktiver geworden. Dies hat die Rolle der Frauen in der kirgisischen Gesellschaft gestärkt: Während Frauen früher oft nur als Mutter und Ehefrau angesehen wurden, gibt es heutzutage erfolgreiche Frauen in Politik und Wirtschaft. Immer öfter setzt sich doch positives Recht gegenüber tradiertem Recht durch. Brautraub und Gewalt gegenüber Frauen werden zu Themen der aktiven Diskussion in der kirgisischen Öffentlichkeit. Obwohl Kirgisistan als moslemisches Land gilt, spielt die zunehmende Bedeutung des Islams für die Frauen in der Gesellschaft, mit Ausnahme des Einflusses auf das Wiedererstarken der Polygamie, keine große Rolle. Grund dafür dürfte der traditionell tolerante Islam in der kirgisischen Gesellschaft sein. Anzeichen für eine islamistische Radikalisierung mit negativen Folgen für die kirgisische Frau sind zurzeit nicht zu erkennen. Die kirgisischen Frauen suchen im Alltag nach Kompromissen zwischen ihrem Recht auf Selbstbestimmung und der Wahrung nationaler Traditionen.

|| DR. MAX GEORG MEIER

Auslandsmitarbeiter Kirgisistan,

Unter Mitarbeit von Nurlan Abdyshev

ANMERKUNGEN

- 1 Vgl. Bekturganowa, Kulbübü (2009): Die historische Rolle der Frau im sozioökonomischen und kulturellen Leben Kirgisistans, URL <http://cheloveknauka.com/istoricheskaya-rol-zhenschiny-v-sotsialno-ekonomicheskoy-i-kulturnoy-zhizni-kyrgyzstana> [03.04.2013], S. 8.
- 2 Vgl. Achmedschina Fania / Schnyrova Olga / Schkolnikow Igor (2007): Erfahrungen bei der Lösung der „Frauenfrage“ während der Sowjetzeit, in: Einführung in die Theorie und Praxis von Geschlechterbeziehungen, Sammelband, hrsg. vom Frauenkomitee der Republik Usbekistan, S. 106.
- 3 Vgl. Nationaler statistischer Ausschuss der Kirgisischen Republik (2012): Anzahl der Bevölkerung mit Lebenshaltungskosten unter der Armutsgrenze, URL <http://www.stat.kg/stat.files/din.files/living/5040009.pdf> [03.04.2013].
- 4 Vgl. Ebd., S. 19, 29ff.
- 5 Vgl. Nationaler statistischer Ausschuss der Kirgisischen Republik (2010): Sammlung von geschlechtergetrennten Statistiken, Bischkek, S.109.
- 6 Vgl. Nationaler statistischer Ausschuss der Kirgisischen Republik (2012): Anzahl der registrierten Ar-

- beitslosen nach Geschlecht und Alter, URL <http://www.stat.kg/stat.files/din.files/trud/1070017.pdf> [03.04.2013].
- 7 Vgl. Nationaler statistischer Ausschuss der Kirgisischen Republik (2012): Lebensniveau der Bevölkerung im Jahre 2011, Bischkek, S. 39.
- 8 Vgl. Nationaler statistischer Ausschuss der Kirgisischen Republik (2012): Demografisches Jahrbuch der Kirgisischen Republik, Bischkek, S. 206.
- 9 Vgl. Nationaler statistischer Ausschuss der Kirgisischen Republik (2010): Frauen und Männer in der Kirgisischen Republik, in: Sammlung von geschlechtergetrennten Statistiken, Bischkek, S. 17-19.
- 10 Vgl. Ebd., S. 41, 47 ff.
- 11 Vgl. Nationaler statistischer Ausschuss der Kirgisischen Republik (2011): Soziale Tendenzen in der Kirgisischen Republik - 2006-2010, Bischkek, S. 31-35.
- 12 Vgl. Nationaler statistischer Ausschuss der Kirgisischen Republik (2010): Frauen und Männer in der Kirgisischen Republik, in: Sammlung von geschlechtergetrennten Statistiken, Bischkek, S. 120-125.
- 13 Vgl. Ebd., S. 103, 107ff.
- 14 Vgl. Gesellschaftliche Vereinigung „Zentrum für Hilfeleistung an Frauen“ (2013): Nationaler runder Tisch zur Beteiligung von Frauen an der Staatsverwaltung in der Kirgisischen Republik - Probleme und Perspektiven, URL <http://www.wsc.kg/news/?id=76> [03.04.2013].
- 15 Bekturganowa, Kulbübü (2009): S. 11.
- 16 Vgl. Polytechnische Universität von Tomsk (2012): Besonderheiten der Migrationspolitik - Probleme, Suche nach Auswegen, Lösungen, in: Sammlung von wissenschaftlichen Arbeiten der internationalen Jugendkonferenz, hrsg. von G. A. Baryschewa, S. 446.
- 17 Vgl. Internationale Arbeitsorganisation (2009): Arbeitsmigration und rationale Nutzung von Personalkapazität in der Kirgisischen Republik, Bischkek, S. 19.
- 18 Vgl. Ebd., S. 22 ff.
- 19 Vgl. Benlijan Amalia (2012): Weibliche Gastarbeiter in Kirgisistan sind zum Familienernährer geworden, in: Internet-Zeitung Bischkek am Abend, 4.06.2012, URL <http://www.vb.kg/190569> [03.04.2013].
- 20 Vgl. Analytical Centre „Prudent Solutions“ (2005): Vielweiberei im modernen Kirgisistan, URL <http://analitika.org/kyrgyzstan/kg-society/2144-2005-0929023818225.html> [03.04.2013].
- 21 Es gibt einen Verband der kirgisischen Krisenzentren, dem 12 Mitglieder angehören. Die Krisenzentren helfen Frauen bei Brautraub, Polygamie und vor allem Gewalt in der Familie. Sie machen Lobby für Gesetze im Bereich der Frauenrechte. 2009 waren insgesamt 6.620 Frauen in den Krisenzentren untergebracht.
- 22 Vgl. Vereinigung der Krisenzentren Kirgisistans (2009): Umfang und Charakter von Geschlechter- und Familiengewalt in Kirgisistan, 2009, S. 16-22.
- 23 Vgl. Rat für Menschenrechte (2009): Jahrbuch 2008 zu Menschenrechten in der Kirgisischen Republik, Bischkek, S. 23
- 24 Vgl. Gesellschaftlicher Fonds „Openline“ (2011): Bericht über Forschungsergebnisse zum Problem des Brautraubs in Kirgisistan, Bischkek, S. 7-9.
- 25 Vgl. Vereinigung der Krisenzentren Kirgisistans (2009): S. 29.
- 26 Vgl. Stakeeva Bermet / Kartanbaeva Chinara / Janaeva Nurgul (2011): Zugang der Opfer des Brautraubs zur Justiz in Kirgisistan, hrsg. vom Forum der kirgisischen Frauen-NGOs, Bischkek, S. 8.
- 27 Vgl. Iwaschenko Ekaterina (2009): Entführt – vergewaltigt - verheiratet. Dschigit!, URL <http://www.fergananews.com/article.php?id=7366> [03.04.2013].
- 28 Vgl. Politisch Reisen (2002): Zentralasien zwischen sowjetischem Erbe und der Formierung nationalstaatlicher Identitäten – eine Seminarreise nach Kirgisien, URL <http://www.iak-net.de/zentralasien-zwischen-sowjetischem-erbe-und-der-formierung-nationalstaatlicher-identitaeten-eine-seminarreise-nach-kirgisien/> [05.05.2013].
- 29 Vgl. Niederer, Peter (2006): Rechtswissenschaftlerin im kirgisischen Feldeinsatz, in: UniPress 128/2006, S. 22-23.

FRAUEN UND POLITISCHE MACHT: DER FALL ECUADOR

HENNING SENGER ||

Lateinamerika gilt gemeinhin immer noch als ein „Macho-Kontinent“.

Auch wenn sich der Ruf des Kontinents als „Hinterhof der USA“ und als etwas rückständige Region, in der es möglich war, sich mit dem Tragen phantasievoller Uniformen und überdimensionierter Sonnenbrillen als Staatspräsident betiteln zu lassen, nachhaltig verändert hat, so erweist sich das Image als „Macho-Region“ doch als hartnäckiger und zählebiger.

Der folgende Essay beschäftigt sich am Beispiel der Andenrepublik Ecuador mit diesem (letzten?) Klischee über lateinamerikanisches Rollenverständnis und Gleichberechtigung.

Der Anfang: eine zufällige Revolution?

Am 2. Mai 1924 betrat Matilde Hidalgo de Procel in der kleinen ecuadorianischen Provinzstadt Machala, an der Südküste des Landes gelegen, das Gebäude, in dem der lokale Wahlausschuss tagte. Sie wollte sich zu den anstehenden Wahlen zum Abgeordnetenhaus und zum Senat als Wählerin registrieren lassen.

Die Gesichter der Vertreter des Wahlausschusses müssen reichlich verdutzt gewirkt haben, denn nie zuvor war eine Frau auf die Idee gekommen, sich als Wählerin registrieren zu lassen. Wählen war zwar ein Staatsbürgerrecht – aber Staatsbürger waren Männer. Die Überlieferung berichtet, dass das lokale Wahlgremium dem Ansinn-

nen der Dame widersprach, woraufhin sie ein Exemplar der damals gültigen Verfassung zückte und laut vorlas: „Para ser ciudadano ecuatoriano se requiere tener 21 años de edad y saber leer y escribir.“ (Ecuadorianischer Staatsbürger ist, wer älter als 21 Jahre ist und Lesen und Schreiben kann). Mit keinem Wort erwähnte der Verfassungstext, dass es nur Männern erlaubt sei, sich ins Wahlregister eintragen zu lassen.

Der Sachverhalt schien der örtlichen Wahljury dennoch zu delikat zu sein, um ihn vor Ort zu entscheiden, und so ging der Streitfall bis zum obersten Staatsrat. Am 9. Juni 1924 stimmte dieser schließlich einstimmig dem Ansinnen von Matilde Hidalgo zu und erlaubte ihre Eintragung ins Wählerregister (und damit allen Frauen des Landes, die älter waren als 21 Jahre und Lesen und Schreiben konnten).

Das Ironische an dieser Anekdote ist allerdings, dass die von Frau Hidalgo zitierte Verfassung nicht etwa neu, sondern bereits im Jahr 1896 verabschiedet worden war. Es war bis zu diesem denkwürdigen Tag nur noch niemand darauf gekommen, dass die zitierte Formulierung im Verfassungstext (ob Absicht oder nicht) das Wahlrecht Männern wie Frauen gleichermaßen zusprach.

Noch in der Vorgängerverfassung aus dem Jahr 1861 hatte die entsprechende Textpassage in einem bedeutenden Detail anders gelautet: Um Staatsbürger zu sein

war es nötig „ser varón, mayor de 21 años y que supiese leer y escribir“. Zu deutsch: Staatsbürger war, wer *männlich*, älter als 21 Jahre war und Lesen und Schreiben konnte. Fast scheint es, als hätte man bei der Neufassung 1896 das Wort „varón“ einfach nur vergessen.

1929, fünf Jahre nach den Ereignissen um Matilde Hidalgo, als im Land mal wieder eine neue Verfassung verabschiedet wurde, fand das Wahlrecht der Frauen – wenn auch im Gegensatz zu dem der Männer fakultativ – auch explizit Einlass in den Verfassungstext. Und nicht nur das: In der Verfassung wurden darüber hinaus die Rechte der Frauen in den Bereichen Bildung, Arbeit und in der Ehe präzisiert oder gar eingeführt.

Mit ihrem mutigen Gang zum Wahlregister ist Matilde Hidalgo de Procel somit zur ersten Frau Lateinamerikas geworden, die sich jemals in ein Wahlregister eintragen konnte. Und Ecuador kann sich rühmen, das erste Land auf dem lateinamerikanischen Kontinent gewesen zu sein, welches das Frauenwahlrecht explizit in seiner Verfassung anerkannte und festschrieb. Brasilien folgte im Jahr 1932, Kuba 1934. Schlusslichter in diesem Prozess waren Peru 1955, Haiti und Honduras jeweils 1957 und Paraguay 1961.

Die Gesetzeslage heute

Diese Vorreiterrolle auf dem Kontinent, was die Rechte der Frauen im allgemeinen sowie die Förderung der gesellschaftlichen Gleichstellung von Mann und Frau betrifft, hat sich Ecuador über die Jahrzehnte erhalten und wurde in den letzten Jahren sogar weiter vorangetrieben. Die nackten Zahlen lassen auf den ersten Blick das Image von einem „Macho-Land“ wie ein völlig überkommenes Vorurteil aussehen.

Auch im Hinblick auf die Ratifizierung internationaler Verträge, welche die Gleichbehandlung der Geschlechter fördern sollen, steht das kleine Andenland mit seinen knapp 14 Millionen Einwohnern gut dar: Die „UN-Konvention zur Beseitigung jeder Form

von Diskriminierung der Frau“ hat Ecuador 1981 ratifiziert, ebenso wie das Fakultativprotokoll im Jahr 2002. Darüber hinaus bekennt sich das Land zur „American Convention on the Prevention, Punishment and Eradication of Violence against Women“ von 1995.

Doch nicht nur international hat sich Ecuador verpflichtet, die Rechte der Frauen zu stärken. Auch auf nationaler Ebene klingen die Verpflichtungen auf den ersten Blick sehr imposant: Im Jahr 2013 kann Ecuador auf eine sehr gefestigte und sehr weitgehende Gendergesetzgebung blicken. Zu erwähnen wäre in diesem Zusammenhang zum Beispiel das neue Wahlgesetz, welches seine Grundlage in der 2008 neu verabschiedeten Verfassung des Landes findet. Die neue Verfassung schreibt zum Beispiel vor, dass sämtliche von den Parteien aufzustellenden Wahllisten paritätisch erstellt werden müssen, d. h. abwechselnd von Frauen und Männern. Ebenso muss bei den sogenannten „suplentes“, den Ersatzleuten, die einspringen, wenn der eigentliche Mandatsträger verhindert ist, verfahren werden.

Ironischerweise ist es gerade der Regierung von Rafael Correa gelungen, weitgehende Reformen im Bereich Gender zu beschließen und auch umzusetzen. Einer Regierung, die ansonsten zunehmend als autoritär und die Freiheitsrechte beschränkend empfunden wird. Während zum Beispiel Freedom House¹ für Ecuador von Jahr zu Jahr immer kritischere Zahlen veröffentlicht, so werden die Gender-spezifischen Zahlen des Gender Gap- oder des Gender Inequality Index immer besser. Hierzu später noch mehr.

Ein Blick in die gelebte Wirklichkeit

Selbst wenn die eingangs beschriebenen Neuregelungen unbestreitbar den Anteil von Frauen im Parlament sowie in Stadt- und Gemeinderäten erhöhten, so wurde bisher noch keine vollständige Parität geschaffen. Der Wähler hat noch bei jeder Wahl für eine maskuline Mehrheit im Parlament gesorgt.

Bei den Parlamentswahlen 2009 lag der Frauenanteil bei 32,3 Prozent (40 von 124 gewählten Abgeordneten). Bei den jüngsten Wahlen 2013 gelang 53 Frauen (von 137 Mandaten, d. h. 38,6 Prozent) der direkte Einzug in die Asamblea Nacional, das nationale Einkammerparlament Ecuadors. Das ist ein neuer Rekord für das Land, welches seinen Frauenanteil im Parlament seit fast 20 Jahren beständig erhöhen konnte. Damit rangiert Ecuador auch vor der Bundesrepublik, wo der Anteil weiblicher Abgeordneter lediglich bei knapp 33 Prozent liegt.

Diese eigentlich doch im guten Mittelfeld liegenden Zahlen werden etwas relativiert, wenn man weitere Zahlen des Landes ins Auge fasst:

Das strikte Paritätssystem des Landes wird interessanterweise an einer wichtigen Stelle nicht angewendet (und auch nicht verlangt): Das sogenannte „Binomino electoral“ muss nicht im Wechsel von Mann und Frau besetzt werden. Bei diesem „Binomino“ handelt es sich um die Kandidaten für das Amt des Präsidenten und des Vize-Präsidenten.

Bei den Wahlen 2013 hatte zwar die überwiegende Mehrheit der angetretenen Kandidaten einen Vize des anderen Geschlechts an der Seite – und doch waren die beiden „erfolgreichsten Paarungen“, die zusammen knapp 80 Prozent der Wählerstimmen auf sich vereinigten, exklusive „Herrenduos“. Zum einen der amtierende Präsident Rafael Correa mit Jorge Glas als Kandidat für den Stellvertreterposten sowie zum anderen der Bankier Guillermo Lasso aus der Hafenstadt Guayaquil mit Juan Carlos Solines an seiner Seite.

Staatspräsident Rafael Correa, der innerhalb seiner politischen Gruppierung „Alianza PAIS“ zuweilen mit einem starken feministischen Flügel zu kämpfen hat, scheint das oben genannte Manko durch eine Kompensation bei der Verteilung einflussreicher Posten in der neugewählten Nationalversammlung kompensieren zu wollen.

Zu Beginn der neuen Legislaturperiode im Mai 2013 setzte sich der Wille des

Staatsoberhauptes, unterstützt durch die Dreiviertelmehrheit (100 von 137 Sitzen) seiner Alianza PAIS durch, und er besetzte mit der 29-jährigen Gabriela Rivadeneira als Präsidentin und Rosana Alvarado sowie Marcela Aguinaga als Stellvertreterinnen alle drei Spitzenposten der Asamblea Nacional mit Frauen.

Allerdings ist auch in den Anden nicht alles Gold, was glänzt: Trotz des relativ hohen Frauenanteils im Parlament und im Kabinett musste 2011 die Asamblea Nacional ein Gesetz gegen „Acoso Político“ verabschieden. Der Ausdruck „Acoso Político“ beschreibt eine Art „politisches Mobbing“. Im Vorfeld des Gesetzes hatten knapp 200 der zur damaligen Zeit insgesamt 480 Amtsträgerinnen auf regionaler oder kommunaler Ebene von Diskriminierung, Mobbing und sogar von Hasstiraden von Seiten männlicher Kollegen berichtet – unabhängig von jedweder politischen Couleur. Das neue Gesetz belegt geschlechtsspezifische Diskriminierung oder Mobbing mit zum Teil empfindlichen Geldbußen.

Ob sich das Gesetz in der Praxis auch bewähren wird, bleibt allerdings noch abzuwarten. Auch die geringe Zahl weiblicher Bürgermeister im Land trägt zu diesem negativen Bild bei: Von den 221 autonomen Kommunen des Landes haben lediglich zwölf eine weibliche Bürgermeisterin. Das sind magere 5,4 Prozent. Und keine dieser zwölf von Frauen regierten Städte ist von herausragender Größe oder Bedeutung für das Land.

Die meisten politischen Parteien stellen als Spitzenkandidaten weiterhin lieber Männer auf. Ebenfalls eine Rolle spielt, dass viele Parteien oder Bewegungen gar nicht oder kaum über ausreichend qualifizierte weibliche Kandidaten verfügen. Das führt ironischer Weise dann dazu, dass die unsägliche Tradition ecuadorianischer Parteien, auf den Wahllisten Kandidatinnen zu platzieren, deren Hauptqualifikation darin besteht, ehemalige Schönheitskönigin zu sein, ungebrochen andauert.² So trat zum Beispiel Lucio Gutiérrez, ehemaliger erfolgloser Putschist und Staatspräsident von

2003 bis 2005, mit der ehemaligen „Miss Manabí“ (einer Küstenprovinz des Landes), Perla Beyes, als running mate zu den Präsidentschaftswahlen 2013 an. Ebenso beliebt ist die Berufung naher weiblicher Verwandter wie Ehefrauen, Schwägerinnen oder Töchter.

All diese Widrigkeiten beweisen, dass Gesetze und Normen – sofern der politische Wille vorhanden ist – zwar recht schnell geändert werden können. Das Bewusstsein der Bevölkerung zu schaffen und die Bereitschaft, die geänderten Normen und Gesetze auch zu leben, ist jedoch ein langwieriger Prozess.

Projekte der HSS

Ein ähnliches Bild spiegelt auch die Entwicklung des Stipendiensystems der Hanns-Seidel-Stiftung in Ecuador wieder: Seit 1992 vergibt die Stiftung in Ecuador Hochschulstipendien an begabte junge Ecuadorianer und Ecuadorianerinnen (hauptsächlich indigener Abstammung), die sich ohne finanzielle Unterstützung kein Studium leisten könnten. Waren es in den Anfangsjahren fast 80 Prozent männliche Bewerber und Stipendiaten, so hat sich dieses Verhältnis über die Jahre nicht nur abgeschwächt, sondern es haben sich die Mehrheitsverhältnisse in den letzten Jahren geändert. Seit 2010 verzeichnet die Stiftung sowohl mehr weibliche Bewerber als auch letztlich mehr weibliche Stipendiaten. Heute (Stand 2013) hat sich das Verhältnis gedreht. Knapp 60 Prozent der Stipendiaten sind Frauen.

Der „Gender Gap“ im heutigen Ecuador

Der „Gender Gap Index“³ platziert Ecuador in seinem Jahresbericht 2012 auf Platz 33 von insgesamt 135 Ländern. Das ist die zweitbeste Platzierung für das Land seit

2006. Nur im Jahr 2009 lag das Land mit Platz 23 noch weiter vorn.⁴

Besonders gute Zahlen erreicht das Land in den untersuchten Teilbereichen „Educational Attainment“ und „Political Empowerment“.

In Fragen der Alphabetisierung haben die Frauen mit den Männern beinahe gleichgezogen (90 zu 93 Prozent). Überholt haben die Frauen die Männer bereits in den Bereichen der Einschreibung an Schulen bzw. Universitäten: 98 Prozent der schulpflichtigen Mädchen werden mittlerweile auch wirklich eingeschult; bei den Jungen sind es 96 Prozent. Eine weiterführende Schule besuchen 59 Prozent der Mädchen und 58 Prozent der Jungen. Beim Universitätsstudium haben die Frauen sich mittlerweile sogar einen größeren Vorsprung erarbeitet: 43 Prozent der Frauen eines Jahrgangs beginnen ein Universitätsstudium, nur 37 Prozent der jungen Männer tun es ihnen gleich.

Allerdings sagen diese Zahlen nichts darüber aus, wie hoch die Abschlussquoten sind. Leider kommt es im Land noch immer zu vielen Studienabbrüchen, insbesondere durch Frauen. Ein sehr häufiger Grund dafür ist auch heute noch eine Schwangerschaft.

Auch im Teilbereich Politik sind die „nackten“ Zahlen – wie an anderer Stelle bereits erwähnt – gut. Mit einem Frauenanteil von 40 Prozent im Kabinett im Jahr 2012 hat sich Ecuador einen der obersten Positionen im lateinamerikanischen Ranking gesichert.

Im Jahr 2003 berief der damalige Präsident Gutiérrez, der ein Regierungsbündnis mit der indigenen Bewegung eingegangen war, mit Nina Pacari die erste Frau zur Außenministerin des Landes. Die neue Ministerin war nicht nur die erste Frau in diesem wichtigen und prestigeträchtigen Amt, sie war auch die erste indigene Außenministerin Ecuadors.

Mittlerweile haben es Frauen aber in viele klassische „männliche“ Ressorts ge-

schaft. Das Justiz-, das Verteidigungs-, das Wirtschafts-, das Gesundheits-, das Arbeits- oder auch das Sozialministerium hatten oder haben weibliche Minister.

Seltsamerweise hat es bisher in der Geschichte des Landes aber noch keine Frau zum Rektor einer öffentlichen Hochschule gebracht. In diesem Bereich sind die privaten Universitäten den staatlichen voraus. Hier sind Rektorinnen schon keine Besonderheit oder gar Ausnahme mehr.

Weniger gut sieht die Entwicklung Ecuadors in der Rubrik „Economic Participation and Opportunity“ aus. Spitzenpositionen oder auch „nur“ leitende Funktionen im Wirtschaftssektor werden immer noch überwiegend von Männern besetzt. Lediglich knapp 28 Prozent Frauenanteil ermittelt der Index für diesen Sektor. Damit steht Ecuador aber zum Beispiel besser da als das Nachbarland Peru mit einem Anteil von lediglich 19 Prozent. Und auch die Ergebnisse für Deutschland (38 Prozent) relativieren die niedrig wirkenden 28 Prozent. Dennoch nehmen noch immer weniger als die Hälfte der Frauen in Ecuador am Arbeitsleben teil (48 Prozent im Vergleich zu 78 Prozent der Männer). Das ist durchaus auf die noch immer durchschimmernde traditionelle Rollenverteilungen zurückzuführen, und auch auf die schlechtere Ausbildungssituation der Frauen in den früheren Generationen.

Die „Verdienstlücke“ zwischen Männern und Frauen ist seit Jahren rückläufig, was in erster Linie dem staatlichen Sektor zu verdanken ist: Die Regierung Correa hat seit Amtsantritt den Staatsapparat enorm aufgebläht und auch die Gehälter massiv angehoben. Angestellter im Staatsdienst zu sein ist in Ecuador mittlerweile eine finanziell lohnendere Option, als sich auf dem freien Markt eine Beschäftigung zu suchen. Und da die staatlichen Gehälter weniger „genderabhängig“ sind, verringert sich die Kluft insgesamt. Im privatwirtschaftlichen Sektor ist von diesen Änderungen weniger zu spüren.

Können Frauen „Präsident“ in Ecuador werden?

Weibliche Präsidenten hat der Subkontinent im Laufe der Zeit schon mehrere gehabt: Isabel Perón trat nach dem Tod ihres Mannes 1974 dessen Nachfolge als Staatspräsidentin Argentiniens an, bis sie 1976 von den Militärs gestürzt wurde. Lidia Gueiler Tejada regierte Bolivien als Übergangspräsidentin zwischen 1979 und 1980. Violetta Chamorro aus Nicaragua gelang es, als erste Frau in Lateinamerika zur Präsidentin gewählt zu werden (und nicht lediglich im Amt nachzufolgen). Sie besiegte 1990 Amtsinhaber Daniel Ortega und regierte bis 1997. Mireya Moscoso regierte 1999 bis 2005 in Panamá. 2006 wurde in Chile Michelle Bachelet zur Staatspräsidentin gewählt und regierte bis 2010. Im Dezember 2007 folgte Cristina Fernández de Kirchner im Nachbarland Argentinien. Ihr gelang 2011 die Wiederwahl für eine zweite Amtszeit mit einem Rekordergebnis von über 54 Prozent der Stimmen. Laura Chinchilla gewann 2010 die Präsidentschaftswahlen in Costa Rica. Nicht zuletzt wurde Dilma Rousseff 2011 zur Nachfolgerin des scheidenden brasilianischen Präsidenten Lula da Silva gewählt.

Die Zahl der weiblichen Staatsoberhäupter für Ecuador gibt der Gender Gap Index mit „Null“ an. Das ist zwar falsch, spiegelt aber bis heute den Umgang mit der bisher einzigen Staatspräsidentin Ecuadors wieder:

Die Rede ist von Rosalía Arteaga, die 1997 für knapp fünf Tage Staatspräsidentin war. Rosalía Arteaga stammt aus einer gut situierten, bürgerlichen Familie in Cuenca. Ihre politische Karriere begann früh als Stadträtin für die konservative christsoziale Partei (Partido Social Cristiano - PSC) in ihrer Heimatstadt.

Im Dynastie-bewussten Ecuador war es schon eine kleine Besonderheit, dass die Tochter einer bürgerlichen Arztfamilie die Karriere eine Politikerin einschlug. Sie als Frau und zusätzlich ohne familiäre Unter-

stützung in der sehr Cliquen-orientierten politischen Szene des Landes durchsetzen zu können war in der 80er und auch 90er Jahren nicht besonders einfach. 1994 wurde sie vom damaligen Präsidenten Sixto Durán Ballén (1992 – 1996) zur Bildungsministerin berufen. Mit den Präsidentschaftswahlen von 1996 erreichte ihre politische Karriere einen neuen Höhepunkt. An der Seite von Abdalá Bucarám wurde sie zur ersten (und bisher auch einzigen) Vize-Präsidentin des Landes gewählt.

Als 1997 das Parlament Präsident Bucarám stürzte, hätte nach der gültigen Verfassung eigentlich Rosalía Arteaga das Amt übernehmen müssen. Doch das Parlament ernannte nach einem fünftägigen politischen Intrigenspiel den Präsidenten des Parlaments zum Übergangspräsidenten. Wenn nicht ein klarer Verstoß gegen die gültige Verfassung, so war die Ernennung von Fabricio Alarcón zumindest ein Akt der Rechtsbeugung.

Die Tatsache, dass es sich bei Rosalía Arteaga um eine Frau handelte, spielte bei der Entscheidung gegen sie wohl eine große Rolle. Nicht zuletzt das damals noch einflussreiche Militär und mächtige Caudillos verhinderten eine Amtsübernahme durch Arteaga.⁵

Projekte der HSS

Die Hanns-Seidel-Stiftung kooperiert seit 2008 mit Rosalía Arteagas gemeinnütziger Stiftung FIDAL – „Fundación para la Integración de Latinoamérica“. FIDAL arbeitet sehr erfolgreich in den Bereichen der staatsbürgerlichen Bildung für Jugendliche und der sozialen Integration von Kindern mit körperlicher Behinderung. Nicht zuletzt unterstützt die Hanns-Seidel-Stiftung neben diesen beiden Bereichen auch ein länderübergreifendes Klima-Governance Projekt im Andenraum, welches FIDAL federführend trägt.

Und auch heute noch muss die ehemalige Präsidentin zur Kenntnis nehmen, dass man ihr sehr oft bei öffentlichen Anlässen

den Titel der „Staatspräsidenten a.D.“ verwehrt; was bei jedem anderen Mann – egal wie kurz oder auch in Vertretung er ein Amt ausgeübt hat – niemals der Fall wäre.⁶

Die Indigenen und die Rolle der indigenen Frauen

Der Halbsatz der damaligen Verfassung, wonach nur derjenige ecuadorianischer Staatsbürger sein könne, der auch des Lesens und Schreibens mächtig sei, sorgte noch lange Zeit für die Exklusion nahezu einer ganzen Bevölkerungsgruppe: den Indigenen. Bis 1978 erlaubten die Verfassungen des Landes den Analphabeten keine Teilnahme (weder aktiv, noch passiv) an Wahlen. Da auch der Zugang zu Bildung insbesondere für indigene Gruppen sehr schwer und teilweise fast unmöglich war, schloss diese Regelung de facto weite Bevölkerungsteile von demokratischen Entscheidungs- und Mitbestimmungsrechten aus.

Als Indigener hatte man es äußerst schwer in Ecuador – als indigene Frau war die Situation aber noch weitaus gravierender. Nicht nur standen der indigenen Frau die sozialen und rassistischen Ressentiments der Mestizen und der „Weißen“ entgegen, sondern auch innerhalb der indigenen Völker gab es sehr unterschiedliche Vorstellungen über die Rolle der Frauen. Diese Vorstellungen sind bis heute aktuell und weisen den Frauen in den Gemeinschaften vieler Orte eine den Männern untergeordnete Rolle zu – insbesondere was Bildungszugänge und Entscheidungsrechte in den Gemeinden angeht.

Politikerinnen wie die bereits erwähnte Außenministerin a. D. Nina Pacari, oder auch die Abgeordnete und frühere Ministerin Lourdes Tibán mussten sich ihren Weg in die Politik hart erkämpfen.

Die Abgeordnete Tibán berichtet zum Beispiel von einem doppelten Kampf: Zunächst musste sie sich als Mädchen den Zugang zur weiterführenden Schule – auch innerhalb der Familie – und später ihren Weg an die Universität und zum Jura-

Studium hart erkämpfen. Gleichzeitig kämpfte sie mit sich selbst um die Rückbesinnung auf die eigene indigene Identität, die viele junge Indigene zu leugnen suchten, weil sie sich dadurch bessere soziale Aufstiegschancen erhofften.⁷

Nina Pacari, die 2007 zur Verfassungsrichterin aufstieg, wurde in Wirklichkeit unter dem Namen Maria Estela Vega Cornejo geboren. Ihre Eltern, Indigene, hatten aber versucht, sich den Vorstellungen der Mestizen-Gesellschaft anzupassen und ihrer Tochter einen spanischen Namen gegeben. Im Alter von 24 Jahren entschied sich die junge Jura-Studentin, ihren Namen zu ändern und wählte den Kichwa-Namen „Nina Pacari“. 1998 wurde sie als erste indigene Frau überhaupt ins nationale Parlament gewählt.

Projekte der HSS

Lourdes Tibán wurde in den 90er Jahren von der Hanns-Seidel-Stiftung als Stipendiatin gefördert. Nach dem erfolgreichen Abschluss ihres Jura-Studiums engagierte sie sich über viele Jahre in der indigenen Bewegung des Landes. Später wurde sie Leiterin der staatlichen Indigenenbehörde CODENPE im Ministerrang unter den Präsidenten Palacios und Correa. In den Jahren 2009 und 2013 wurde sie als Abgeordnete für die indigene Partei „Pachakutik“ ins nationale Parlament gewählt. Tibán ist verheiratet und hat drei Kinder.

Auch heute noch, und das, obwohl die indigene Bewegung sowie auch ihr politischer Arm, die Partei Pachakutik, allgemein als links-gerichtet verortet werden, gelten in vielen indigenen Gemeinden und Verbandsstrukturen ungeschriebene, stark patriarchalisch geprägte, Regeln.

Das hat zum Teil skurrile Auswirkungen, wenn sich zum Beispiel das Direktorium einer indigenen Frauen-Korporative zu einem Gespräch anmeldet, und sich dann beim Termin herausstellt, dass das gesamte

Leitungsgremium ausschließlich aus Männern besteht.

Indigene Frauen in Führungspositionen sind daher auch heute noch keine Selbstverständlichkeit, sondern immer noch – im Vergleich zum Anteil an der Gesamtbevölkerung – weit unterrepräsentiert.

Fazit

Die heutige junge Generation von Frauen, auch aus dem indigenen Sektor, zeigt sich selbstbewusster und durchsetzungstärker. Der Zugang zu Bildung und Ausbildung, als Grundpfeiler für politischen, wirtschaftlichen und sozialen Aufstieg, ist heute weitaus einfacher, vielerorts ist mittlerweile auch der Staat selber in der Lage, Stipendien zu vergeben und junge Talente angemessen zu fördern.

In manchem zeigt sich der Staat heute als progressiver als die eigene Bevölkerung. Doch wiederum sind es auch hier die jungen heranwachsenden Generationen, welche diese Änderungen besonders begrüßen und auch in ihrem Alltag bereits versuchen zu leben. Der gesellschaftliche Wandel mag zwar mancherorts noch langsamer von staten gehen als die Rechtslage das eigentlich vorsieht; doch eine Anpassung scheint nur eine Frage der Zeit.

„Machismo“ gibt es auch heute noch in Ecuador. Doch vielerorts spürt man das ehrliche Bemühen, die Dinge zu ändern. Nicht immer gehen die Änderungen schnell von staten. Und besonders auf dem Land – außerhalb der urbanen Zentren – sind die Widerstände gegen diese Art von Wandel und Fortschritt noch sehr groß. Doch die kleine Andenrepublik kann im Kampf um die Gleichberechtigung der Geschlechter auf beeindruckendere Fortschritte verweisen als die meisten anderen Länder der Region.

Matilde Hidalgo de Procel hätte zwar auch heute noch den ein oder anderen Grund empört aus der gerade gültigen Ver-

fassung zu zitieren, doch würde sie auch zugeben müssen, dass ihr Land – zumindest was die Gleichstellung der Geschlechter angeht – auf keinem schlechten Weg ist.

|| HENNING SENGER

Auslandsmitarbeiter Ecuador

ANMERKUNGEN

- 1 Freedom House ist eine internationale Nichtregierungsorganisation (NGO) mit Hauptsitz in Washington, D.C., deren Ziel es ist, liberale Demokratien weltweit zu fördern. Bekannt ist sie vor allem durch ihre jährlich veröffentlichten Berichte Freedom in the World und Freedom of the Press.
- 2 Allerdings gibt es auch männliche Kandidaten, die sich auf guten Listenplätzen finden, und deren soziales oder politisches Engagement bis dato eher darin bestand, für einen Profifußballclub im Land möglichst viele Tore zu schießen.
- 3 Vgl. "The Global Gender Gap Index 2012" als PDF-Download URL <http://www.weforum.org/reports/global-gender-gap-report-2012>, [28.04.2013].
- 4 Die weiteren Platzierungen lauteten: 2006 Platz 82 von 115; 2007 Platz 44 von 128; 2008 Platz 35 von 130; 2009 Platz 23 von 134; 2010 Platz 40 von 134 und 2011 Platz 45 von 135.
- 5 Rosalía Arteaga hat ihre Zeit als Vize-Präsidentin und Kurzzeit-Staatspräsidentin in dem lesenswerten Buch „La Presidenta: el secuestro de una protesta“, Editorial EDINO, Guayaquil 1997, verarbeitet.
- 6 Hintergrundgespräch mit Rosalía Arteaga am 9. April 2013 in Quito.
- 7 Hintergrundgespräch mit Lourdes Tibán am 10. April 2013 in Quito.

FRAUEN ALS TRÄGERINNEN DES DEMOKRATISCHEN AUFBRUCHES IN ÄGYPTEN?

NINA PRASCH ||

Im Laufe der letzten zwei Jahre wurde bereits vielfach und immer wieder aufs Neue in Wissenschaft, Politik sowie in den Medien und der Öffentlichkeit der Versuch unternommen, das Phänomen des Arabischen Frühlings besser zu verstehen und die Richtung aufzuzeigen, in die sich die jeweiligen Ländern entwickeln. Im Großen und Ganzen ist dabei festzustellen, dass die anfängliche Euphorie einer allgemeinen Ernüchterung gewichen ist. Im Falle Ägyptens hat die zunehmend pessimistische Sicht auf den Transformationsprozess sehr viel mit der Dominanz islamistischer Akteure auf politischer Ebene zu tun. Damit verbindet sich – nicht nur in Deutschland und Europa, sondern auch in Ägypten – häufig die Annahme, dass dies früher oder später zu einer drastischen Verschlechterung der Situation der Frauen führen müsse. Infolgedessen fokussiert sich nicht nur das internationale Interesse immer wieder auf die Frage, wie sich der Transformationsprozess auf die Situation der Frauen in Ägypten auswirkt.

Frauenrechte als Indikator einer demokratischen Entwicklung?

Zwei Jahre nach der „Revolution“ in Ägypten liest man über die generelle Lage im Land und zur Einschätzung der Situation

der Frauen vorwiegend negativ konnotierte Meldungen wie „The Arab Spring’s misogynist winter“¹, „How Egypt’s radical rulers crush the lives and hopes of women“² oder „Die Revolution frisst ihre Frauen“³. In solchen und ähnlichen Darstellungen spiegelt sich in der Regel eine kaum auflösbare Mischung von Fakten, Halbwahrheiten, Gerüchten und Befürchtungen. Die aktuelle Situation in Ägypten ist derzeit zu unübersichtlich, um eine letztgültige Klarheit in diese Fragestellung zu bringen. Zudem ist die Quellenlage ausgesprochen unsicher. Einige sachliche Differenzierungen könnten dem Blick auf die aktuelle Situation allerdings dienlich sein. Bei der Beurteilung der Situation von Frauen in Ägypten müssen grundsätzlich verschiedene Aspekte und Dimensionen unterschieden werden, wie zum Beispiel eine weitgehend patriarchale Gesellschaftsstruktur, oder die traditionelle Praxis der Frauenbeschneidung, die nicht in erster Linie auf den Islam als Mehrheitsreligion zurückzuführen ist.

Die Ungleichbehandlung von Männern und Frauen in diversen Fragen des Personenstandrechtes⁴ (zum Beispiel Ehe- und Erbschaftsrecht) geht dagegen direkt auf das islamische Recht, die Scharia, zurück. Dies wiederum ist keine von den aktuell regierenden Islamisten eingeführte Neuerung. Das Personenstandrecht war in Ägypten noch nie Teil des Zivilrechtes.

Um Rückschlüsse auf die Dynamik der Demokratisierung des Transformationsprozesses anhand der Situation ägyptischer Frauen zu ziehen, sollte man zunächst die Ausgangssituation in Ägypten vor der Revolution im Blick behalten und nicht vereinfachend isolierte „westliche“ Standards anlegen.

Aspekte der aktuellen Situation

Sicherheit

Festzuhalten bleibt zunächst, dass sich die allgemeine Sicherheitslage im Land seit der Revolution stark verschlechtert hat. Seit zwei Jahren herrscht in weiten Teilen des Landes so gut wie keine Polizeipräsenz mehr. Im Zuge eines allgemeinen Anstieges der Kriminalität – ein im Polizeistaat Mubarak nahezu unbekanntes Phänomen – werden nun auch Frauen häufiger als früher Opfer krimineller Straftaten. Auch sexuelle Belästigung von Frauen, die es bereits vor der Revolution auf den Straßen gab, hat angesichts der mangelnden Sicherheit zugenommen. Insgesamt sind von der schlechten Sicherheitslage aber alle Bürger betroffen, Männer genauso wie Frauen.

Politische Beteiligung

Davon zu unterscheiden ist eine gezielte, systematische Belästigung von Frauen bis hin zu Vergewaltigungen – oft durch eine größere Gruppe von jungen Männern (Gang Rape) – im direkten Kontext von deren politischer Aktivität, insbesondere bei Demonstrationen. Auch wenn es kein gänzlich neues Phänomen ist, wurden die über 20 Vorfälle auf dem symbolträchtigen Tahrir Platz im Umfeld des zweiten Jahrestages der Revolution zu Beginn dieses Jahres Anlass, sich damit intensiver zu beschäftigen.⁵

Bisher gibt es kaum gerichtstaugliche Beweise dafür, wer für diese Gruppenvergewaltigungen verantwortlich ist. Entsprechend finden daher auch keine Festnahmen statt. Die Mutmaßungen über die Täter gehen in der aktuell extrem angespannten und politischen polarisierten Situation in die

Richtung des jeweils anderen politischen Lagers. Die Muslimbrüder und verschiedene andere islamistische Parteien stehen dabei auf der einen Seite und die nicht-Islamisten, von Liberalen und Linken bis hin zu Gruppen und Personen, die dem Mubarak-Regime zuzurechnen sind, auf der anderen.

Von vielen oppositionellen, d.h. anti-islamistischen Frauengruppen, NGOs und Aktivistinnen wird die Auffassung vertreten, dass es sich hier um gezielte Einschüchterungsversuche der Islamisten handelt. Von ihnen wird der Vorwurf erhoben, Frauen sollten dadurch, gemäß dem von Islamisten vertretenen Frauenbild, an aktiver politischer Beteiligung gehindert werden. Politische Demonstrationen sollten darüber hinaus generell zu Orten des moralischen Zwielfichtes gemacht werden.⁶

Die islamistische Seite weist diesen Vorwurf regelmäßig zurück. Hier geht man davon aus, dass organisierte Schlägergruppen (Baltageyya) aus dem Umfeld des alten Regimes dahinter stünden. Diese seien auch nicht ‚nur‘ für die Gruppenvergewaltigungen verantwortlich, sondern auch für eine ganze Reihe anderer gewaltsamer Angriffe auf Demonstranten und Protestierende.⁷

Die Beteiligung von Frauen an der Revolution

Unter den vielen Faktoren, die in Ägypten zusammenkamen und die Massenproteste auslösten, die am 11. Februar 2011 schließlich zum Rücktritt Husni Mubarak führten, ist an prominenter Stelle auch das Youtube Video von Asma Mahfouz zu nennen, einer jungen Ägypterin, die darin ihrer Frustration Ausdruck verleiht und zur Teilnahme an der Demonstration auf dem Tahrir Platz am 25. Januar 2011 aufruft.⁸ Während der 18 Tage der ‚Revolution‘ waren durchgehend Frauen und Männer auf dem Tahrir Platz. Nach Erzählungen von Beteiligten spielten Geschlecht, Herkunft, Alter oder Religion in diesen Tagen überhaupt keine Rolle. Viele dieser Berichte heben immer wieder die Einheit aller De-

monstranten hervor, die ganz selbstverständlich auch Frauen mit einschloss.

Im Laufe des seither stattfindenden Transitionsprozesses hat sich diese gleichberechtigte Beteiligung von Frauen nicht in gleicher Weise fortgesetzt. Frauen sind zwar in großer Zahl in die aktuellen politischen Entwicklungen involviert – derzeit noch stärker in zivilgesellschaftlichen Organisationen als in den sich gerade erst etablierenden politischen Parteien – mussten aber auch signifikante Rückschläge hinnehmen, wie zum Beispiel die äußerst geringe Repräsentation im ersten post-revolutionären Parlament. In diesem – mittlerweile vom Verfassungsgericht wieder aufgelösten – Parlament hatten Frauen nur acht von insgesamt 489 Sitzen bekommen. Vier von diesen Frauen sind Mitglieder der Partei für Freiheit und Gerechtigkeit und drei weitere wurden nominiert. Diese geringe Repräsentanz von Frauen steht zwar in besonderem Kontrast zu den mit der Revolution geweckten Hoffnungen und Erwartungen, geht aber hauptsächlich auf die Abschaffung der Frauenquote von 64 Sitzen durch den Militärrat im Jahr 2011 zurück. Im aktuellen Wahlgesetz wurde statt einer Frauenquote für die Parlamentssitze nun beschlossen, dass jede Liste zumindest eine Frau beinhalten solle. Nach einer längeren Debatte im Parlament, ob diese Frau unter den ersten vier Listenplätzen stehen müsse, wurde am Ende beschlossen, die Platzierung nicht festzulegen, sondern jeder Partei selbst zu überlassen.

Nachdem 1956 das Frauenwahlrecht eingeführt wurde, lag deren Anteil im Parlament zunächst zwischen 0,5 und 2,4 Prozent, bis 1979 eine Frauenquote von 30 Sitzen festgelegt wurde. Dadurch erhöhte sich der Frauenanteil auf 8-9 Prozent, bis die Quote 1988 als nicht verfassungskonform wieder abgeschafft wurde.⁹ Im Jahr 2009 wurde erneut eine Frauenquote von 64 Sitzen eingeführt, die zu einem Frauenanteil von zwölf Prozent im Parlament von 2010 führte.

Auch wenn es durch Quoten gelingt den faktischen Anteil von Frauen zu erhöhen, so

sind es doch vor allem soziale, religiöse und kulturelle Gründe, die einer starken Repräsentanz von Frauen im Parlament im Wege stehen.

„Susan’s Gesetze“ – oder war unter Mubarak alles besser?

In Ägypten gibt es seit Beginn des letzten Jahrhunderts eine aktive, eigenständige und tief in der Gesellschaft verwurzelte Frauenbewegung.

Trotz der Bedingungen des autokratischen Systems von Husni Mubarak wurden entscheidende rechtliche Verbesserungen für Frauen per Präsidialdekret durchgesetzt. Zu nennen sind hier die Einrichtung des Nationalen Rates für Frauen (2000), die Frauenquote im Parlament (2005/2009), das Scheidungsrecht für Frauen (Khul’, 2000) oder die Ernennung von Dr. Tahani al-Gebali zur ersten Richterin (2003), der wenige Jahre später 32 weitere Frauen in Richterpositionen folgten (2007).

Diese Gesetze wurden nach der Ehefrau von Husni Mubarak benannt und daher auch ironisch als „Susan’s Gesetze“ bezeichnet. Susan Mubarak hatte das Thema Frauenrechte im Mubarak-System mit ihrem Namen besetzt und z.T. gegen den Willen vieler zivilgesellschaftlicher Aktivistinnen okkupiert. In der Folge stehen diese Errungenschaften im post-revolutionären Ägypten ebenso wie die damit verbundenen Institutionen und Personen zunächst im Lichte des alten Regimes.

Susan Mubarak war bis zur Revolution erste und einzige Präsidentin des National Council for Women (NCW). Zum ersten Jahrestag des Rücktritts von Husni Mubarak am 11. Februar 2012, ernannte der Militärrat 40 neue Mitglieder des Nationalen Frauenrates und Mervat Tallawy, 1987 erste Botschafterin Ägyptens (in Österreich), zur neuen Präsidentin des Rates.¹⁰ Trotzdem hat der Frauenrat mit einem gravierenden Legitimationsdefizit zu kämpfen.

Die islamistische Perspektive: Frauenrechte als Familienrechte

Obwohl bislang weder vom mittlerweile wieder aufgelösten islamistisch dominierten Parlament (Unterhaus), noch vom Shurarat (Oberhaus) Gesetze erlassen wurden, die eine Verschlechterung der rechtlichen Situation von Frauen zur Folge haben, ist dies in Zukunft durchaus zu befürchten.

Es gibt im islamistischen Lager durchaus Versuche, Errungenschaften bei den Frauenrechten in Frage zu stellen oder gar rückgängig zu machen. Immer wieder tauchen in den Medien derartige Äußerungen nicht nur aus dem salafistischen Spektrum auf (zum Beispiel die Senkung des heiratsfähigen Alters).

Vor einiger Zeit brachten auch Vertreter der Muslimbruderschaft eine Umwidmung des National Council for Women in einen Nationalen Rat für Familien ins Spiel. Muhammad Al-Beltagy, Generalsekretär der Partei für Freiheit und Gerechtigkeit sagte:

“The people want integration and coordination of the roles of men and women, a shared responsibility, in accordance with a special Egyptian agenda, not an agenda imposed by the women’s office in the United Nations.”¹¹

Abgesehen von der Abschaffung der Frauenquote im Parlament – bemerkenswerter Weise nicht durch die Islamisten, sondern durch den Militärrat – im Mai 2011, ist allerdings festzuhalten, dass es bisher unter der Präsidentschaft von Muhammad Mursi faktisch noch keine rechtlichen Änderungen zu Ungunsten von Frauen gab.

Frauenrechte in der neuen Verfassung

Ebenfalls vor dem Hintergrund der hoch emotionalen, politisch kontroversen Debatte um den Verfassungsgebungsprozess ist auch die Debatte um die Verankerung von Frauenrechten in der neuen Verfassung zu sehen.

Insbesondere Frauenrechts-Aktivistinnen, die seit Jahrzehnten um die Verbesserung der Situation von Frauen in Ägypten kämp-

fen und die nach der Revolution erwartet hatten, nun große Fortschritte in Richtung ihrer Ziele machen zu können, sehen sich zwei Jahre später weitgehend enttäuscht. Sie müssen vielmehr um den Bestand des bereits Erreichten fürchten. Aus ihrer Sicht ist die neue, mehrheitlich von islamistischen Repräsentanten geschriebene Verfassung negativ zu beurteilen. Hinsichtlich der Frage der Frauenrechte drehte sich die öffentliche Debatte v.a. um den Wegfall der in Art. 11 der alten Verfassung (1971) noch explizit genannten Gleichheit von Männern und Frauen im politischen, sozialen, kulturellen und ökonomischen Leben.¹²

Die neue Verfassung negiert zwar nicht die Gleichberechtigung der Geschlechter und nennt zumindest in der Präambel unter Punkt 5 „Equality and equal opportunities are established for all citizens, men and women, without discrimination or nepotism or preferential treatment, in both rights and duties.“¹³ Dennoch ist festzuhalten, dass Frauen und deren Rechte in dieser Verfassung grundsätzlich immer im Kontext des Schutzes der Familie erwähnt werden. Dieser Schutz der Familie wird in Artikel 10 noch einmal besonders hervorgehoben und die Rechte der Frauen in diesem Zusammenhang explizit erwähnt:

“The family is the basis of the society and is founded on religion, morality and patriotism. The State is keen to preserve the genuine character of the Egyptian family, its cohesion and stability, and to protect its moral values, all as regulated by law. The State shall ensure maternal and child health services free of charge, and enable the reconciliation between the duties of a woman toward her family and her work. The State shall provide special care and protection to female breadwinners, divorced women and widows.”¹⁴

Mit der Festschreibung der Gleichheit von Männern und Frauen in der Präambel und der gleichzeitigen Beibehaltung und Ausweitung (Art. 219) der Scharia als Hauptquelle der Gesetzgebung (Art. 2) bleibt es letztlich den Anwälten und Verfassungsrichtern überlassen, wie die rechtliche

Gleichstellung von Frauen im zukünftigen Ägypten aussehen wird. Bisher ist dazu kein Urteil gefallen.

57. UN-Kommission zum Status von Frauen

Eine weitere Debatte zur Frage der Frauenrechte im neuen Ägypten entzündete sich im März 2013 anlässlich der 57. Sitzung der UN-Kommission zum Status von Frauen (CSW).¹⁵ In der Vergangenheit wurde die ägyptische Delegation zu der jährlich stattfindenden Sitzung der UN-Kommission regelmäßig von der Präsidentin des NCW geleitet. Nach Darstellung des NCW war Mervat Tellawi auch dieses Mal die Delegationsleiterin.¹⁶ Gleichzeitig ernannte Präsident Mursi seine Sonderberaterin für politische Angelegenheiten, Dr. Pakinam al-Sharkawi zur Leiterin der Delegation, die dann auch die Hauptrede der ägyptischen Delegation hielt.¹⁷ Es ist nicht überraschend, dass sie in ihrer Rede die Regierung und deren Initiativen zum Schutz von Frauen vor Gewalt, zur stärkeren Etablierung von weiteren Frauenrechten, sowie die neue Verfassung in einem positiven Licht darstellte.¹⁸ Mervat Tellawi, deren Beitrag im Rahmen des Panels zur Prävention von Gewalt gegen Frauen stattfand, nahm eine Gegenposition zu al-Sharkawi ein. Damit spiegelte sich die derzeit in Ägypten geführte Debatte zwischen den politischen Lagern in der UN-Kommission wieder.

Erstaunlicher dagegen war eine wenige Tage später, am 14. März, auf der englischen Website der Muslimbrüder veröffentlichte Kritik an den sogenannten „vereinbarten Schlussfolgerungen“ (agreed conclusions) der UN-Kommission zum Status von Frauen, die zu diesem Zeitpunkt noch gar nicht offiziell vorlagen.¹⁹

Das von der Muslimbruderschaft veröffentlichte Statement kritisiert die Artikel des erst einige Tage später veröffentlichten UN-Dokuments in vielen Punkten – zum Beispiel Recht auf Selbstbestimmung des eigenen Geschlechtes, Homosexualität, Respekt für Prostituierte, das Recht Vergewalti-

gung in der Ehe anzuzeigen, gleiches Erbrecht, Ersatz der Vormundschaft durch Partnerschaft, gleiche Rollenübernahme in der Familie bei Erziehung und Entscheidungen über Ausgaben, gleiches Eherecht, Abschaffung der Polygamie und der Mitgift, Entzug des Scheidungsrechtes durch den Ehemann selbst, stattdessen Ausübung durch einen Richter, Vermögensteilung nach einer Scheidung, Abschaffung der Notwendigkeit der Zustimmung des Ehemannes für Reisen, Arbeit und Verhütung – die sich in dieser Form nicht in den Schlussfolgerungen wiederfinden. Es spricht deshalb Vieles dafür, dass dieses Statement keine originäre Reaktion auf dieses spezielle UN-Dokument war, sondern eher im Kontext einer bereits länger andauernden Auseinandersetzung von islamistischer Seite mit verschiedenen UN-Resolutionen vorbereitet wurde. Dazu gehören u.a. die der Internationalen Bevölkerungskonferenz von 1994 in Kairo und der Frauenkonferenz von 1995 in Peking.

Nach Informationen des Nationalen Frauenrates ist die Autorin dieses Statements Kamilia Helmy, Präsidentin des „Internationalen Islamischen Komitees für Frauen und Kinder“²⁰, das sich in einem Zusammenschluss mit 17 weiteren Islamischen Staaten in dieser Hinsicht engagiert.²¹

Ausblick

Wenn sich der ‚Staub‘ der gegenwärtigen hoch emotionalen und stärker von Gerüchten und Befürchtungen als belastbaren Fakten geprägten Debatte um die Rechte von Frauen im post-revolutionären Ägypten gelegt hat, wird herauszufinden sein wie stark diese, in dieser Erklärung der Muslimbruderschaft zum Ausdruck gebrachte, erschreckende Haltung im islamistischen Lager tatsächlich ist. Die realen Machtverhältnisse im voraussichtlich auch in den nächsten Jahren von verschiedenen islamistischen Strömungen geprägten Parlament werden Aufschluss darüber geben, wie es

mit den Rechten und der Gleichberechtigung von Frauen in Ägypten weiter geht.

Unabhängig davon werden – mit Blick auf ihre über hundertjährige Geschichte und nicht zuletzt auch wegen der irreversiblen Veränderungen die die ‚Revolution‘ in Ägypten hinterlassen hat – die Frauenrechtsaktivistinnen in Ägypten auch unter der Herrschaft der Islamisten weiter für ihre Rechte kämpfen.

|| NINA PRASCH

Auslandsmitarbeiterin Ägypten

ANMERKUNGEN

- 1 Vgl. Scroggins, Deborah (2012): The Arab Spring's misogynist winter. Women across the Middle East have been deprived of rights, URL <http://www.nydailynews.com/opinion/arab-spring-misogynist-winter-article-1.1024659> [24.04.2013].
- 2 Vgl. McVeigh, Tracy (2013): How Egypt's radical rulers crush the lives and hopes of women, URL <http://www.guardian.co.uk/world/2013/mar/31/egypt-cairo-women-rights-revolution> [24.04.2013].
- 3 Vgl. Gerlach, Julia (2012): Die Revolution frisst ihre Frauen, URL <http://www.zeit.de/2012/06/DOS-Aegypten> [24.04.2012].
- 4 So gestattet die Rechtsprechung auf Grundlage der Sharia die Polygamie einseitig für Männer. Auch bei interreligiösen Eheschließungen ist es muslimischen Männern erlaubt eine Frau christlichen Glaubens zu heiraten, eine muslimische Frau kann dagegen keinen Christen heiraten.
- 5 Vgl. Fathi, Yasmine (2013): The circle of hell: Inside Tahrir's mob sexual assault epidemic, URL <http://english.ahram.org.eg/NewsContent/1/64/65115/Egypt/Politics-/The-circle-of-hell-Inside-Tahrirs-mob-assault-epid.aspx> [28.04.2013].
- 6 Vgl. Pilgrim, Sophie (2013): Cairo rape video highlights plight of women protesters, URL <http://www.france24.com/en/20130203-cairo-gang-rape-video-women-rights-protest-egypt-politics-tahrir-square> [28.04.2013].
- 7 Vgl. Ahram Online (2013): Wasat Party leader repeats 300,000 'thugs' claim, URL <http://english.ahram.org.eg/NewsContent/1/64/68898/Egypt/Politics-/Wasat-Party-leader-repeats-,-thugs-claim.aspx> [28.4.2013].
- 8 Vgl. Mahfouz, Asma (2011): http://www.youtube.com/watch?feature=player_detailpage&v=SjilgMdsEuk [28.04.2013].
- 9 Vgl. Leila, Reem (2013): Pushed Back, <http://weekly.ahram.org.eg/> [28.04.2013].
- 10 Vgl. State Information Service (2012): The National Council for Women (NCW), URL <http://www.sis.gov.eg/En/Story.aspx?sid=2267> [28.04.2012].
- 11 Ikhwanweb (2012): Egyptians Demand a National Council for the Family, URL <http://www.ikhwanweb.com/article.php?id=29765> [28.04.2013].
- 12 Vgl. State Information Service (k. A.): Constitution of the Arab Republic of Egypt 1971, URL http://www.sis.gov.eg/en/LastPage.aspx?Category_ID=208 [28.04.2013].
- 13 Youssef, Nariman (2012): Egypt's draft constitution translated, URL <http://www.egyptindependent.com/news/egypt-s-draft-constitution-translated> [24.04.2013]. Die offizielle Englische Übersetzung der neuen Verfassung liegt der Autorin nur als Hardcopy ohne Zitationsangaben vor.
- 14 Ebd.
- 15 Vgl. Commission on the Status of Women (2013), <http://www.un.org/womenwatch/daw/csw/57session#ac> [28.04.2013].
- 16 Vgl. National Council for Women (2013): The fifty-seventh session of the Commission on the Status of Women, URL <http://www.ncwegypt.com/index.php/en/slide/735-the-fifty-seventh-session-of-the-commission-on-the-status-of-women> [28.04.2013].
- 17 Vgl. Hegab, Selma (2013): Pakinam El Sharkawy to head Egypt's delegation to UN Commission on the status of women, URL <http://www.dailynewsegypt.com/2013/03/02/pakinam-el-sharkawy-to-head-egypts-delegation-to-un-commission-on-the-status-of-women/> [28.04.2013].
- 18 Vgl. Daily News Egypt (2013): New Constitution 'underlines rights of women', URL <http://www.dailynewsegypt.com/2013/03/05/new-constitution-underlines-rights-of-women/> [28.04.2013].
- 19 Vgl. Ikhwanweb (2013): Muslim Brotherhood Statement Denouncing UN Women Declaration for Violating Sharia Principles, URL <http://www.ikhwanweb.com/article.php?id=30731> [28.04.2013].
- 20 Vgl. Islamic Committee for Woman and Children, URL <http://www.iicwc.com/lagna/iicwc/iicwc.php?id=883> [28.04.2013].
- 21 Vgl. National Council for Women (2013): The National Council for Women's Response to the Muslim Brotherhood's Statement on the Proposed Agreed Conclusions by the 57th Session of the Commission on the Status of Women on Violence Against Women, URL <http://www.ncwegypt.com/index.php/en/media-centre/ncw-news/147-ncw-s-stand-with-regards-to-the-current-events-and-issues/748-the-national-council-for-women-s-response-to-the-muslim-brotherhood-s-statement-on-the-proposed-agreed-conclusions-by-the-57th-session-of-the-commission-on-the-status-of-women-on-violence-against-women> [28.04.2013].

INDIEN - FRAUEN IN DER GESELLSCHAFT

VOLKER BAUER ||

Wahrnehmung und Rolle der Frau im heutigen Indien sind durch Traditionen geprägt. Der wirtschaftliche Wandel bringt nun auch gesellschaftliche Veränderungen mit sich, die Konflikte bedingen. Wie Indien selbst präsentieren sich die Natur und Rolle der Frau in der Gesellschaft geprägt von großer Heterogenität, Divergenz und vielerlei paradox erscheinender Phänomene. Zur Überwindung der Konflikte sind auch die Frauen gefordert.

Die Frau in den altindischen Schriften

Wenn man Indien bereist, wird man feststellen, dass man sich einer spirituellen Omnipräsenz nicht entziehen kann. Zu tief prägt das Prinzip des Seins dieses Land und spielt auf allen Ebenen menschlicher Existenz eine entscheidende Rolle. Um die Rolle der Frau in Indien in der Neuzeit zu verstehen, muss weit zurückgeblickt werden. Man muss sich vor Augen halten, dass die Weiblichkeit als schöpferische Manifestation des kosmischen Prinzips gesehen wird.

In den altindischen Schriften¹ ist das weibliche Prinzip Teil eines kosmischen Ganzen, und die Frau wird als ebenbürtiges Wesen in der spirituellen Ebene als weibliche Gottheit verehrt und gefürchtet. Als einige Beispiele dienen hier Durga auf einem Tiger reitend oder Kali, tanzend und furcht-einflößend zugleich. Shakti, die weibliche Urkraft des Universums, ist allgegenwärtig.

Dies gilt auch für die heilige Marienfigur, die bei den christlichen Frauen in Indien ihre Anbetung findet. Auch in den Epen der Mahabharata finden sich unzählige weibliche Leitfiguren.² Das Prinzip der Anbetung ist die Hingabe an eine allumfassende, zugrundeliegende Interdependenz menschlichen Seins mit Gott.

Durch Meditation und Yoga könne eine Aufgabe des Ichs und somit eine Realisierung des Ganzen erfolgen. Eine Auflösung der persönlichen Bedürfnisse verstarke den Respekt gegenüber anderen – auch und gerade gegenüber den Frauen, die im Alltag bereits eine Aufgabe des Ichs praktizieren. Die Hingabe an das Übergeordnete – auch die Familie – und die Bereitschaft zu Opfern, sowohl im Sinne von Enthaltsamkeit bis hin zur Selbstaufopferung, prägen die Existenz von Frauen in Indien in allen Gesellschaftsebenen zu allen Zeiten.

So lässt sich auch im Verlauf der modernen Geschichte Indiens ein immer wiederkehrendes Prinzip erkennen: die weibliche Manifestation der Heiligen, etwa Sri Sarada im Falle Ramakrishnas oder der „Mutter“ im Falle von Sri Aurobindo, die nicht einmal indischer sondern französischer Herkunft war. So hat gerade der intrinsische Sinnzusammenhang in einer von Werten geprägten Gesellschaft und Religion in Indien noch eine besondere, erfahrbare Nähe und zeigt im Laufe der Zeit weitere Facetten auf.

Die Frau in der indischen Gegenwart

Blickt man auf diese verbrieften Weisheiten in Indien, fällt es schwer, Benachteiligungen von Mädchen und Frauen oder tätliche Übergriffe auf selbige in der Neuzeit zu verstehen. Einerseits werden weibliche Gottheiten in tiefster Ehrfurcht verehrt, andererseits ist die Frau im täglichen Leben mit Unterdrückung und Demütigung in politischer, sozialer und wirtschaftlicher Hinsicht konfrontiert. Eine gesamtheitliche Bestandsaufnahme für mögliche Gründe scheitert.

Benachteiligung bei Bildung, die auf einem veralteten Bildungssystem aufbaut, ist eine mögliche Erklärung. Zudem gewinnt der Teil der Gesellschaft Einfluss, der sich immer mehr dem kapitalistischen Westen angleicht und sich gleichzeitig von eigener Tradition und Werten bewusst und unbewusst entfernt. Der Gang zum Tempel wird zur Gewohnheit. Eine Besinnung während und nach dem Gebet findet nicht mehr so statt, wie es Jahrhunderte lang praktiziert wurde. Besonders in den Städten werden spirituelle Werte zunehmend durch eine „Kauf-“ oder „Besitzmentalität“ abgelöst; einer Auflösung des Ichs stehen neue Möglichkeiten der Selbstrealisierung im Wege. Dies hat Auswirkungen auf Ehe, das Zusammenleben in der Gesellschaft und die Politik.

Die Gedankenwelt, die Perzeption und die Vorstellung der Menschen in Indien sind vielschichtig. Kulturelles wie geistiges Erbe spielen eine ebenso bedeutende Rolle wie die Weiterentwicklung der Wirtschaft in einer globalen Welt. In dieser globalen Welt blickt der indische Mann durch Fernsehen und Internet auf die Frauen anderer Kontinente, ohne die Zusammenhänge der dortigen Kulturen über die Jahrhunderte hinweg zu kennen und das heutige Bild verstanden zu haben. Er ist sich bewusst, dass Frauen als Mütter, Ehegattinnen und Töchter existieren. Er nimmt Frauen in der Welt aber auch als reine Objekte wahr. Nach dem Ausblick durch die Fenster in die Welt scheint

eine Vielzahl der Männer in Indien zu vergessen, dass die gesellschaftliche und häusliche Realität in den Städten und Dörfern in Indien eine andere ist. Für Gewalt, Unterdrückung und eine den Trieben untergeordnete Handlungsweise ist hier nicht der richtige Platz.³

Ethik und Moral

Die Handlungsweise sollte darauf abgestimmt sein, sich mit Besinnung auf Moral und Ethik gegenseitig zu stützen, so wie es in den alten Schriften gelehrt wird. Dies ist natürlich im menschlichen Miteinander nicht überall umsetzbar, nicht in Indien und auch nicht anderswo auf der Welt. Dennoch werden die Menschen in Indien regelmäßig an Ethik und Moral erinnert. So hat bis zum heutigen Tag die indische Presse landesweit in verschiedenen Sprachen täglich eine Rubrik für Spirituelles reserviert und ist für beide Geschlechter erreichbar.

Aber nicht nur der Mann muss umdenken, insbesondere die Frau im modernen Indien muss sich ihrer Stärke, ihrer eigenen Potentiale, ihren noch offen liegenden Möglichkeiten, noch mehr bewusst werden und auch den Mut aufbringen, sich zu äußern und im Alltag in die Tat umzusetzen,⁴ in einem vielleicht auch nur existentialistisch gedachten Gedankenentwurf, entlang des berühmten Ausspruchs von Simone de Beauvoir: „*On ne naît pas femme, on le devient*“⁵ (Man wird nicht als Frau geboren, man wird es). Also, eher ein „frei werden“. Ein sich Befreien aus der bestehenden Realität in den Dörfern und Städten mit ihren Millionen von Einwohnern. Das „Sich-nicht-mehr-einordnen“ in bestehende Strukturen, sondern das Leben einer dekonstruierten Form eines aktuelleren Frauenbildes, das vor allen Dingen den eigenen „Seinsentwurf“ der eigenen Existenz in den Vordergrund stellt. Die bewusste eigene Wahl, Verantwortung für sein „Sein“ zu übernehmen und sogar noch darüber hinaus das eigene Leben aktiv zu gestalten, und dann darauf hinzuarbeiten, das Unterworfensein durch Tradition und Gesellschaft unter das

männliche Geschlecht zu überwinden. Die Frau muss sich behaupten, muss die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen verändern, um sich entfalten zu können; sich einsetzen für die ihr wichtig erscheinenden Ziele und Werte, für ihre eigene Selbstachtung und für den Respekt vom anderen Geschlecht. Abtreibung weiblicher Föten, Kinderheirat und Mitgift müssten so zuvorderst angeführt werden.

Frauen in der Politik und Wirtschaft

Weibliche Leitfiguren gab und gibt es in Indien nicht nur in der Mythologie, sondern auch in der Politik. Derzeit sind mit Sheila Dikshit, Mamata Banarji, Jayalalita und Mayawati vier Frauen, entweder als Regierungschefinnen von großen Bundesstaaten an der Macht oder als Oppositionsführerinnen in ihren jeweiligen Bundesstaaten, politisch erfolgreich tätig. Mit Sonia Gandhi als Vorsitzende der einflussreichen, landesweit agierenden Kongresspartei, sehen wir die politisch mächtigste Frau in Indien, die im Verborgenen als Hüterin der Nehru-Gandhi-Dynastie die Fäden zieht. Indira Gandhi, ihre Schwiegermutter, regierte das Land in den Jahren 1966 bis 1977 und von 1980 bis 1984 als Premierministerin.

Mindestens ein Drittel lokaler Parlamentssitze – in vielen Bundesstaaten sind es fünfzig Prozent – sind für Frauen reserviert und sollen für eine aktive Teilnahme von Frauen am tagespolitischen Geschehen sorgen. Diese Teilnahme ist zum größten Teil noch Theorie. Zwar sind die Frauensitze geschaffen, jedoch fungieren die Frauen nur als Platzhalter. Sie stimmen so ab, wie es von den Männern gewünscht wird. Für eine bessere Durchsetzung mit tatsächlicher Wirksamkeit dienen hier auch Frauenförderungsprojekte (*Women Empowerment*), die gleichzeitig als Überprüfung der Entwicklung der Position der Frau dienen und die Basisdemokratie unterstützen. Denn nur, wenn auch die politische Mitgestaltung und ein funktionierender Kommunikationsfluss bis hin zur höchsten Ebene Wirklichkeit werden, kann eine wirklich substantielle und effektive

Änderung eintreten. Ebenso wichtig ist die ökonomische Unabhängigkeit, die einen notwendigen Grad der Freiheit bildet.⁶

Projekte der HSS

Die Hanns-Seidel-Stiftung fördert in Indien in großem Maße die Stärkung des föderalen Systems. Hierbei stehen die Gram Panchayats – Tausende Dorfparlamente – im Vordergrund. Frauen, – sogenannte Change-Agents, also Trägerinnen des Wandels – bilden den Hauptfokus.

Mit Unterstützung unserer Partnerorganisation SIDART werden seit Jahren Dorfrätinnen in ihrer politischen Aufgabe geschult und unterstützt.

In mehreren Bundesstaaten unterstützt die Hanns-Seidel-Stiftung lokale Organisationen bei der Durchführung unterschiedlicher Bildungsveranstaltungen. Im Fokus stehen hier zumeist Frauen, welche zu ausschlaggebenden Themen wie Gesundheit, persönlichen Rechten und Entwicklungsmöglichkeiten geschult werden.

Die moderne indische Frau ist im ganzen Land auf allen Ebenen und in nahezu allen Berufszweigen in verschiedenen Positionen tätig. Sie ist nicht nur, wie die oben genannten Spitzenpolitikerinnen in der Politik sichtbar. Auch als Managerinnen in Industriefirmen, Vorsteherinnen landesweit agierender Großbanken, Spitzenbürokratinnen, aktiven Mitgliedern von Mikrokreditgemeinschaften⁷ oder als selbständige Modedesignerinnen. Als Trägerinnen von Werten und kulturellem Erbe – manchmal durchaus objektiviert – sind Frauen natürlich auch als weibliche Heldinnen in Bollywood-Filmen⁸ und landesweit allgegenwärtig bei täglichen Aufführungen von klassischem indischen Tanz und Gesang sichtbar und geschätzt. Andererseits sieht man Frauen natürlich auch als Dienstboten, Wäscherinnen, Lastenträgerinnen auf Baustellen oder gar als Bettlerinnen. Das komplette Spektrum wird im städtischen und ländlichen Indien abgedeckt.

Die starke, und an alten Traditionen reiche Sozialkultur ist es, die den Druck auf erfolgreiche Frauen ausübt und sie in Karriere oder Werdegang zur Selbstverwirklichung beschneidet.⁹ Dabei entsteht dieser gesellschaftliche Druck nicht nur von der männlichen Seite aus. Ob sie nun als Mitglieder von 50 Millionen weiblichen Stammesangehörigen in den Wäldern Indiens oder als eine der 400 Millionen Frauen in einem der 640 Tausend indischen Dörfern oder als Stadtbewohnerin in Slums, in ärmlichen oder ordentlichen Behausungen oder Prunkvillen leben, hat keine Bedeutung für die Rolle, die Frauen im Verlauf einer sich ändernden Gesellschaft neu zu definieren und selbst zu gestalten haben.¹⁰ Trotz einiger Bewegungen, in denen sich Frauen örtlich begrenzt seit 1882 und insbesondere seit 1920 in Indien immer wieder zusammenschlossen¹¹, gibt es in Indien keine starke landesweite Frauenbewegung.¹² Auch fehlt in Indien eine Bewegung sexueller Aufklärung und Emanzipation, wie man sie in Europa insbesondere seit den Sechzigern beobachten konnte.

Ausblick

Die bisherige Abwesenheit dieser beiden wichtigen Bausteine im gleichberechtigten Zusammenleben der Geschlechter lassen die Befürchtung aufkommen, dass Indien noch weit davon entfernt ist, Frauen die Rolle in der Gesellschaft zukommen zu lassen, wie sie in den alten Schriften, aber auch in der indischen Verfassung¹³ und weiteren Gesetzen der noch jungen Union bereits für sie reserviert und festgeschrieben steht. Eine humanitäre Vision einer funktionierenden Gesellschaft beruht zweifelsohne auf der Gleichberechtigung und Anerkennung beider Geschlechter, die sich in ihrer Selbstverwirklichung nicht behindern, sondern gemeinsam unterstützen und sich als Individuen aber auch im Familienverbund so weiter entwickeln. Mit Gesetzesverschärfungen gegen Gewalt wird man dieser Vision alleine nicht näher kommen. Sie sind nur ein wichtiger Baustein auf dem

Weg einer Annäherung der Geschlechter. Nur durch aktive Teilnahme der Frauen in landesweiten Bewegungen, denen Bildung¹⁴ vorausgehen muss, kann in Indien der Wendepunkt erreicht werden. Bildung und Freiheit, sowie eine Akzeptanz dessen von der männlichen Seite, würden zu einem neuen Selbstbewusstsein verhelfen, einem neu definierten Bild und einer Rolle der Frau, die sich nicht mehr unterordnen lässt, sondern auf Augenhöhe mit Männern in der Gesellschaft agiert. Aber solange es nicht zur Einführung eines landesweiten neuen Bildungssystems kommt, oder es zumindest eine richtungsweisende Bildungsreform gibt, die Mädchen landesweit regelmäßig am Unterricht teilhaben und entfalten lässt, wird die große Mehrzahl von Frauen in Indien weitgehend in ihrer traditionellen Rolle als unterwürfiges Wesen ohne Stimme in der Gesellschaft unterdrückt bleiben.

In einer Gesellschaft, die zwischen spiritueller Tradition und marktwirtschaftlicher Moderne entlang balanciert, müssen Mann und Frau ihren Platz noch finden.

Dennoch bleibt die Hoffnung, dass Indien sich auf dem Wege in die Moderne auf seine alten Werte besinnt und diese auch nutzt. Die Frau ist und bleibt eine Quelle der Kraft und Liebe. Sie wird stets die Verkörperung der Werte Dharma (Rechtschaffenheit) und Kama (Liebe, Fürsorge) bleiben.

|| DR. VOLKER BAUER

Auslandsmitarbeiter Indien

Unter Mitarbeit von Jessica-Raani Bauer.

ANMERKUNGEN

- 1 Vgl. Müller, Max (1879): The Upanishads, Part 1 (SBE01), URL <http://www.sacred-texts.com/hin/sbe01/index.htm> [15.04.2013].
Vgl. Parthasarathy, Avula (1992): Srimad Bhagavad Gita, Volume 1-3. Bombay.
- 2 Vgl. Dutt, Romesh C. (1899): The Ramayana and Mahabharata URL <http://www.sacred-texts.com/hin/dutt/> [16.04.2013].
- 3 Seit der Tragödie in Delhi vom Dezember 2012 scheinen mehr Frauen und Familien in Indien ermutigt worden zu sein, Gewalttaten bei der Polizei zu melden. Die englischsprachigen Zeitungen berichten nun fast täglich über Gewalttaten. Statistiken sind wenig aussagekräftig. Hier sind nur Fälle abgebildet, die gemeldet wurden.; Vgl. National Crime Records Bureau, Ministry of Home Affairs (2010): Crime against women, Chapter 5. URL <http://ncrb.nic.in/cii2010/cii-2010/Chapter%205.pdf> [16.04.2013].; Vgl. National Institute of Public Cooperation and Child Development (2010): Statistics on Women in India. S. 311. URL <http://nipccd.nic.in/reports/ehndbk10.pdf> [16.04.2013].; Vgl. Interview with Ranjana Kumari (04.01.2013). URL http://www.youtube.com/watch?v=x-_lzQ1IRU0 [16.04.2013].
- 4 Dies kann zu Hause oder im Dorf- oder Stadtparlament sein oder als Mitglied einer Regierungs- oder Nichtregierungsorganisation.
- 5 Vgl. De Beauvoir, Simone (1949): *Le deuxième sexe* 1, Gallimard, S. 285.
- 6 Auch dies ist im Basisdemokratieansatz der HSS in Indien skizziert und wird in Workshops umgesetzt.
- 7 Vgl. National Bank for Agriculture and Rural Development (Nabard): Status of Microfinance in India (2011-2012). URL <http://www.nabard.org/departments/pdf/Status%20of%20Microfinance%202011-12%20full%20book2.pdf> [12.04.2013].
In Indien leben gemäß Studie der Reserve Bank of India zwischen 450 und 500 Millionen Menschen, die „unbankable“ sind, also keinen Zugang zu Staats- und Privatbanken haben und finanziell von Familienmitgliedern abhängig sind oder bei privaten Geldverleihern zu nicht marktüblichen Zinsen Geld leihen können. Dies ist die Zielgruppe für den Mikrofinanzierungsansatz in Indien. Die Mikrofinanzgeschichte in Indien geht auf das Jahr 1970 zurück und ist eng mit der Self Employed Women's Association (SEWA) im nordwestlich gelegenen Bundesstaat Gujarat verbunden. Seither entstanden zahlreiche weiteren Selbsthilfegruppen. Derzeit bieten neben den Selbsthilfegruppen auch Regierungs-, aber auch private Organisationen, Mikrofinanzleistungen im hauptsächlich ländlichen Bereich an. Ende 2010 bekam die Mikrofinanz-Erfolgs-geschichte erste Risse, als der mittelindische Bundesstaat Andhra Pradesh ein Gesetz zur Schließung sämtlicher privater Mikrofinanzinstitutionen im beschloss. Es wird seither kontrovers diskutiert, ob diese Aktion im Sinne der Armen gewesen sei. Da lediglich 5% der Bevölkerung in Indien von den zehn größten Mikrokreditfinananzbietern bedient werden, muss aber in Frage gestellt werden, ob die Schließung von privaten Anbietern in Andhra Pradesh eine gravierende Auswirkung auf das Mikrofinanzgefüge in Gesamtindien gehabt hat.
- Siehe hierzu auch folgenden weiteren Quellen mit detaillierten Zahlen und Fakten:
Vgl. Arena, Biz (2011): MicroFinance – Current Status and Growing Concerns in India. URL http://www.iitk.ac.in/ime/MBA_IITK/avantgarde/?p=475 [12.04.2013].; Vgl. Bhagat, Rasheeda (2009): Microfinance in India empowering women. URL <http://southasia.oneworld.net/features/microfinance-in-india-empowering-women> [12.04.2013].; Vgl. Biswas, Soutik (2010): India's micro-finance suicide epidemic. URL <http://m.bbc.co.uk/news/world-south-asia-11997571> [09.04.2013].; Vgl. Bansal, Sarika (2011): India's poor need help to help themselves. URL <http://m.guardian.co.uk/commentisfree/2011/mar/07/india-andhra-pradesh-microfinance> [09.04.2013].; Vgl. De Schutter Olivier (2013): The Feminization of Farming. URL <http://topics.nytimes.com/topics/reference/timestopics/subjects/m/microfinance/index.html> [08.04.2013].; Vgl. Microcredit Summit Campaign: Data Reported to the Campaign in 2012 (2011). URL http://www.microcreditsummit.org/pubs/reports/socr/2012/WEB_SO_CR-2012_English.pdf [07.04.2013].; Vgl. The Network Network (2013): Study shows that micro-credit has empowered women. URL http://articles.timesofindia.indiatimes.com/2013-01-05/ahmedabad/36160951_1_iim-a-study-bandhan [12.04.2013].; Vgl. ResponsAbility (2013): Microfinance Market Outlook 2013, High Debt? Low Growth? Not here. URL http://www.responsability.com/domains/responsability_ch/data/free_docs/rA_Microfinance_Market-Outlook_2013_EN.pdf [10.04.2013].
Vgl. Indian School of Microfinance for Women (2011). URL <http://www.ismw.org.in/> [12.04.2013].
- 8 Einer der bekannten männlichen indischen Filmstars hat im März 2013 verkündet, dass in den Filmen, in denen er die Hauptrolle spielt, künftig seine weibliche Co- Filmakteurin im Nachspann zuerst genannt wird. Dies ist eine kleine Geste in eine neue Richtung.
- 9 Gemäß einer Studie "India's Economy: The Other Half", die 2012 vom Center for Strategic and International Studies publiziert wurde, führt der Autor Persis Khambatta aus, dass Indien mit insgesamt 478 Millionen Arbeitnehmern die zweitgrößte Arbeitnehmerschaft in der Welt aufweist. Der Anteil von Frauen ist aber nur 24% und der Anteil von Frauen in Spitzenpositionen ist gar nur 5%, verglichen mit einem weltweiten Durchschnitt von 20%. Und nahezu die Hälfte der Frauen brechen ihre Berufskarriere ab, bevor sie die Mitte ihrer Berufslaufbahn erreicht haben. Dies geschieht größtenteils, weil auch gut ausgebildete indische Frauen sich aus gesellschaftlichen Zwängen in ihre traditionelle Rolle fügen müssen.
Vgl. Kolhatkar, Sheelah (2013): India's Economy Lacks as the Women Lack Opportunity. URL <http://mobile.businessweek.com/articles/2013-01-31/indias-economy-lags-as-its-women-lack-opportunity> [12.04.2013].
- 10 Dies gilt auch in Bezug auf das Thema Mitgift, ein Thema, das so tief im gesellschaftlichen Bewusstsein verankert ist, dass man nicht einmal mehr groß darüber diskutiert. Es ist systemimmanent.
- 11 Vgl. Shod Ganga, A reservoir of Indian thesis: Mapping the Women's Movement in India, Chapter 4. URL http://shodhganga.inflibnet.ac.in/bitstream/10603/2722/13/13_chapter%204.pdf; <http://www.sify.com/mobile/news/wanted-a-new-feminist-movement%20-in-india-news-columns-mm5IMlgcabf.html>; <http://www.cwds.ac.in/ocpaper/globalisationreport.pdf>; <http://citeseerx.ist.psu.edu/viewdoc/download?doi=10.1.1.195.9810&rep=rep1&type=pdf> [09.04.2013].

- 12 In den letzten Jahrzehnten sieht man vor allem in den Ballungsräumen Bewegungen, die sich nach den Ereignissen vom Dezember 2012 und April 2013 in Neu Delhi verstärken und ausdehnen könnten. Dr. Ranjini Kumari vom Centre for Social Research (URL <http://www.csrindia.org/>) nimmt hierbei eine besonders aktive Stellung ein. Aber auch im ländlichen Raum gibt es zu beobachtende Ansätze.
- 13 Constitution of India (1949) URL <http://www.advocatek-hoj.com/library/bareacts/constitutionofindia/index.php?Title=ConstitutionofIndia,1949> [09.04.2013].
- 14 Ob in der Familie oder im Beruf, Mütter spielen eine wichtige Rolle in der Prägung der nächsten Generationen. Denn das, was zuhause vorgelebt wird, wird später die Realität und den Umgang miteinander in zukünftigen Generationen bestimmen. Modernen Bildungsplanern in Indien sind diese Zusammenhänge klar. Erziehung und Bildung sind demnach ein zentrales Element, an dem in Indien jetzt und in der Zukunft gearbeitet wird und gearbeitet werden muss. In den Schulen muss früher Aufklärungsarbeit, die bisher gänzlich fehlt, einsetzen. Auch sollte der Umgang zwischen den Geschlechtern nicht als Tabuthema behandelt werden, sondern als ein eher offener, natürlicher Umgang miteinander. Dies könnte zu einer faireren, gebildeteren Gesellschaft beitragen. Ein größeres Maß an Freiheit ist ebenso unerlässlich um der „Frau“ oder den Mädchen eine aktivere, gleichgestellte Position zu verschaffen.

JORDANIEN - FRAUEN - TRÄGERINNEN DER NACHHALTIGEN ENTWICKLUNG

THOMAS GEBHARD ||

Letzten Schätzungen zufolge leben in den MENA-Staaten ("Middle East & North Africa States") derzeit rund 380 Millionen Menschen. Dies entspricht einer Quote von rund 5,4 Prozent der Weltbevölkerung, die aktuell mit 7,1 Milliarden beziffert wird. Die Zahl der in den MENA-Staaten lebenden Menschen hat sich in den zurückliegenden 50 Jahren annähernd vervierfacht, was deutlich über dem Wachstum der Weltbevölkerung liegt (diese hat sich im gleichen Zeitraum knapp verdreifacht).

Im Königreich Jordanien hat sich die Bevölkerung im Zeitraum von 1962 - 2012 sogar mehr als versiebenfacht, von rund 900.000 Menschen im Jahre 1962, auf in etwa 6,4 Millionen zum Ende des Jahres 2012.¹ Das weit überdurchschnittlich hohe Bevölkerungswachstum ist den verschiedenen Flüchtlingsbewegungen, die im Betrachtungszeitraum stattgefunden haben, geschuldet. Mehr als 50 Prozent der jordanischen Bevölkerung ist palästinensischer Abstammung, je fünf bis acht Prozent sollen aus dem Irak bzw. aus Syrien kommen.

Ende des Jahres 2012 waren knapp 59 Prozent der jordanischen Bevölkerung jünger als 25 Jahre, mehr als 37 Prozent sogar jünger als 15 Jahre. Zum gleichen Zeitpunkt befanden sich rund 59 Prozent der Bevölkerung im berufstätigen Alter (15-64 Jahre), und der Anteil der über 65-jährigen lag bei weniger als vier Prozent. Das Durch-

schnittsalter der jordanischen Bevölkerung lag Ende 2012 bei nur knapp über 20 Jahren.^{2,3}

Bildungs- und Berufschancen

Zur MENA-Region gehören Länder, die im Hinblick auf Chancengleichheit, Gleichstellung, Gleichberechtigung sowie politische Repräsentation und wirtschaftliche Teilhabe von Frauen auf den hintersten Plätzen zu finden sind und bei den diesbezüglich ermittelten Indizes mit die schlechtesten Werte aufweisen.

Die größten Fortschritte können diese Länder im Bereich der Bildung vorweisen (was die Grundbildung sowie den Besuch weiterführender Schulen und Universitäten anbelangt, so sind Mädchen heute wesentlich weniger benachteiligt als sie es bis vor wenigen Jahren noch waren). Dies hängt unter anderem damit zusammen, dass durch eine Erhöhung der Investitionen in den Bildungsbereich die entsprechenden Kapazitäten zum Teil deutlich erweitert worden sind, und in vielen der Länder eine allgemeine Schulpflicht, auch für Mädchen, eingeführt worden ist. In den finanziell besser gestellten und aufgeklärteren Bevölkerungsschichten war die Benachteiligung von Mädchen auch schon in der Vergangenheit deutlich seltener festzustellen als zum Beispiel in den Bevölkerungsschichten, in denen die Eltern entweder aus finanziellen

Gründen eine Abwägung zwischen dem Schulbesuch der Söhne oder dem der Töchter haben vornehmen müssen und dann zumeist den Söhnen den Vorzug gegenüber den Töchtern gäben, oder aber aus kulturellen, traditionellen und teilweise auch religiösen Gründen den Schulbesuch und die Ausbildung ihrer Töchter ablehnten.

Schwierig wird es hingegen bis heute, wenn Mädchen bzw. Frauen im Anschluss an ihre Ausbildung einen Beruf ergreifen wollen. Zu dem ohnehin knappen Arbeitsplatzangebot kommen dann die häufig noch bestehenden, überwiegend kulturell und traditionell begründeten Vorbehalte zum Tragen, die dazu führen, dass Jungen bzw. Männer vorrangig gegenüber Mädchen bzw. Frauen eingestellt werden. Zumal durch ein in den meisten Ländern der MENA-Region bestehendes Geflecht aus Beziehungen und Vetternwirtschaft, im Arabischen „Wasta“ genannt, Qualifikationen und Leistungen vielfach in den Hintergrund treten und eine ganze Reihe von Berufen für Mädchen bzw. Frauen als unschicklich angesehen werden (Stichwort „Culture of Shame“). Letztgenanntes gilt auch für eine Reihe von Berufen für Männer.

Gesellschaftliche Stellung

Was die politische, wirtschaftliche und zum Teil auch gesellschaftliche Integration von Frauen angeht, so liegt die Mehrzahl der Länder der MENA Region im internationalen Vergleich immer noch weit zurück. Unterstellt, es habe Anstrengungen gegeben, diese Integration zu verbessern, dann kommt man nicht umhin feststellen zu müssen, dass viele Länder der MENA-Region damit bisher nicht sehr erfolgreich waren. Sollten die diesbezüglichen Bemühungen jedoch nicht mit genügend Nachdruck verfolgt worden sein, so bleibt nur, an dem Willen, die Gleichstellung und Gleichberechtigung der Geschlechter verbessern zu wollen, zu zweifeln. Die Frage, ob für dieses Scheitern die jeweiligen Regierungen, Parlamente und/oder aber die zum Teil noch

immer sehr traditionell, kulturell und auch religiös geprägten Gesellschaften verantwortlich sind, ist damit allerdings nicht beantwortet.

Mit Blick auf die Gleichstellung der Geschlechter hat Jordanien im Jahr 2012 im Bereich Bildung Rang 82, im Bereich Politik Rang 118 und im Bereich Wirtschaft gar nur den Rang 126 eingenommen. Der Durchschnittswert des so genannten „Gender Gap Index“ wird für Jordanien, das Jahr 2012 betreffend, mit 0,6103 angegeben (jeweils von insgesamt 135 untersuchten Ländern). Im Vergleich der letzten sieben Jahre, das heißt von 2006 - 2012, ist für Jordanien eine fast kontinuierliche, relative Verschlechterung von Rang 93 im Jahre 2006, bis auf Platz 126 im Jahre 2012 festzustellen. Da der Durchschnittswert in den Jahren 2006 und 2012 nahezu identisch war (0,6109 in 2006 gegenüber 0,6103 in 2012), heißt dies nichts anderes, als dass sich andere Länder verbessert, Jordanien hingegen absolut gesehen stagniert und relativ gesehen (deutlich) verschlechtert hat. Da kann es für Jordanien nur ein schwacher Trost sein, dass mit Libanon, Oman, Ägypten, Marokko, Saudi-Arabien, Syrien und Jemen eine Reihe von MENA-Staaten noch schlechter platziert sind, zumal klassische Entwicklungsländer wie Mosambik, Uganda, Bolivien, Ecuador, Bangladesch oder auch Indien, um hier nur einige zu nennen, um zum Teil mehr als 100 Plätze weiter vorn rangieren (Mosambik auf Platz 23, Uganda auf Platz 28, Bolivien und Ecuador auf den Plätzen 30 und 33 sowie Bangladesch und Indien auf den Plätzen 86 und 105).⁴

Die Stellung der Frau ist in den Gesellschaften der Länder der MENA-Region, wie in vielen anderen Gesellschaften auch, von drei wesentlichen Faktoren geprägt: Von der Kultur, von der Tradition und von der Religion. Hierbei ist nicht immer zweifelsfrei auszumachen, welcher der drei vorgenannten Faktoren für ein bestimmtes Verhalten ursächlich ist. Am offensichtlichsten wird dies an der Diskussion um das Tragen eines

Kopftuchs von Frauen in der arabischen Welt bzw. in Ländern, die durch den Islam geprägt sind. Während die einen das Tragen des Kopftuchs im Koran und damit in der Religion verorten, sehen andere darin einen Ausdruck der jeweiligen Kultur und die Folge einer jahrhundertealten Tradition. Bei dieser nicht selten sehr emotional geführten Diskussion ist man nicht ohne Grund geneigt, salomonisch zu urteilen und festzustellen, dass am Ende eine Mischung aus Kultur, Tradition und Religion der Grund dafür ist, dass viele muslimische Frauen ein Kopftuch tragen. Ungeachtet dessen ist erheblicher als die Klärung der Frage, ob das Tragen des Kopftuchs auf die Religion, die Kultur oder die Tradition zurückzuführen ist, die Antwort auf die Frage, ob die Frau das Kopftuch aus freien Stücken trägt oder ob sie es trägt, weil sie familiärem und/oder gesellschaftlichem Druck ausgesetzt ist.

Analog dem Tragen eines Kopftuchs verhält es sich auch mit anderen Dingen, die bisweilen nicht nur auf Unverständnis oder gar Kritik stoßen, sondern die auch nicht immer mit internationalen Konventionen in Übereinklang stehen (insbesondere was Menschen- bzw. Frauenrechte anbelangt). Insbesondere die arabischen bzw. vom Islam geprägten Staaten verweisen immer wieder darauf, dass viele der Konventionen der Vereinten Nationen vom westlichen Zivilisationsmodell geprägt sind und von daher nicht auf die Länder des Nahen und Mittleren Ostens übertragen werden können, gleichwohl sie die meisten der so beanstandeten Konventionen unterschrieben haben.

Wenn man die Religion einmal für einen Moment zurückstellt, so kommt man bei den vorgenannten Themen nicht darum herum feststellen zu müssen, dass es sich in nicht wenigen dieser Fälle um sehr asymmetrische Diskussionen handelt. Auf der einen Seite Vertreter aufgeklärter und moderner Staaten, wie man sie aus dem Westen bzw. aus bereits weiter entwickelten Gesellschaften kennt, und auf der anderen Seite Vertre-

ter aus Ländern, in denen ein mittelalterlich anmutendes Rollenbild noch tief in der Gesellschaft verwurzelt ist. Die Politik und die Gesellschaftsformen im Nahen und Mittleren Osten werden diesbezüglich immer an erster Stelle genannt, gleichwohl sich dafür auch in anderen Regionen der Welt Beispiele finden lassen.

Weltweit gibt es viele Millionen Mädchen und Frauen, die nur dann als Menschen wahrgenommen werden, wenn sie entweder Tochter, Schwester, Mutter oder Ehefrau sind. Sind diese Mädchen und Frauen jedoch einer der vorgenannten Beziehungskategorien beraubt, werden sie schnell nicht mehr als Menschen, sondern nur noch als (unbezahlte) Arbeitskräfte, Objekte der Begierde oder schlichtweg Körper für männliches Vergnügen gesehen, wie der indische Psychoanalytiker und Schriftsteller Sudhir Kakar feststellt.⁵

In der MENA-Region bzw. in der arabischen Welt findet spätestens seit dem Ausbruch des Arabischen Frühlings etwas statt, was man durchaus auch als Kulturkampf bezeichnen kann. Bei den seit Dezember 2010 bzw. Januar 2011 stattgefundenen und bis heute stattfindenden Protesten, Demonstrationen und Auseinandersetzungen geht es nicht nur um mehr politische Partizipation, um bessere Zukunftsperspektiven und insgesamt um ein besseres Leben, sondern es geht auch darum, nach welchem Wertesystem die Menschen in den betroffenen Ländern künftig leben wollen. Dass diesbezüglich die Religion, bzw. deren Stellenwert in der Gesellschaft, eine große Rolle spielt, verwundert in vom Islam geprägten Staaten nicht. Der Islam, genauer gesagt nicht wenige seiner Vertreter, erheben den Anspruch, dass die Religion sowohl für das Privatleben als auch für das öffentliche Leben und den Staat als Ganzes die alleinige und verbindliche Richtschnur zu sein hat. Die Trennung von Staat und Religion, bzw. der Verweis der Religion ins Private, wird überwiegend abgelehnt. Säkularismus wird als unislamisch bezeichnet und

diesbezüglich Erreichtes bisweilen wieder revidiert, wie man in den zurückliegenden Jahren in der Türkei hat beobachten können.

In der arabischen Welt und auch in Jordanien sind nicht als gering zu bezeichnende Teile der Gesellschaft einem Frauenbild verhaftet, dass man als anachronistisch bezeichnen kann. Von einem teilweise mittelalterlichen Rollenbild zu sprechen scheint nicht übertrieben. Da es Vergleichbares auch in anderen Ländern gibt, wäre es jedoch falsch, zum Beispiel das Thema „Gewalt gegen Frauen“ als ein Problem anzusehen, von dem nur vom Islam geprägte Gesellschaften betroffen sind.

Gewalt gegen Frauen ist so sehr ein kulturelles und kein religiöses Problem wie es andere Themen, Frauen betreffend, auch sind. Belästigungen, Vergewaltigungen sowie Ehrenmorde und Zwangs- und Kinderhehen finden unabhängig von der Religionszugehörigkeit statt. Religiöse Texte dienen hierbei allerdings nicht selten als Begründung für ein bestimmtes Verhalten. Die Auslegung derartiger Texte kann in manchen Gesellschaften in der drastischen Formulierung „der Mann ist alles, die Frau ist nichts“ zusammengefasst werden. Die Geburt eines Mädchens ist in diesen Gesellschaften eine Bürde, da deren Verheiratung mit hohen Kosten verbunden ist. Auf Anerkennung können Frauen in diesen Gesellschaften nur dann hoffen, wenn sie einen Stammhalter gebären. Entsprechend werden Söhne sehr oft vergöttert und verwöhnt, gleichzeitig aber auch mit einem Frauenbild konfrontiert und aufgezogen, das es ihnen nicht leicht macht, ein unverkrampftes Verhältnis zum anderen Geschlecht aufzubauen. Kommt dann noch hinzu, was in öffentlichen Schulen in arabischen bzw. vom Islam geprägten Gesellschaften durchaus üblich ist, nämlich dass Jungen und Mädchen spätestens ab dem 12. Lebensjahr auf streng getrennten Schulen unterrichtet werden, so verfestigt sich in der für das Heranreifen der Jugendlichen so wichtigen Pubertät das, was vieler-

orts in der Familie begonnen hat. Im Rahmen der politischen Beratungen zu den Hintergründen der Unruhen und gewalttätigen Ausschreitungen, die es seit 2012 bis heute, an einer ganzen Reihe von Universitäten in Jordanien gibt, wurde unter anderem vorgeschlagen, auch die Universitätsausbildung strikt nach dem Geschlecht getrennt zu organisieren.

Trotz des bisher Geschriebenen darf nicht übersehen werden, dass gerade in den großen Städten aber auch eine neue Generation von Mädchen und Frauen heranwächst. Langsam, aber stetig. Mädchen und Frauen, die aus den Zwängen ihrer jeweiligen Gesellschaft ausbrechen, die arbeiten und auf Partys gehen, die Alkohol trinken und rauchen, die alleine wohnen und westliche Kleidung tragen und bisweilen auch nicht davor zurückschrecken, Sex vor der Ehe zu haben. Dass sie damit gegen die Regeln ihrer Gesellschaften verstoßen, ist ihnen egal. Sie provozieren und sie wollen provozieren, und das zuvorderst die Eltern, Brüder und Männer, die um ihre traditionellen Machtpositionen fürchten und sich oft nur mit Gewalt zu wehren wissen. Das Denken in derartigen Gesellschaften ist nicht selten so, dass die Schuld für die daraus erwachsende Gewalt den Opfern, das heißt den Frauen gegeben wird. Immer wieder kommt es vor, dass am Ende nicht die Täter, sondern die Opfer bestraft werden (weil sie es waren, die die Täter provoziert bzw. in ihrer Ehre verletzt haben). Anwendung von Gewalt oder gar Mord zur Wiederherstellung der Ehre ist etwas, womit sich ja auch das deutsche Rechtssystem zunehmend auseinandersetzen muss.

Wenn man über die Rolle der Frau in Familie und Gesellschaft spricht und über Frauen als Trägerinnen der nachhaltigen Entwicklung nachdenkt, dann sollte man vor Augen haben, dass nicht wenige Gesellschaften auf der Welt zumindest in Teilen noch in einem Rollenbild verhaftet sind, das mit dem Deutschlands, Europas und des Westens nicht vergleichbar ist.

Mit Bezug auf Jordanien heißt das, dass dem Recht auf Bildung zwar geschlechterübergreifend Geltung verschafft worden ist, und dass junge Frauen mehr als 50 Prozent der Hochschulabgänger ausmachen. Es heißt aber auch, dass nach Schule und Studium lediglich 17 Prozent aller Frauen eine Tätigkeit aufnehmen (dies ist die zweitniedrigste Quote in der gesamten arabischen Welt. Lediglich im Jemen ist diese Quote noch niedriger als in Jordanien). Die Gründe dafür sind nicht alleine, dass das Stellenangebot zu gering ist. Eine wesentlichere Rolle spielt, dass immer noch viele Männer erwarten, dass sich ihre Frauen der Kindererziehung und dem Haushalt widmen, anstatt einer Arbeit nachzugehen. Ein zweites Handicap ist, dass eine ganze Reihe von Berufen in der jordanischen Gesellschaft ein derart schlechtes Ansehen genießen, dass niemand in ihnen arbeiten möchte. Männer nicht - und noch viel weniger Frauen. Neben handwerklichen Berufen für Männer, trifft dies für Frauen auf die meisten Berufe im Dienstleistungssektor zu.

In der Politik sind Frauen in Jordanien zwar vertreten, in nennenswerter Größenordnung allerdings nur dort, wo es eine entsprechende Quote gibt. So gehören dem am 23. Januar 2013 neu gewählten jordanischen Abgeordnetenhaus derzeit 18 Frauen an (von insgesamt 150 Sitzen, was einer Quote von zwölf Prozent entspricht). 15 der insgesamt 18 Frauen haben ihren Abgeordnetensitz der Frauenquote zu verdanken. Drei weitere Frauen wurden über die nationale Liste bzw. ein Direktmandat auf Ebene der Distrikte ins Parlament gewählt. In der Regierung bekleidet aktuell eine Frau ein Ministeramt (Sozialministerium). Früheren Regierungen haben bis zu drei Frauen angehört, was einer Quote von zehn Prozent entsprochen hat. In der zweiten Kammer des jordanischen Parlaments, dem vom König ernannten Senat, entspricht der Anteil von Frauen in etwa dem des Abgeordnetenhauses.

Die Wirtschaft ist in den Führungspositionen ebenfalls überwiegend fest in männlicher Hand. Auf der Ebene unterhalb der höchsten Führungspositionen findet man jedoch sowohl in der Politik als auch in der Wirtschaft zunehmend auch Frauen, deren Arbeit Anerkennung findet und die auch öffentlich gewürdigt wird. Es wäre von daher falsch, in Abrede zu stellen, dass in Bezug auf die Gleichstellung und die Gleichberechtigung der Geschlechter auch in Jordanien eine Entwicklung stattfindet.

Projekte der HSS

Die Hanns-Seidel-Stiftung führt in Jordanien ein Programm mit dem Queen Zein Al-Sharaf Institute for Development - ZENID durch, um die Rolle von Frauen in Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Familie zu stärken. Es wendet sich insbesondere an Frauen, die in ländlichen Regionen oder in sozial benachteiligten Stadtteilen der Ballungszentren Amman, Zarqa und Irbid leben.

Den Teilnehmerinnen wird vermittelt, wie sie selbst Maßnahmen zur Veränderung ihrer Lebenssituation in Gang setzen können. Spezielle Bildungsangebote, die beispielsweise Gesprächs- und Verhandlungsführung beinhalten, stärken das Selbstvertrauen. Im Rahmen des „Participatory Rural Appraisal Ansatzes“ lernen die Teilnehmerinnen die Ursachen ihrer Lage zu analysieren sowie korrigierende Handlungen zu planen, durchzuführen und vor allem zu bewerten.

Maßnahmen, in denen überwiegend Theorie vermittelt wird, wechseln sich mit Maßnahmen ab, in denen die Frauen selbst aktiv werden. Nicht zuletzt werden die Frauen im Rahmen des oben dargestellten Ansatzes dabei unterstützt, eigenständig Initiativen und kleine Geschäftsideen zu entwickeln, deren Umsetzung geeignet sind, Einkommensmöglichkeiten zu eröffnen.

Eine Entwicklung, die zwar nur langsam von statten geht, die auch immer wieder mit Rückschlägen verbunden ist und die man bei weitem noch nicht als flächendeckend bezeichnen kann, eine Entwicklung aber auch, die selbst in ländlichen und noch sehr traditionell geprägten Regionen nicht zu verkennen ist.

In dem Bereich der Gleichstellung der Geschlechter und der Stärkung der Rolle von Frauen hat die jordanische Politik 2011 die große Chance vertan, die Gleichheit von Frauen auch in der Verfassung zu verankern. Obwohl die vom jordanischen König Abdullah II. eingesetzte Kommission zur Überarbeitung der Verfassung vorgeschlagen hat, die Gleichheit und ein Diskriminierungsverbot von Frauen in Artikel 6, Abs. 1 der Verfassung festzuschreiben, hat dies die Mehrheit der 120 Mitglieder des jordanischen Abgeordnetenhauses abgelehnt. Entsprechend groß war die Enttäuschung bei Frauenorganisationen und deren Unterstützerguppen. Einmal mehr wurden im Nachgang kulturelle und traditionelle Vorbehalte gegen die Gleichstellung und Gleichberechtigung von Frauen als Argument dafür vorgebracht, sodass Jordanier heute zwar nicht nach ihrer Herkunft, Sprache und Religion benachteiligt werden dürfen, nach dem Geschlecht aber offenbar schon. Dass es der jordanischen Politik im Rahmen der immer wieder betonten Reformen, die mit Ausbruch des Arabischen Frühlings einmal mehr ausgerufen worden sind, nicht gelungen ist, diesen wichtigen und sicher auch symbolträchtigen Schritt zur Gleichstellung der Geschlechter zu vollziehen, kann mit Blick auf das Erreichen des Millenniumsentwicklungsziels 3 der Vereinten Nationen, Förderung der Gleichstellung der Geschlechter und Förderung der Frauen, nur als Rückschlag bezeichnet werden.

Ausblick

Der Arabische Frühling hat in einer Reihe von Ländern die Karten neu gemischt. Nachdem es anfänglich so aussah, als ob überwiegend säkulare Kräfte in einer Reihe

von Ländern die Oberhand gewinnen könnten, hatten die bisher stattgefundenen Wahlen in Marokko, Tunesien und Ägypten das Gegenteil zur Folge. Bisher überwiegend säkular geführte Staaten wie Tunesien und Ägypten haben eindeutig islamistisch bzw. religiös motivierte Regierungen erhalten, und in dem bisher als säkular zu bezeichnen gewesenen Syrien scheint es nur noch darum zu gehen, wie religiös die syrische Gesellschaft in der Zeit nach Bashar al-Assad sein wird (eine gewisse Analogie zu den Ereignissen im Irak, nach dem Sturz Saddam Husseins, ist nicht zu verkennen).

Zwischenzeitlich deutete auch einiges darauf hin, dass stärker religiöse, das heißt islamische Bindungen politischer Führer dazu führen, dass Fortschritte in Bezug auf die Gleichstellung und Gleichberechtigung der Geschlechter wieder zurückgeführt werden und künftig schwieriger zu erreichen sein dürften. Galt es bisher, überwiegend kulturelle und traditionelle Vorbehalte zu überwinden, könnten künftig in einer Reihe von Ländern auch mehr Vorbehalte zu überwinden sein, die religiöser Natur sind.

Ob und in welchem Maße Frauen in der Zukunft nicht nur in arabischen bzw. vom Islam geprägten Gesellschaften eine Rolle als Trägerinnen einer nachhaltigen Entwicklung werden spielen können, wird von der weiteren politischen und gesellschaftlichen Entwicklung in diesen Ländern abhängen. Auch wenn man davon ausgehen muss, dass erzielten Erfolgen auch wieder Rückschläge folgen werden, so besteht doch Grund zur Hoffnung, dass sich langfristig eine Entwicklung durchsetzen wird, die Mädchen und Frauen den ihnen zustehenden Platz in der Gesellschaft zugesteht und Frauen eine größere Rolle bei den Anstrengungen zu einer nachhaltigeren Entwicklung spielen lässt.

Der Einfluss des weiter zunehmenden ökonomischen Drucks, der immer mehr Menschen zugänglichen neuen Medien und des sich, wenn auch langsam, so doch kon-

tinuierlich verbessernden Bildungsniveaus, sollte mit Blick auf die Erreichung des vorgenannten Ziels nicht unterschätzt werden.

|| THOMAS GEBHARD

Auslandsmitarbeiter Jordanien

ANMERKUNGEN

- 1 Vgl. Department of Statistics, Jordan; URL http://www.dos.gov.jo/dos_home_e/main/ [10.05.2013].
- 2 Vgl. Ebd.
- 3 Vgl. The World Bank Group, Washington; URL <http://data.worldbank.org/region/MNA> [10.05.2013].
- 4 Vgl. World Economic Forum (2012): The Global Gender Gap Report 2012, S. 8-11 u. 218-219; URL http://www3.weforum.org/docs/WEF_GenderGap_Report_2012.pdf [28.05.2013].
- 5 Vgl. Möllhoff, Christine (2013): Der Mann ist alles, die Frau zählt nichts, in: Stuttgarter Zeitung, 06. April 2013.

POLITISCHE BE (NACH) TEILIGUNG VON FRAUEN IN WESTAFRIKA

DEMIAN REGEHR ||

„Eine Frau ist die Blume in einem Garten; ihr Mann der Zaun drum herum“.¹

Westafrika besticht durch große kulturelle Vielfalt. Diese Vielfalt spiegelt sich jedoch nicht in politischen Prozessen wider, wenn es um Geschlechterverhältnisse und Partizipation von Frauen geht. Nahezu alle gesellschaftlichen Bereiche sind in den meisten Ländern der Region von patriarchalischen Strukturen geprägt. Frauen werden im Alltag meist stärker beansprucht als Männer und sind in ihrer Handlungsfreiheit oft eingeschränkt. Der Weg in die Politik ist ihnen weitestgehend verbaut, ihre politische Partizipation in fast allen westafrikanischen Staaten sehr gering. Nur selten sind Frauen an bedeutsamen Entscheidungsprozessen beteiligt; Gesetze werden in der Regel ohne weibliches Zutun ausgearbeitet, auch wenn weibliche Belange direkt davon betroffen sind. Ein politisches System, das nicht vermag, die Anliegen der Hälfte seiner Bevölkerung angemessen zu berücksichtigen, kann seiner Bezeichnung als „Demokratie“ kaum gerecht werden. Die Integration der westafrikanischen Frau in politische Prozesse, sowohl als Wählerin wie auch als gewählte Mandatsträgerin, wäre daher eine substantielle Voraussetzung für eine nachhaltige Verfestigung demokratischer Strukturen in der Region.

Ungleichbehandlung von Frauen in allen gesellschaftlichen Bereichen

Mehrere westafrikanische Staaten stellen Mann und Frau zumindest in ihren Verfassungen gleich.² Andere Länder, so etwa Burkina Faso oder Liberia, zeigten in den letzten Jahren Bestrebungen, eine rechtliche Gleichstellung auch mithilfe entsprechender Gesetzgebung zu fördern. Die Wirkung dieser Bemühungen wird allerdings dadurch beeinträchtigt, dass der Begriff „Diskriminierung“ meist einer klaren Definition in Rechtsprechung und Gesetzestexten entbehrt. Inwiefern somit eine Handlung tatsächlich den Tatbestand der „Diskriminierung“ erfüllt, ist im Zweifel eine Frage der Auslegung und als solche nach wie vor den oftmals altmodischen Ansichten der Gerichte unterworfen. Dazu kommt, dass viele Frauen nur unzureichend über ihren Zugang zu Recht informiert sind, da es die Politik bisher versäumt hat, entsprechende Aufklärungsarbeit zu leisten. Geringe Handlungsbereitschaft und unzureichende Ressourcenausstattung staatlicher Institutionen stehen dem Kampf gegen geschlechterspezifische Ungleichbehandlung in Westafrika oft im Wege.

Hierbei spielt auch der in der Region vorherrschende Rechtspluralismus, ein Relikt aus den Zeiten der Kolonialisierung, eine Rolle. Mit dem Ziel, afrikanische Rechtssysteme in der Post-Kolonialphase integrativ zu

gestalten, wurden traditionelles Gewohnheitsrecht und staatliches Recht nach westlichem Vorbild zumeist vermischt. Beim Aufbau dieser Strukturen wurden traditionelle Rechtspraktiken meist durch männliche Stammesführer übermittelt, die ihre Bräuche eigenmächtig und oft zum Nachteil der weiblichen Bevölkerung auslegten. Vielerorts verloren Frauen dadurch Rechte, die ihnen unter den traditionellen Strukturen zugestanden hatten. Insbesondere Heirats-, Scheidungs-, Erb- und Landnutzungsrechte enthalten im postkolonialen Gewohnheitsrecht eine Reihe diskriminierender Elemente und stehen damit häufig im Widerspruch zum staatlichen Recht. Für westafrikanische Frauen bedeutet der „moderne“ Rechtspluralismus somit überwiegend Nachteile.



Bild 1: „Junge Frauen in Nigeria tragen Wasser“, Quelle: Weltbank.

Der Alltag westafrikanischer Frauen wird oftmals bestimmt von Ungleichbehandlung, hoher Arbeitsbelastung, Armut und Gewalt. Das Aufziehen der Kinder, der Haushalt und die Pflege Alter und Kranker sind in Westafrika grundsätzlich Aufgaben der Frauen.

Gleichzeitig ist unter Ehepartnern eine gemeinsame Ressourcennutzung traditionell unüblich, so dass Männer ihr Einkommen gewöhnlich nicht mit ihren Frauen teilen; vielmehr müssen Letztere einen beträchtlichen Teil der Haushaltskosten selbst tragen und die notwendigen finanziellen Mittel hierfür eigenverantwortlich aufbringen. Um diese Herausforderungen zu bewältigen, gehen Frauen meist mehreren Tätigkeiten gleichzeitig nach – etwa in der Landwirtschaft oder als Kleinstunternehmerinnen. Durch ihre Doppelbelastung in Haus-

halt und Beruf werden sie daher stark gefordert; oft arbeiten sie länger und härter als ihre Männer. In Burkina Faso beispielsweise zählt der Arbeitstag der Männer durchschnittlich achteinhalb Stunden, während Frauen pro Tag etwa 14 Stunden arbeiten.³

Zwar wird die wirtschaftliche Situation westafrikanischer Frauen nicht explizit durch rechtliche Strukturen beeinträchtigt; diskriminierende soziokulturelle Faktoren verhindern jedoch substanzielle Einkommensverbesserungen. Vielerorts kontrollieren Ehemänner nach traditionellem Recht Arbeitskraft und Verdienst der Gattin. Obwohl in den meisten Fällen Steigerungen des Haushaltseinkommens nur durch den Einsatz der Frauen ermöglicht werden, wird dieser Zuverdienst dann oftmals von Ehemännern oder männlichen Verwandten beansprucht. Die patriarchalischen Strukturen in Westafrika stellen Land, Viehbestand, Werkzeug und Transportmittel in männlichen Besitz, so dass der weiblichen Bevölkerung ein Zugang zum Großteil der produktiven Ressourcen weitgehend verwehrt bleibt. Ebenso schlecht stehen ihre Chancen, an Kredite zu gelangen. Auch das vielfach hochgelobte Mikrokreditwesen hat hier keine spürbare Besserung erbracht. Vielmehr nahm dieses System in letzter Zeit eine Entwicklung an, die sich vermehrt durch Ineffizienz und Korruption kennzeichnet. Die Tätigkeiten westafrikanischer Frauen konzentrieren sich daher größtenteils im informellen Wirtschaftssektor. In Niger sind etwa 81 Prozent der Männer im formellen Sektor beschäftigt, aber nur sieben Prozent der Frauen.⁴ Verbannt in den informellen Sektor profitieren Letztere nur selten von den Potentialen neuer Technologien und Wirtschaftszweige, und sind oftmals nicht in staatliche soziale Sicherungssysteme eingebunden. Es gelingt ihnen daher kaum, nachhaltig finanzielle Stabilität aufzubauen; Frauen leiden in Westafrika weitaus häufiger als Männer unter Armut.

Häusliche Gewalt und Genitalverstümmelung sind in Westafrika weit verbreitet

und Resultat eines kulturellen Systems, das Männern fast vollkommene Kontrolle über weibliches Verhalten gewährt und Gewalt gegen Frauen oft legitimiert. In Togo gaben 72 Prozent der im Rahmen einer Studie befragten Frauen an, bereits von ihrem Ehemann, männlichen Verwandten oder Lehrern geschlagen oder vergewaltigt worden zu sein.⁵ In einigen westafrikanischen Staaten, so etwa Niger oder Mauretanien, sind bis heute weder häusliche Gewalt noch Genitalverstümmelung gesetzlich verboten. Allerdings werden Fälle selbst in Ländern, die über entsprechende Gesetzesregelungen verfügen - so etwa Ghana, Senegal, Togo und Burkina Faso - nur selten vor Gericht gebracht. Dies hat zweierlei Gründe: zum einen meiden Polizei und Behörden eine Einmischung in private Familienangelegenheiten; zum anderen ist es für Frauen so gut wie unmöglich, aus gewaltsamen Ehen auszubrechen. Der hohe gesellschaftliche Stellenwert, den die Institution Ehe in Westafrika einnimmt, zwingt Frauen in eine kulturell verankerte soziale Abhängigkeit; diese zu ignorieren, würde vielerorts bedeuten, sich gesellschaftlich zu isolieren. Aus Angst, von ihren Männern verlassen und als Alleinstehende stigmatisiert zu werden, toleriert ein Großteil der weiblichen Bevölkerung daher verbale und physische Misshandlungen, anstatt derartige Fälle an die Öffentlichkeit zu bringen.

Die Diskriminierung von Frauen in Westafrika beginnt bereits in jungen Jahren. Massive Chancenungleichheiten im Bildungssystem stellen früh die Weichen für spätere Benachteiligung. In vielen Familien wird der Wert von Töchtern primär an Koch- und Putzkünsten gemessen, ihre schulische Ausbildung gilt als zweitrangig. Entsprechend werden verfügbare Ressourcen primär in die Bildung der Söhne investiert. Die Konsequenz ist ein dramatischer Analphabetismus der weiblichen Bevölkerung, der Westafrikas Entwicklungspotential seit Jahrzehnten nachhaltig beeinträchtigt. Im internationalen Vergleich stellt die Region hier das Schlusslicht dar: sechs der zehn Länder

mit der weltweit niedrigsten Alphabetisierungsrate von Mädchen befinden sich in Westafrika.⁶ Im Niger können 44 Prozent der Männer lesen und schreiben, jedoch nur 16 Prozent der Frauen. Ähnliches trifft für die meisten Staaten der Region zu.⁷ Auch kommen Mädchen lediglich in den Genuss einer sehr viel kürzeren Ausbildung als Jungen. Diese geschlechterbedingte Ungleichheit nimmt mit fortschreitender Bildungsstufe zu: die Schere zwischen Jungen und Mädchen - während der Grundschulzeit noch relativ gering - weitet sich sodann im Verlauf der höheren Schul- und Universitätsbildung stark. Benin, Guinea, Niger, Mali und Burkina Faso etwa gehören weltweit zu den zehn Ländern mit der stärksten Ungleichheit im Sekundärschulbereich.⁸ Grund hierfür ist das traditionelle Familienbild in Westafrika, das für viele Mädchen nach wie vor eine Zukunft als gehorsame Ehefrau vorsieht; Eltern erziehen ihre Töchter demnach unter diesen Gesichtspunkten. Früh-ehen sind in der Region auch heute noch weit verbreitet: die Rate ist hier eine der höchsten weltweit. In Burkina Faso, Mali und Guinea wird über die Hälfte der Mädchen vor ihrem 18. Geburtstag verheiratet; in Niger sind es sogar 75 Prozent.⁹ Frühe Heirat ist eines der Haupthindernisse für eine fundierte, abgeschlossene Ausbildung, und einer der primären Gründe für spätere soziale Isolation. Auch Polygamie ist nach wie vor verbreitet und bestärkt bei Männern zudem das Bewusstsein, Frauen seien als ihr Eigentum zu betrachten; Selbstständigkeit und Selbstbewusstsein der betroffenen Personen leiden darunter.

Westafrikas Frauen sind tagtäglich dem Kampf gegen diskriminierende Reglementierungen, Vorurteile und Einschüchterung, rechtliche Benachteiligung, wirtschaftliche Abhängigkeit sowie eingeschränkten Zugang zu Bildung ausgesetzt. Eine stärkere Teilhabe an politischen Prozessen wird ihnen unter diesen Bedingungen nachhaltig erschwert. Während der Anteil weiblicher Abgeordneter im globalen Durchschnitt bei etwa 20 Prozent liegt, beläuft sich diese

Größe in Westafrika entsprechend auf nur 14 Prozent. Das Schlusslicht bildet Nigeria mit knapp sieben Prozent.¹⁰

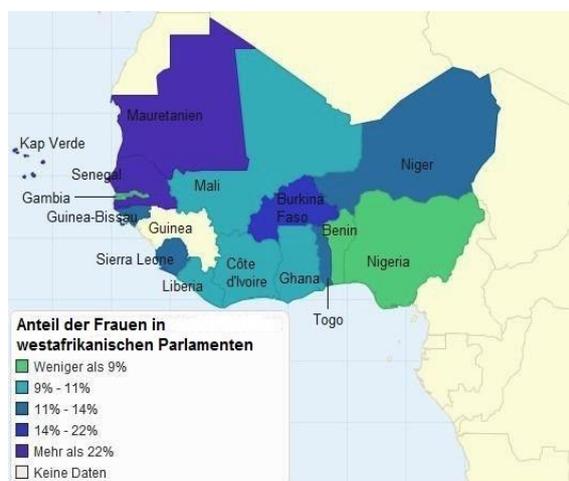


Bild 2: Karte „Anteil der Frauen in westafrikanischen Parlamenten“, Quelle der Daten: Inter-Parliamentarian Union (2013); Women in National Parliaments Database; eigene Darstellung.

Eingerissene Hürden: der Fall Senegal

Mit einem Anteil von fast 43 Prozent weiblicher Abgeordneter sticht Senegal sowohl im globalen als auch im westafrikanischen Vergleich deutlich positiv heraus. Bei der Wahl 2012 konnte die Proportion zugunsten von Frauen im Parlament fast verdoppelt werden und liegt damit weltweit nun auf Platz sechs.¹¹ Grund ist ein neues Gleichstellungsgesetz, demzufolge sowohl auf nationaler als auch auf lokaler Ebene Wahllisten nur zulässig sind, wenn sie mindestens 50 Prozent weibliche Kandidaten aufweisen. Derartige Quotenregelungen können ein wirkungsvolles Instrument sein, um den Anteil von Frauen im Parlament zu erhöhen: von den 26 Parlamenten mit der weltweit höchsten geschlechtlichen Gleichstellung verfügen 20 über eine Quotenregelung.¹² In der Region Westafrika verfügen neben Senegal gegenwärtig auch Burkina Faso, Kap Verde, Mauretanien, Niger und Togo über ähnliche Regelungen, wengleich Umsetzung und genaue Quoten variieren.¹³

Zwar sind Quoten eine schnell greifende und effektive Methode, um Frauen den Ein-

stieg in die Politik zu erleichtern; sie dürfen jedoch nicht, wie häufig der Fall, als Allheilmittel angesehen werden. Ungleichheiten bleiben oft auch über die Einführung einer solchen Regelung hinaus bestehen, was zur Folge haben kann, dass viele Frauen auch weiterhin eine politische Tätigkeit nicht in Betracht ziehen. Ein bedeutsames Hindernis stellt hierbei oft der Mangel an Bildung dar, der es vielen westafrikanischen Frauen nicht erlaubt, sich aktiv und effektiv ins politische Leben einzubringen. Fundierte Lese- und Schreibkenntnisse sind notwendige Voraussetzungen für aktive politische Teilhabe, ebenso wie ausreichende Sprachkenntnisse in den Amtssprachen Französisch bzw. Englisch und Portugiesisch, um politische Diskussionen verfolgen zu können und Gesetzestexte zu verstehen. Bildungsungleichheit wirkt sich zudem negativ auf das Selbstbewusstsein aus und führt unter Umständen dazu, dass Frauen von einer politischen Tätigkeit absehen, aus Angst, ihren männlichen Konkurrenten unterlegen zu sein.

Um ihren Wahlkampf zu finanzieren, greifen männliche Kandidaten üblicherweise auf ihr eigenes Vermögen und das ihrer Frau zurück, und haben oft die Möglichkeit, zusätzliche Mittel durch zumeist männliche Unterstützer aufzubringen. Frauen hingegen verfügen gewöhnlich über kein unabhängiges Vermögen und haben wenig oder keinen Zugang zu den nötigen Netzwerken zur Mittelakquise. Ihre Anhänger sind meist ebenfalls weiblich und daher nur selten imstande, finanzielle Hilfe zu leisten. Entsprechend fehlen ausreichende Mittel für einen wirkungsvollen Wahlkampf oder für die oft hohen Gebühren einer Kandidatur.

Weiterhin von Bedeutung ist in diesem Zusammenhang die vor allem in ländlichen Regionen vorherrschende Meinung, Frauen sollten sich nicht im öffentlichen Bereich betätigen. Politik wird oft mit Eigenschaften wie physischer Stärke, Autonomie und Rationalität verbunden, welche vorrangig Männern zugeschrieben werden; gleichzeitig birgt eine politische Tätigkeit die Gefahr, als

Frau moralisch in Verruf zu geraten, da Reisen, Nächte außer Haus und Treffen mit fremden Männern im politischen Betrieb an der Tagesordnung sind. In Sierra Leone kandidierte Elizabeth Torto, eigentlich direkte Nachkommin eines früheren Häuptlings 2009 für die Häuptlingswahl in ihrem Bezirk. Im Verlauf des Wahlkampfes hatte sie derart mit Einschüchterung und Drohungen zu kämpfen, dass sie schließlich unter Steinhagel in einem UN-Helikopter ausgeflogen werden musste. Genährt werden Vorurteile bislang von traditionellen Autoritäten, die, aus Angst um ihre eigene Macht, die Meinung vertreten, es verstoße gegen die Tradition, dass Frauen eine öffentliche Rolle wie die der Politikerin einnehmen. Vor allem in islamisch geprägten Ländern, so etwa in Nigeria, wird oft auf Grundlage des traditionell-religiösen Rechts argumentiert, Frauen seien nicht berechtigt, Männern vorzustehen und Führungspositionen zu übernehmen. Der Widerstand, auch aus dem eigenen familiären Umfeld, ist für politisch ambitionierte Frauen entsprechend groß.

Es kann daher nicht ausreichend sein, durch Quotenregelungen den Frauenanteil in der Politik zu erhöhen. Um strukturelle Voraussetzungen für eine effektive und gleichberechtigte Rolle der westafrikanischen Frau in der Politik zu schaffen, bedarf es eines integrierten Ansatzes, der ein grundsätzliches Umdenken in großen Teilen der Bevölkerung erfordert.

Konflikt als Chance: der Fall Liberia

Westafrika kann jedoch neben dem genannten Beispiel aus dem Senegal noch weitere Erfolge bei der politischen Stärkung von Frauen verzeichnen. Bestes Exempel dafür ist die Wahl von Ellen Johnson-Sirleaf zur Präsidentin Liberias im Jahr 2005 und damit zur ersten Afrikanerin im obersten Staatsamt. Am Fall Liberia wird deutlich, dass die Gleichstellung der Frau in Westafrika durchaus möglich, dazu aber auch ein tiefgreifender und alle Bevölkerungsschichten erfassender Gesinnungswandel not-

wendig ist. Die liberianische Erfolgsgeschichte spielt paradoxerweise in einem Nachkriegsschauplatz. Kurz hintereinander tobten in Liberia von 1989 bis 2003 zwei verheerende Bürgerkriege; die physische und institutionelle Infrastruktur des Landes wurde größtenteils vernichtet. Auch eine Reihe anderer Länder, die durch hohe Partizipation von Frauen in der Politik überraschen, sind Nachkriegsländer – so etwa Ruanda, Burundi oder Nepal. Hier stellt sich – bei allem Grauen vor dem Terror bewaffneter Konflikte – die Frage, ob es in diesen Ländern womöglich gelang, den Umsturz politischer und gesellschaftlicher Institutionen zu nutzen, um die Weichen für eine neue Gesellschaftsordnung zu stellen.¹⁴ Fest steht jedenfalls, dass Liberias Frauen in der Lage waren, die Chancen zu nutzen, die sich ihnen im Rahmen des Wiederaufbaus ihres Landes in Gesellschaft und Politik auftaten.

Die gesellschaftliche Lücke, welche die kriegsbedingte Abwesenheit der Männer in Liberia verursachte, mussten viele Frauen ausfüllen, indem sie Aufgaben als neue Familienoberhäupter übernahmen. Die aus der Not geborene, plötzliche Ausübung traditionell männlicher Tätigkeiten und die Wahrnehmung von Führungspositionen auf lokaler Ebene vermittelte diesen Frauen ein Bewusstsein für ihre Leistungsfähigkeit und die Legitimität ihrer Partizipation im politischen Betrieb. Einigen gelang es, sich im Verlauf des Krieges wertvolle Netzwerke aufzubauen, Vermögen zu erwirtschaften und männliche Unterstützung zu sichern; Frauenbewegungen wurden gegründet, die maßgeblich am Friedensprozess beteiligt waren. Ihr Engagement trug dazu bei, zwischen den Kriegsparteien zu vermitteln und die Unterzeichnung eines Friedensvertrags zu erwirken. Cecilia Danuweli beispielsweise, heute liberianische Grassroot-Aktivistin, wagte während der Bürgerkriege den Schritt, sich von traditionellen Rollenbildern zu befreien und aktiv ins politische Leben einzubringen. Ihr Engagement für soziale Gerechtigkeit entfachte sich an der Konfron-

tation mit Gewalt gegen Frauen und Kinder. Im Jahr 2002 schloss sie sich nach Jahren der Flucht und Entbehrung dem *West African Network for Peacebuilding* an. Gemeinsam mit anderen Frauen kämpfte sie gewaltlos für den Frieden in Liberia und setzt sich bis heute für die Rechte der Frauen ein.



Bild 3: „Frauen in Liberia bereiten sich auf einen Friedensmarsch vor“, Quelle: UN Photo by Eric Kanalstein.

Ermutigt durch ihr neu erlangtes Selbstbewusstsein blieben Liberias Frauen auch nach dem Krieg politisch aktiv, forderten mehr Rechte und Mitsprache und machten Männern Führungspositionen streitig. Die gesellschaftliche Akzeptanz für weibliche politische Beteiligung war während des Friedensprozesses stark angewachsen. Im Vorfeld der ersten Nachkriegswahlen im Jahr 2005 spielten zivilgesellschaftliche Frauenbewegungen daher eine sichtbare und ernstzunehmende Rolle. Nach ihrem historischen Wahlsieg berief Johnson-Sirleaf eine Reihe weiblicher Politiker in hohe, bisher von Männern besetzte Regierungsämter. Heute, in ihrer zweiten Legislaturperiode, sind 31 Prozent ihres Kabinetts von Frauen besetzt, einschließlich des Justiz- und des Handelsministeriums.¹⁵ Zudem ernannte die Präsidentin zum ersten Mal eine Frau zur Generalinspektorin der Polizei und sandte Botschafterinnen in eine Reihe politisch relevanter Länder, sowie zu den Vereinten Nationen. Dieses ermutigende Beispiel zeigt: auch wenn Rollenverständnisse in Westafrika tief verankert sind, so sind sie doch grundsätzlich zum Wandel in der Lage. In Liberia hat ein einschneidendes Ereignis einen Prozess ausgelöst, der die gesellschaftliche Rolle der Frau fundamental veränderte, so dass eine demokratisch

gewählte Frau nun das höchste Staatsamt bekleidet.

Buschfeuer der Reformen: der Fall Sierra Leone

Wie tief verankert Vorurteile sein können und wie gesellschaftliche Reformbewegungen an ihnen scheitern, wird hingegen deutlich, wenn man die Entwicklungen in Sierra Leone betrachtet. Ähnlich wie in Liberia litt auch Sierra Leone in der jüngeren Vergangenheit an einem langjährigen Bürgerkrieg. Auch hier beteiligten sich Frauen maßgeblich am Friedensprozess, so etwa in Form von Appellen an befeindete Kriegsparteien und durch Treffen mit Regierung und internationaler Gemeinschaft. Es gelang ihnen, unparteiisch und ohne Konfrontation den öffentlichen Dialog anzuregen und Druck für eine Verhandlungslösung auszuüben. Die ersten Wahlen nach Beendigung des Krieges im Jahr 2002 eröffneten auch in Sierra Leone Frauen den Zugang zu politischer Beteiligung. Der Anteil weiblicher Parlamentarier verdoppelte sich im Vergleich zum Vorkriegs-Parlament auf etwa 15 Prozent.¹⁶

Während politische Partizipation somit zwar in stärkerem Maße ermöglicht wurde, dominierten alte Vorurteile und Differenzen bald wieder den politischen Alltag und machten erlangte Erfolge mittelfristig wieder zunichte. Viele Parlamentarierinnen mussten später Beleidigungen, Drohungen und sogar körperliche Angriffe über sich ergehen lassen. Aufgrund mangelnder parteiinterner Unterstützung gelang es den meisten von ihnen nicht, sich die für ein Überleben im politischen Geschäft so bedeutsame Infrastruktur aus Netzwerken, Verbündeten und Förderern aufzubauen. Nach der Wahl standen sie ihren Aufgaben daher überfordert und ohne Unterstützung gegenüber. In der Folge wurden Frauen im politischen Betrieb daher oft als unfähig abgestempelt; genährt wurden derartige negative Bilder durch einseitige oder gar boshafte mediale Berichterstattung.

Projekte der HSS

Benin nimmt im Bereich geschlechtsspezifischer Gleichbehandlung weltweit einen der hinteren Plätze ein: laut Studien erzielt das Land Platz 117 von 135.¹⁷ Der kleine westafrikanische Küstenstaat weist demnach ein erstaunlich hohes Maß an genderspezifischer Diskriminierung auf. Um Frauen in Benin nachhaltig zu stärken, führt die Hanns-Seidel-Stiftung in Zusammenarbeit mit der Union des Femmes Aboméennes pour la Démocratie et le Développement (UFADD) seit 2000 ein erfolgreiches Trainingsprojekt durch.

In zweitägigen staatsbürgerlichen Bildungsseminaren wird das Bewusstsein der Frauen für Bürgerrechte und -pflichten gestärkt und somit ihre aktive Teilhabe an Gesellschaft und Wirtschaft gefördert. Die Workshops thematisieren verschiedene wirtschaftliche und sozio-politische Fragen, so etwa die Verwaltung kommunaler Angelegenheiten, Einkommen erzeugende Aktivitäten, Steuern und Subventionen sowie Rechte und Verantwortung in einer Demokratie.

In den vergangenen zehn Jahren hat das Projekt mehr als 2.500 Frauen erreicht. Um in Zukunft weitere Bürger jeden Alters und aller Bevölkerungsschichten zu mobilisieren, wurde die Maßnahme „Wandernde Schulungen“ entwickelt. Seit Beginn dieses Jahres wirken bereits geschulte Frauen als Multiplikatoren und tragen das erworbene Wissen auch in entfernte Stadtteile und Regionen. Die Hanns-Seidel-Stiftung leistet durch die Unterstützung von UFADD somit einen wertvollen Beitrag für die zivilgesellschaftliche und politische Qualifizierung beninischer Frauen und fördert den Wandel des Rollenverständnisses in dem westafrikanischen Staat. Es ist geplant, dieses Modell auch in die Nachbarländer zu übertragen.

Die positiven Tendenzen politischer Partizipation von Frauen in Sierra Leone konnten sich folglich nicht durchsetzen. Der An-

teil weiblicher Abgeordneter fiel bei den Folgewahlen im Jahr 2007 zunächst auf 13 Prozent und liegt seit der Wahl im vergangenen Jahr bei nur noch zwölf Prozent.¹⁸ Vor ähnlichen Schwierigkeiten stehen aktive Politikerinnen auch in anderen westafrikanischen Ländern. Nach ihrer Wahl haben sie oft mit starker Ungleichbehandlung zu kämpfen; daraus resultierende Misserfolge können Vorurteile verstärken und zuvor erfolgte Errungenschaften langfristig zunichtemachen.

Aus Benachteiligung wird Beteiligung

Die drei Fallbeispiele machen deutlich: um eine nachhaltige politische Beteiligung der Frau in Westafrika zu fördern, bedarf es eines tiefgreifenden kulturellen Wandels in allen Schichten von Zivilgesellschaft, Politik und Wirtschaft. Dieser Wandel muss so dann im institutionellen Rahmenwerk der Länder manifestiert werden, um strukturelle Ungleichheiten, die Frauen von der Politik ausschließen, zu überwinden. Ein mögliches Instrument hierfür ist die Einführung einer Quotenregelung, wie das Beispiel Senegal wirkungsvoll aufzeigt. Quoten sind geeignet, Frauen den Zugang zur Politik zu erleichtern und ihren proportionalen Anteil im Parlament zu erhöhen. Sie sind jedoch keine Allzweckwaffe, wie die Entwicklungen in Sierra Leone beweisen. Auch wenn Frauen erleichterten Zugang zur Politik erhalten, sei es durch Gesetzgebung oder anderweitig, kann das Vorherrschen konservativer kultureller Strukturen ihre politische Aktivität weiterhin beeinträchtigen. Die reine Erhöhung der Quantität weiblicher Politiker hat nicht zwingend eine qualitative Stärkung ihres Partizipationspotentials zur Folge. Vielmehr kann der Erfolg solch einer Strategie nur in Begleitung vielschichtiger Maßnahmen erzielt werden, die einen ganzheitlichen Bewusstseinswandel in Staat und Gesellschaft nachhaltig fördern.

Auch wenn vielerorts die effektive politische Teilhabe westafrikanischer Frauen

noch in weiter Ferne liegt: angesichts der in der Region kulturell tief verankerten Ungleichbehandlung von Frauen in fast allen gesellschaftlichen Bereichen, sind die Entwicklungen der letzten Jahre durchaus vielversprechend. Die Entwicklungen in Liberia und Sierra Leone haben ein Umdenken angestoßen, in Zuge dessen die Rolle der Frau neu definiert wird. Länder wie Senegal, Kap Verde und Mauretanien, deren Politikbetriebe inzwischen auch stark von Frauen geprägt werden, dienen als Vorbilder für die gesamte Region. Langfristig können es sich die Staaten Westafrikas nicht mehr leisten, Frauen weiterhin aus dem politischen Leben auszuschließen. Ihre Integration in die demokratischen Prozesse der Länder garantiert die Grundpfeiler einer stabilen und gesunden Demokratie, in der die Belange aller Interessengruppen gewahrt werden müssen. Einzelne Persönlichkeiten, wie etwa Johnson-Sirleaf, Präsidentin Liberias und Friedensnobelpreisträgerin, Fatou Bensouda aus Gambia, Chefanklägerin beim Internationalen Gerichtshof oder Leymah Gbowee, liberianische Bürgerrechtlerin und Friedensnobelpreisträgerin, beweisen, dass afrikanische Frauen in der Lage sind, sich auf politisch höchstem Niveau zu behaupten und als Entscheidungsträger zu agieren. Ihre Erfolgsgeschichten sind eine hoffnungsvolle Botschaft an die weibliche Bevölkerung Westafrikas, ihr Potential auszuschöpfen und die Zäune, die sie derzeit einschränken, zu überwinden.

|| DEMIAN REGEHR

Projektleiter Ghana

Unter Mitarbeit von Laura Peitz, Praktikantin bei der Hanns-Seidel-Stiftung Westafrika.

ANMERKUNGEN

- 1 Bannerman, J.Y. (1974): Mantse-Akan Mbebusen (Ghanaian Proverbs), S. 19.
- 2 Dies sind Benin, Gambia, Guinea, Guinea-Bissau, Ghana, Nigeria, Senegal und Sierra Leone.
- 3 Vgl. IFAD (n. d.): Two aspects of women's workload in West Africa, URL <http://www.ifad.org/gender/learning/role/workload/61.htm> [30.04.2013].
- 4 Vgl. IRIN (2007): Niger: Rape and beatings of women seen as "normal", URL <http://www.irinnews.org/Report/75720/NIGER-Rape-and-beatings-of-women-seen-as-normal> [30.04.2013].
- 5 Vgl. Moore, A. R. (2008): Types of Violence against Women and Factors Influencing Intimate Partner Violence in Togo (West Africa), in: *Journal of Family Violence*, 23(8), S. 777 – 783.
- 6 Mali (34 %), Benin (45 %), Sierra Leone (50 %), Guinea (57 %), Gambia (62 %), Cote d'Ivoire (62 %), Vgl. Weltbank (2013): Literacy rate, youth female, URL <http://data.worldbank.org/indicator/SE.ADT.1524.LT.FE.ZS> [30.04.2013].
- 7 Vgl. Pearce, C. (2009): From closed books to open doors – West Africa's literacy challenge, S. 6.
- 8 Vgl. Weltbank (2013): Progression to secondary school, female (%), URL <http://data.worldbank.org/indicator/SE.SEC.PROG.FE.ZS/countries> [30.04.2013].
- 9 Vgl. Unicef (2013): Percentage of women aged 20-24 who were first married/in union before the age of 18, URL http://www.childinfo.org/marriage_country_data.php [30.04.2013].
- 10 Vgl. Inter-Parliamentarian Union (2013): Women in National Parliaments Database, URL <http://www.ipu.org/wmn-e/world.htm> [30.04.2013].
- 11 Vgl. Ebd.
- 12 Vgl. Ballington, J. (2010): Implementing Affirmative Action: Global Trends', *IDS Bulletin* 41.5, S. 11-16.
- 13 Vgl. Quota Project (2013), URL <http://www.quota-project.org/> [30.04.2013].
- 14 Zur Rolle der Frau in Postkonfliktsituationen siehe beispielsweise Bauer, G. (2006): *Women in African Parliaments*, Boulder Co; Falch, A. (2010): *Women's Political Participation and Influence in Post-Conflict. Burundi and Nepal*, in: *PRIO Paper*; Fuest, V. (2008): This is the Time to get in Front: Changing Roles and Opportunities for Women in Liberia, in: *African Affairs* 102, S. 201-224; Kellow, T. (2010): *Women, Elections and Violence in West Africa. Assessing women's political participation in Liberia and Sierra Leone*, in: *International Alert*; Sow, N. (2012): *Women's political participation and economic empowerment in post conflict countries. Lessons from the Great Lakes region in Africa*, in: *International Alert*.
- 15 Vgl. Executive Mansion (2012): *Women's participation Increases in President Sirleaf's New Government; Representation in Legislature Still Below Proposed 30 Percent Threshold*, URL http://www.emansion.gov.lr/2press.php?news_id=2264&related=7&pg=sp [30.04.2013].
- 16 Vgl. Inter-Parliamentarian Union (2013).
- 17 Vgl. Hausmann, R. / Tyson, L. / Zahidi, S. (2012): *The Global Gender Gap Report 2012*. World Economic Forum.
- 18 Vgl. Ebd.

VERANTWORTLICH

Christian J. Hegemer

Leiter des Instituts für Internationale Zusammenarbeit, Hanns-Seidel-Stiftung, München

HERAUSGEBER

Christian J. Hegemer

Leiter des Instituts für Internationale Zusammenarbeit, Hanns-Seidel-Stiftung, München

Argumente und Materialien der Entwicklungszusammenarbeit

Die „Argumente und Materialien der Entwicklungszusammenarbeit“ werden parallel zur Druckfassung auch als PDF-Datei auf der Homepage der Hanns-Seidel-Stiftung angeboten: www.hss.de/mediathek/publikationen.html. Sie können sich gerne für den Publikations-Newsletter des IIZ unter iiz@hss.de anmelden, der Sie über neuerschienene Publikationen und Berichte informiert.

- Nr. 1 Entwicklungspolitischer Dialog in Europa
- Nr. 2 Deutscher Kommentar zur Verwaltungsgerichtsordnung der Mongolei
- Nr. 3 Internationale Migration - Zwischen Braindrain, Entwicklungshilfe und Steuerungsversuchen
- Nr. 4 Nachhaltige Entwicklung ländlicher Räume in Bayern und Shandong
- Nr. 5 Security and Development in Africa – Strengthening Conflict Prevention, Resolution and Management
- Nr. 6 Aktuelle Beiträge zur Arbeit der Hanns-Seidel-Stiftung in Südafrika
- Nr. 7 Die Arbeit der Hanns-Seidel-Stiftung in der DR Kongo
- Nr. 8 Die weltweite Situation der christlichen Minderheiten
- Nr. 9 Frauen brauchen Demokratie, Demokratie braucht Frauen